

# Jahresbericht 2022

**Abya Yala RapToure und mehr zu  
Kolumbien Mexiko Honduras  
El Salvador Nicaragua  
Brasilien**

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.

7	<b>Honduras: Länderbericht</b>
15	Aktivitäten
25	<b>Kolumbien: Länderbericht</b>
33	Aktivitäten
43	<b>Nicaragua: Länderbericht</b>
49	<b>El Salvador: Länderbericht</b>
	<b>Nicaragua und El Salvador</b>
56	Aktivitäten
63	<b>Mexiko: Länderbericht</b>
71	Aktivitäten
80	<b>Brasilien: Aktivitäten</b>
81	<b>Tournee mit Rapperinnen aus Kolumbien und Mexiko</b>
87	<b>Recht auf Asyl, Recht auf Schutz</b>
90	<b>Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung</b>

## Editorial

Während Nicaragua immer weiter den Weg zum repressiven Einparteiensstaat geht, El Salvador sich seit dem vergangenen März im Ausnahmezustand befindet und sich in Honduras nach dem Wahlsieg von Xiomara Castro 2021 inzwischen Ernüchterung eingestellt hat, entstanden 2022 neue Hoffnungen in Kolumbien. Der Wahlsieg von Gustavo Petro ermutigt sehr. Wie auch immer es dort weiter geht, dass mit Francia Márquez eine afrokolumbianische Aktivistin Vizepräsidentin ist, wird in die Geschichte eingehen. Unsere diversen Einschätzungen und wie unsere Partner\*innen, auch in Mexiko und aus der Perspektive Geflüchteter in Deutschland, die Situation sehen, das möchten wir Ihnen/Euch, liebe Leser\*innen, auf den folgenden Seiten zeigen.

### Mexiko

Das Jahr 2022 schloss mit einer Bilanz, die uns aufrütteln muss: Mexiko ist für Umweltaktivist\*innen und Journalist\*innen das gefährlichste Land Lateinamerikas geworden. In den letzten zwei Jahrzehnten wurden mehr als 150 Journalist\*innen ermordet. Die Ermittlungen zur Aufklärung der Fälle kommen nicht voran oder finden gar nicht erst statt. Das vierte Jahr der Regierung von Manuel Andrés López Obrador (AMLO) hinterlässt ein Gefühl der Müdigkeit und Hoffnungslosigkeit angesichts des langen Wartens auf Wahrheit und Gerechtigkeit und des Mangels an echten Fortschritten im Kampf gegen die Straflosigkeit. Die Bemühungen der Regierung AMLO um die Stärkung von Sozialprogrammen, werden von der grausamen Realität relativiert, mit der Mexiko in Bezug auf Menschenrechte und Gerechtigkeit konfrontiert ist. Im ganzen Land werden zudem weiterhin Megaprojekte und eine wirtschaftliche Entwicklung durchgesetzt, die aufgrund ihres umwelt- und gemeinschaftsfeindlichen Charakters nicht nachhaltig sind.

### Honduras

Das erste Halbjahr 2022 in Honduras war gekennzeichnet durch ein gewisses Maß an Aufbruchstimmung: Nach zwölf Jahren Post-Putsch-Regierungen, mehrfachem Wahlbetrug und der Korrumpierung sämtlicher staatlicher Institutionen durch das organisierte Verbrechen schien es Hoffnung auf einen Wandel zu geben. Mit Xiomara Castro regiert seit Ende Januar eine mit deutlichem Stimmenvorsprung demokratisch gewählte progressive Präsidentin, wenn gleich ohne Mehrheit im Parlament und mit einer nahezu leeren Staatskasse. Der ehemalige Präsident, Juan Orlando Hernández, wurde im Februar an die USA ausgeliefert und erwartet dort einen Prozess wegen Drogenhandels im großen Stil.

Die faktischen Mächte im Land benötigten folglich einige Monate, um sich zu reorganisieren und verschafften so den sozialen Bewegungen eine Atempause. Im zweiten Halbjahr wurde umso deutlicher: An den realen und lokal wirksamen Machtverhältnissen im Land hat sich noch nichts geändert.

## **El Salvador**

Seit dem 27. März 2022 herrscht in ganz El Salvador Ausnahmezustand. Er war ursprünglich auf 30 Tage begrenzt, ist aber immer wieder verlängert worden. Begründet wurde die Verhängung des Ausnahmezustands mit der extremen Verbrechenssituation, vor allem der hohen Mordrate. Seither sind zehntausende Personen – zum Teil ohne Anklage und Prozess – in die sowieso schon überfüllten Gefängnisse gesperrt worden. Betroffen waren neben mutmaßlichen Mitgliedern krimineller Banden auch Aktivist\*innen aus den sozialen Bewegungen. Trotz der nicht abreißen lassen Kritik an den Folgen des Ausnahmezustandes sind die Zustimmungswerte für Präsident Nayib Bukele im Land sehr hoch. Bukele wird wohl bei den kommenden Wahlen erneut als – aussichtsreichster – Kandidat antreten.

## **Nicaragua**

Die Regierung Ortega-Murillo hat im vergangenen Jahr die Repression noch einmal verschärft. All diejenigen aus Politik, Medien und dem Unternehmerverband, die vor der Präsidentschaftswahl 2021 verhaftet worden waren, wurden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Nachdem damit die politische Opposition ausgeschaltet worden war, richtete sich 2022 die Repression gegen die Zivilgesellschaft. Inzwischen wurde der Hälfte aller Nichtregierungsorganisationen die Rechtspersönlichkeit entzogen. Neu im Jahr 2022 war die Repression gegen die katholische Kirche. Im Zentrum stand der Bischof von Matagalpa, Rolando Álvarez, der sich seit August unter Hausarrest befindet. Parallel zu dieser allgegenwärtigen Repression wuchs die Zahl der nicaraguanischen Emigrant\*innen dramatisch an.

## **Kolumbien**

Das Jahr 2022 in Kolumbien war zweigeteilt: die Zeit vor und die Zeit nach den Präsidentschaftswahlen. Seit August 2022 hat Kolumbien die erste progressive Regierung und die erste afro-kolumbianische Vizepräsidentin in der Geschichte des Landes. Vor den Wahlen berichteten die Nachrichten täglich von Massakern, gewaltsamem Verschwindenlas-

sen und Vertreibungen, über Ermordungen und Drohungen gegen Führungspersonlichkeiten besonders in ländlichen Gebieten. Staatliche und polizeiliche Repressionen waren ebenfalls Teil der kolumbianischen Landschaft, die von Märschen, Protesten, Streiks und Demonstrationen geprägt war. Seit den Wahlen ist eine gespannte Ruhe eingetreten. Während es in einigen Regionen des Landes weiterhin zu bewaffneten Zusammenstößen, Drohungen und gewaltsamen Vertreibungen kommt, strebt die Regierung einen „totalen Frieden“ an. Die Opposition, angeführt von der extremen Rechten, tut ihr Bestes, um die von der neuen Regierung geplanten Änderungen zu diskreditieren.

## **Aktivitäten des Ökumenischen Büros**

Wir haben es sehr genossen, dass wir nach zwei Pandemie-Jahren unsere Arbeit fast wieder normal gestalten konnten. Vor allem der persönliche Kontakt zu unseren Partnerorganisationen war wieder uneingeschränkt möglich. So konnten alle hauptamtlichen Mitarbeiter\*innen Dienstreisen nach Mexiko, Honduras, El Salvador, Nicaragua und erstmals auch nach Kolumbien unternehmen. Auch Gegenbesuche fanden statt und ermöglichten zwei sehr gelungene Rundreisen. Besonders hinweisen möchten wir dabei auf die Deutschlandtournee mit dem Titel „Abya Yala RapToure – Frauen, die kämpfen. Frauenrechte in Lateinamerika und kreativer Widerstand aus der Hip-Hop Szene“, die im Rahmen unseres Querschnittthemas „Widerstand gegen das Patriarchat“ entstand. Auf unsere weiteren, vielfältigen Aktivitäten gehen wir in den Kapiteln dieses Jahresberichtes näher ein.

Neben allem Positiven hatte das Jahr 2022 auch zwei negative Aspekte für uns bereit: Wir erfuhren, dass wir 2023 mit deutlich weniger Finanzmitteln und mit einer hauptamtlichen Kraft weniger auskommen müssen. Zum einen fiel die langjährige Förderung einer Teilzeitstelle weg, zum anderen verließ uns unser El Salvador- und Nicaragua-Referent Samuel Weber Ende Januar 2023. Wir danken Samuel herzlich für seinen langjährigen Einsatz für das Ökubüro und wünschen ihm ganz viel Glück und Erfolg bei seinen neuen Aufgaben in der Wissenschaft auf dem lateinamerikanischen Kontinent.

Dafür, dass unsere Arbeit möglich war und im 40. Jahr unseres Bestehens 2023 weiter möglich ist, sind wir vielen zu Dank verpflichtet. An erster Stelle danken wir allen Hauptamtlichen ganz herzlich für ihren Einsatz. Das gilt auch für all die anderen, die auf unterschiedlichste Art zum Gelingen unserer Arbeit beigetragen haben: die ehrenamtlichen Mitarbeiter\*innen, die Kooperationspartner\*innen sowie unsere treuen

und neuen Spender\*innen. Und schließlich möchten wir den Organisationen, die unsere Arbeit im Jahr 2022 finanziell unterstützt haben, herzlich danken. In alphabetischer Reihenfolge waren dies: Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, Engagement Global, Katholischer Fonds, Kulturreferat der Landeshauptstadt München, Misereor, Missionszentrale der Franziskaner.

Allen, denen wir zu Dank verpflichtet sind und denen, die sich uns freundschaftlich verbunden fühlen, wünschen wir das, was wir uns wünschen – nämlich, dass 2023 trotz allem noch zu einem Jahr wird, in dem Frieden und Vernunft ihren Platz finden.

## Bildcredits

Titelbild:	Patricia Rendón (Ökubüro); Fotos: Magvol Producciones (Archiv Audrey Funk), Andrea Moreno, Diario El Tiempo (Archiv Diana Avella)
S. 8	Luis Méndez
S. 10	@PMOPHM
S. 18	HondurasDelegation
S. 19	OACNUDH/ Criterio.hn
S. 25	Twitter: Procuraduría General de la Nación
S. 27	Madres de los Falsos Positivos – MAFAPO
S. 29	Leandro J.
S. 30	Twitter: Secretario de Gobierno de Medellín
S. 38	Elson Landendinger
S. 44	Confidencial
S. 45	Poder Judicial, Dirección General de Comunicaciones
S. 46	Flickr, Corte IDH
S. 47	Wikimedia
S. 49	Fuerzas Armadas EL_Salvador
S. 50	Twitter: Nayib Bukele
S. 51	Bloque de Resistencia y Rebeldía Popular
S. 53	SECRETARÍA DE PRENSA DE LA PRESIDENCIA DE EL SALVADOR
S. 80	APIB Oficial

Alle anderen: Ökubüro

## Länderbericht

Im ersten Halbjahr 2022 herrschte in Honduras Aufbruchstimmung: Nach zwölf Jahren Post-Putsch-Regierungen, mehrfachem Wahlbetrug und der Korruption sämtlicher staatlicher Institutionen durch das organisierte Verbrechen gab es Hoffnung auf einen Wandel. Mit Xiomara Castro regiert seit Ende Januar eine im November 2021 mit deutlichem Stimmenvorsprung demokratisch gewählte, progressive Präsidentin, wenn gleich ohne Mehrheit im Parlament und mit einer nahezu leeren Staatskasse. Der ehemalige Präsident, Juan Orlando Hernández, wurde im Februar an die USA ausgeliefert und erwartet dort einen Prozess wegen Drogenhandels im großen Stil. Die faktischen Mächte im Land benötigten einige Monate, um sich zu reorganisieren. Auf diese Weise bekamen die sozialen Bewegungen eine Atempause. Im zweiten Halbjahr zeigte sich umso deutlicher, wie schwierig es ist, die realen Machtverhältnisse im „Narcostaat“ zu verändern.

Das ökonomische und soziale Panorama in Honduras präsentierte sich für die neue Regierung denkbar ungünstig: Dreiviertel der Bevölkerung leben in Armut, wobei besonders die extreme Armut auf dem Land stark angestiegen ist. Auch das jahrelang unterfinanzierte und vernachlässigte Bildungssystem wurde durch die COVID-Pandemie noch weiter in Mitleidenschaft gezogen und stand 2022, ebenso wie das geplünderte öffentliche Gesundheitswesen, mehrmals vor dem Zusammenbruch. Damit korrespondierte erneut der honduranische „Export-schlager Nummer Eins“: Migrant\*innen für den US-amerikanischen Arbeitsmarkt. Die Rücksendungen der im Ausland lebenden Honduraner\*innen stellen die Haupteinnahmequelle des Landes (etwa 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes) dar.<sup>(1)</sup> Alarmierend für die neue Regierung ist die im letzten Jahrzehnt sprunghaft angestiegene Staatsverschuldung auf über 50 Prozent des BIP.<sup>(2)</sup>

### Die Neugründung von Honduras – ein Versprechen

Kein Wunder also, dass Xiomara Castro diese Situation zur Amtseinführung am 27. Januar an den Beginn ihrer Rede stellte: „An diesem historischen Tag werde ich die Nation und die internationale Gemeinschaft über die realen Zahlen, die ich über die soziale und wirtschaftliche Tragödie in Honduras erhalte, und über meinen Vorschlag zur Neugründung des sozialistischen und demokratischen Staates informieren“, sagte Castro. Die Neugründung von Honduras beginne mit der Wiederherstellung der Achtung des Menschen, der Unverletzlichkeit des Lebens, der Sicherheit der Bürger\*innen. Castro versprach, diese





Amtsantritt: Parlamentspräsident Luis Redondo hängt Xiomara Castro die Präsident\*innen-Schärpe an. Rechts im Bild: Ihr Ehemann und künftiger Berater, der 2009 durch eine Putsch gestürzte Ex-Präsident Mel Zelaya.

würden die Präsenz eines Staates spüren, der ihre Rechte garantiert und in dem sie in Frieden leben können. Sie kündigte eine präventive Gemeindepolizei und eine schrittweise Reform der staatlichen Sicherheitskräfte an. Die größten Anstrengungen werde die Regierung auf vier Bereiche konzentrieren: Bildung, Gesundheit, Sicherheit und Beschäftigung.<sup>(3)</sup>

An diesem Programm sollte die Regierung fortan gemessen werden. Zugleich war schon im Januar offensichtlich, dass es reichlich Gegenwind geben würde, sogar aus den eigenen Reihen.

## **Die erste kalte Dusche: Zwei Kongresse**

Wenige Tage bevor Xiomara Castro ihr Amt antrat und die neue Regierung sich konstituierte, erschütterte eine massive Krise vom Parlament aus die Republik. Trotz verschiedener Hintergrundgespräche und Fragen an politische Beobachter\*innen bleibt uns bis heute unklar, was wirklich hinter den Ereignissen steckte: War es tatsächlich eine Art Putschversuch? Die Fakten lassen das offen: Der Wahlsieg von Xiomara Castro war durch ein Wahlbündnis ihrer linken Partei LIBRE mit der Partei *Salvador de Honduras* PSH des populistischen Ex-Sportreporters Salvador Nasralla möglich geworden. Die PSH sollte dafür den Kongresspräsidenten stellen. 20 Abgeordnete von LIBRE versuchten jedoch in einer Blitzaktion mit Hilfe von Abgeordneten der oppositionellen Liberalen und der Nationalen Partei ihren Kandidaten Jorge Cálix als



Parlamentschef durchzusetzen. Es kam zu Tumulten und tätlichen Auseinandersetzungen. Zwei Abgeordnete von LIBRE korrigierten ihr Votum, 18 trafen sich am nächsten Tag, einem Sonntag, mit Oppositionsabgeordneten außerhalb der Hauptstadt und bildeten einen parallelen Kongress, der Cáliz und seine Vize Beatrix Valle (ebenfalls LIBRE) nochmals wählte. Tausende Menschen indes kamen in der Nacht zum Kongress, dessen Bannmeile aufgehoben worden war, um das Parlament zu schützen und die Wahl von Luis Redondo (PSH) zum Kongresspräsidenten zu ermöglichen, der schließlich mit nur 48 von 128 Stimmen gewählt wurde.<sup>(4)</sup>

Formell gesehen war weder die Wahl von Luis Redondo, noch die seines Gegenspielers Jorge Cáliz korrekt.<sup>(5)</sup> Cáliz allerdings gab seine Ambitionen nach wenigen Tagen auf. Gemeinsam mit den weiteren abtrünnigen LIBRE-Abgeordneten wurde er wieder in die Fraktion aufgenommen. Der als konservativ, aber nichtkorrupt, geltende Redondo, der immer wieder seine Einstellung gegen Frauen- und LGBTIQ+-Rechte klargemacht hat, ist seither als legitimer Kongresspräsident anerkannt. Offensichtlich genießt er größeren Rückhalt in der Regierungsfraktion von LIBRE als in seiner eigenen Partei, der PSH. Diese wandte sich wie vielfach prophezeit 2022 sukzessiv vom früheren Bündnis mit LIBRE ab, das Xiomara Castro den Wahlerfolg gesichert hatte. Gegen Ende des Jahres galt die Allianz, die ohnehin nicht über eine eigene Mehrheit im Parlament verfügte, als endgültig zerbrochen.

## **JOH an die USA ausgeliefert**

Zu Jahresbeginn jedoch war alle Aufmerksamkeit auf das Schicksal des ehemaligen Präsidenten Juan Orlando Hernández (JOH) gerichtet.<sup>(6)</sup> Am 15. Februar wurde JOH in Tegucigalpa festgenommen, am 21. April an die US-Justiz ausgeliefert. Die Anklageschrift des Southern District Courts aus New York wirft ihm unter anderem vor, von 2004 bis 2022 an einer korrupten und gewalttätigen Verschwörung zum Drogenhandel beteiligt gewesen zu sein, Millionen von Dollar von mehreren Kartellen in Honduras, Mexiko und anderswo erhalten zu haben, um sich zu bereichern, seine politischen Kampagnen zu finanzieren und Wahlbetrug zu begehen, unter anderem im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen in Honduras 2013 und 2017. Er habe dafür gesorgt, dass sensible Informationen der Strafverfolgungsbehörden und des Militärs an Drogenhändler\*innen weitergegeben wurden, um deren kriminelle Aktivitäten zu unterstützen und habe Mitglieder der honduranischen Nationalpolizei und des Militärs Drogenlieferungen in Honduras schüt-

zen lassen. Seine Stellung als Präsident von Honduras habe er benutzt, um das Land als Drogenstaat zu führen, sich zu bereichern und auf korrupte Weise Macht zu erlangen und zu erhalten; er habe die rechtmäßigen Institutionen von Honduras korrumpiert, darunter Teile der honduranischen Nationalpolizei, des Militärs und des Nationalkongresses.<sup>(7)</sup> Wenige Tage vor der Auslieferung JOHs bestätigte ein honduranisches Gericht auch die Auslieferung des ehemaligen Polizeichefs Juan Carlos Bonilla Valladares (2012 bis 2013) an die USA.<sup>(8)</sup>

Unaufgeklärt und einstweilen straflos bleiben damit in diesem exemplarischen wie in Zahlen reichen weiteren Fällen all die Menschenrechtsverletzungen, die Bonilla in seinen Amtszeiten als Polizeichef des Departements Copán und als honduranischer Polizeichef zur Last gelegt werden, darunter der Aufbau von Todesschwadronen innerhalb der honduranischen Polizei, die verantwortlich für gewaltsames Verschwindenlassen und außergerichtliche Hinrichtungen sind.<sup>(9)</sup>

## Wie befreit man einen gefangenen Staat?

Es fällt auf, dass trotz der Verwicklung von Armee und Polizei in die Taten des organisierten Verbrechens 2022 keinerlei weitere hochrangige Angehörige der staatlichen Sicherheitskräfte ausgeliefert wurden. Auch der erwartete Beginn einer sukzessiven Demilitarisierung des Landes und einer Säuberung und demokratischen Reform der Streitkräfte fand nicht statt. Gesetze, die Straflosigkeit garantieren und bestehende Geheimdienst-Strukturen blieben intakt. Die Militärpolizei, die als persönliches Machtinstrument JOHs und notorische Verletzerin von



Die Militärpolizei für Öffentliche Ordnung (PMOP) ist weiter präsent. Vor allem seit der Verhängung des Ausnahmezustandes im Dezember 2022 gibt es erneut Beschwerden wegen Übergriffen.

Menschenrechten galt, wurde keineswegs abgeschafft, sie nimmt weiter Aufgaben wahr, die nur einer zivilen Polizei zustehen. Und die Armee wird nun auch im Umweltbereich eingesetzt: 2.000 Soldat\*innen wurden als so genannte „Grüne Bataillone“ für den Schutz von Naturschutzgebieten mobilisiert. Der Militäretat wurde 2022 um mehr als 10 Prozent im Vergleich zum Vorjahr erhöht und beträgt damit 5,2 Prozent des Staatshaushaltes, gleich viel wie der Bildungsetat.<sup>(10)</sup>

Angesichts der Macht und der historischen Rolle des Militärs in

Honduras scheint es verständlich, dass Xiomara Castro mit José Manuel Zelaya nicht nur einen Zivilisten, sondern auch einen engen Vertrauten als Minister für Sicherheit in ihr Kabinett geholt hat. Zelaya ist ein Neffe ihres Ehemannes und politischen Beraters Mel Zelaya. Im Vergleich zur Gefahr für eine zumindest in Teilen progressive Regierung wiegt der Vorwurf des Nepotismus<sup>(11)</sup> in diesem Fall wohl weniger schwer.

Castro und die Fraktion von LIBRE im Kongress unternahmen auch einen wichtigen Vorstoß, den gesetzlichen Rahmen für eines der Kernstücke des autoritären Narcostaates zu ändern, nämlich des so genannten Verteidigungs- und Sicherheitsrates. Das Reformvorhaben scheiterte an der Mehrheit der Liberalen und Nationalen Partei im Kongress.<sup>(12)</sup>

## Todesschwadronen weiter aktiv

Politische Beobachter\*innen hatten prognostiziert, dass die lange Hand von JOH und seinen Verbündeten, die ihre Interessen und ihre Straflosigkeit wahren wollen, sich im Laufe des Jahres vielfach zeigen würde.<sup>(13)</sup>

Am markantesten wurde sich dies im Juli deutlich, als sich das Blatt relativer politischer Ruhe zu wenden begann: Said Lobo Bonilla, Sohn des ehemaligen Präsidenten Porfirio Lobo, Mitglied einer in Korruption und Drogenhandel verwickelten Familie, wurde mit drei seiner Begleiter von einem Killerkommando in einer nur wenige Minuten dauernden



Zwei zentrale Themen, die 2022 kaum angegangen wurden: Frauenrechte (hier die Forderung nach der Legalisierung der „Pille danach“) – und Militär. „Wir fordern die Abschaffung der Streitkräfte“ steht auf dem Graffiti.

sorgfältig geplanten Operation erschossen. Das zugehörige Video kursierte sehr rasch im Internet. Auch wenn die Ausführung des Attentates schnell Mitgliedern der Bande MS-13 (darunter einem Polizisten) zugeschrieben wurde, war klar, dass Auftrag und Planung von anderer Stelle erfolgt sein mussten, die im staatlichen Sicherheitsapparat verankert ist und nach Bedarf weiterhin Todesschwadronen einsetzt.<sup>(14)</sup>

Ende November stellte die Regierung einen so genannten „Integralen Sicherheitsplan“ im Kampf gegen Kriminalität vor. Unter anderem soll damit die Pest der Erpressung durch Banden bekämpft werden, die tausende Honduraner\*innen im eigenen Land vertreibt oder ins Ausland fliehen lässt. Über zahlreiche Stadtviertel der Großstädte Tegucigalpa/Comayuela und San Pedro Sula wurde Anfang Dezember der Ausnahmezustand verhängt. Grundrechte sind dort außer Kraft gesetzt, der Fokus der Maßnahmen liegt auf dem Einsatz von Polizei und Militär.<sup>(15)</sup>

## **Transparente Kandidaturen für den Obersten Gerichtshof**

Als zentral für eine demokratischere Zukunft, die Wiederherstellung der Gewaltenteilung und den Kampf gegen die Straflosigkeit in Honduras, gilt die Wahl der Mitglieder des Obersten Gerichtshofs. Sie fand in der neuen Legislaturperiode Anfang 2023 statt, 2022 ging es um die Aufstellung einer Liste integrierter und nicht-korrupter Kandidat\*innen.<sup>(16)</sup> Auch wenn klar war, dass der Kongress letztlich eine Auswahl nach Partei- und Familieninteressen treffen würde, war es ein beachtlicher Erfolg, dass für die Vorschlagsliste erstmals ein transparentes und auf Qualifikation der Kandidat\*innen ausgerichtetes Auswahlverfahren in Gang gesetzt werden konnte. Einer wachsenden Zivilgesellschaft ist zu verdanken, dass dubiose Kandidaturen aufgedeckt und in der Mehrzahl der Fälle gestrichen wurden.<sup>(17)</sup>

## **Menschenrechtsaktivist\*innen weiter stark gefährdet**

Das Büro des UN-Hochkommissariates für Menschenrechte in Honduras registrierte im Jahr 2022 mindestens 224 Opfer von Angriffen auf Menschenrechtsaktivist\*innen und Journalist\*innen, darunter zwölf Morde. Am stärksten gefährdet waren Verteidiger\*innen von Umwelt und Territorien.<sup>(18)</sup>

Falls es Xiomara Castro gelingt, an der Regierung zu bleiben, sind die Aufgaben und Herausforderungen riesig: Sozialprogramme, die mehr als Assistentialismus versprechen, eine Steuerreform, die Einsetzung der CI-CIH – einer UN-Mission gegen Korruption und Straflosigkeit – Refor-



Die Landnahme durch Privatleute und Unternehmen ging 2022 ungebremst weiter. Hier wurde ein Arm der Lagune Micos Quemados an der Karibikküste in der Garifuna-Gemeinde San Juan Tela aufgeschüttet, um Wochenend-Chalets darauf zu setzen.

men des Strafgesetzbuches, um der Kriminalisierung auf dem Land entgegenzuwirken, eine Stärkung des Schutzmechanismus für Menschenrechtsverteidiger\*innen, der 2022 ein desaströses Bild abgab.

Auf die Situation sozialer Bewegungen, indigener Organisationen etc. gehen wir im nächsten Kapitel und unter den dort angegebenen Links näher ein.

## Beziehung zu den USA

Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten hatten jahrelang JOH und seine Nationale Partei gestärkt und gestützt, bis im November 2021 klar wurde, dass ein erneuter Wahlbetrug nicht durchsetzbar und das Regime nicht mehr zu halten war. Welchen Spielraum nun die Regierung von Xiomara Castro bekommt, um die Probleme ihres Landes anzugehen, hängt in hohem Maße von den USA ab. Die Historikerin Dana Frank schrieb dazu: „Bei ihrem Versuch, Castro unter Kontrolle zu bringen, wird das Ziel der Biden-Administration (...) weiterhin darin bestehen, die Aktivitäten der in den USA ansässigen transnationalen Unternehmen in der Region zu verteidigen und auszuweiten, sei es in den Bekleidungsfabriken, in der Exportlandwirtschaft oder im Extraktivismus. (...) Die wirtschaftlichen Ziele der Regierung werden wiederum durch das *United States Southern Command* (Southcom) durchgesetzt ...“<sup>(19)</sup>

- (1) [https://www.swissinfo.ch/spa/honduras-remesas\\_las-remesas-enviadas-a-honduras-suben-un-20-4---de-enero-a-septiembre-de-2022/47986072](https://www.swissinfo.ch/spa/honduras-remesas_las-remesas-enviadas-a-honduras-suben-un-20-4---de-enero-a-septiembre-de-2022/47986072)
- (2) <https://datosmacro.expansion.com/deuda/honduras>
- (3) <https://www.nodal.am/2022/01/primer-discurso-de-xiomara-castro-como-presidenta-de-honduras/>
- (4) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/schwere-politische-krise-in-honduras.html>
- (5) Vgl. Joaquín Mejía Rivera in: <https://www.expedientepublico.org/sombras-de-ilegalidad-en-junta-directiva-del-congreso-agudizan-crisis-politica-en-honduras/>
- (6) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/honduras-usa-wollen-auslieferung-von-ex-praesident-wegen-drogenhandels.html>
- (7) <https://www.hondurasnow.org/wp-content/uploads/2022/04/Indictment-Juan-Orlando-Hernandez.pdf>
- (8) Anklageschrift gegen Bonilla: <https://www.justice.gov/usao-sdny/pr/former-chief-honduran-national-police-charged-drug-trafficking-and-weapons-offenses>
- (9) Siehe <https://www.aquiabajo.com/blog/2020/4/30/us-indictment-of-el-tigre-bonilla-just-the-tip-of-the-impunity-iceberg>
- (10) <https://cespad.org.hn/wp-content/uploads/2022/10/Monitoreo-Defensa-1.pdf>
- (11) Siehe <https://www.cetri.be/Balance-de-un-ano-de-socialismo?lang=fr>
- (12) <https://radioprogressohn.net/leticia-salomon/conducir-y-administrar-la-defensa-nacional-y-la-seguridad-un-asunto-del-ejecutivo-del-legislativo-o-del-judicial/>  
<https://cespad.org.hn/wp-content/uploads/2022/10/Monitoreo-Defensa-1.pdf>
- (13) Siehe <https://confidencialhn.com/blog/2023/01/16/como-el-ex-presidente-juan-orlando-hernandez-batalla-desde-su-prision-en-nueva-york-para-seguir-dominando-honduras-infobae/>
- (14) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/todesschwadronen-in-honduras-weiter-aktiv.html>
- (15) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/xiomara-castro-ruft-den-nationalen-sicherheitsnotstand-in-honduras-aus.html>
- (16) <https://cespad.org.hn/analisis-semanal-honduras-ante-la-eleccion-de-la-nueva-csj-y-la-reconfiguracion-de-fuerzas-en-el-congreso-nacional/>
- (17) <https://criterio.hn/perpetradores-del-golpe-tecnico-a-la-csj-pretendieron-ser-parte-de-la-nueva-corte/>
- (18) <https://oacnudh.hn/dia-internacional-de-los-derechos-humanos-oacnudh/>  
Siehe auch: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr37/6382/2023/es/>
- (19) <https://newleftreview.org/sidecar/posts/honduran-dreams>  
Zur Analyse der US-Perspektive siehe auch: <https://www.passblue.com/2022/05/04/can-hondurass-new-president-transform-her-country-the-us-sure-hopes-so/>

## Aktivitäten zu Honduras

Schwerpunkt der Arbeit des Ökubüros war auch 2022 die Berichterstattung über und solidarische Begleitung von Organisationen, die sich für alternative Lebensmodelle zum extraktivistischen Kapitalismus, für soziale Gerechtigkeit, für ihre angestammten Territorien, für Naturschutz, den Erhalt von Trinkwasserquellen und für die Rechte der LGBTIQ+-Community einsetzen.

### Begleitung der Garífuna-Organisation OFRANEH – Delegationsreise nach Honduras

Wir hatten das Privileg, unsere enge Zusammenarbeit mit der afroindigenen *Organización Fraternal Negra de Honduras* (Schwarze Geschwisterliche Organisation von Honduras, OFRANEH) fortzusetzen.

Im Juni begleitete unsere Honduras-Referentin den OFRANEH-Aktivisten René Martínez bei einigen Stationen der *Karawane für das Leben statt G7*, unter anderem in München, Garmisch-Partenkirchen und Elmau.<sup>(1)</sup>



Solidarität aus dem Süden: Ein Vertreter der afroindigenen Organisation OFRANEH begleitete die Proteste gegen den G7-Gipfel in Elmau und stellte mit der zugehörigen Karawane internationaler Aktivist\*innen alternative Modelle für ein besseres Leben ohne Ausbeutung von Mensch und Natur vor.

Auf Einladung von und in Koordination mit OFRANEH bereiteten wir im ersten Halbjahr 2022 unsere wegen der COVID-Pandemie lange verschobene dreiwöchige Delegationsreise vor. Im August 2022 besuchte unsere Honduras-Referentin gemeinsam mit zwei weiteren Mitgliedern unseres Netzwerks HondurasDelegation und einem freelance-Journalisten mehrere Garífuna-Gemeinden an der honduranischen Atlantikküste und auf der Insel Roatán. Wir veröffentlichten tägliche Reiseberichte auf dem Blog der HondurasDelegation<sup>(2)</sup> und bearbeiteten die Themen unserer Recherche in mehreren Medienbeiträgen. Unsere Honduras-Referentin beteiligte sich an Beiträgen für die Zeitschrift ILA und für Radio Onda.<sup>(3)</sup>



## **Podcastprojekt *Gibt es Elefanten in Abya Yala?***

Im zweiten Halbjahr 2022 entwickelte das Ökubüro mit großem Enthusiasmus unser neues Podcast-Projekt *Hay elefantes en Abaya Yala? – Gibt es Elefanten in Abyala?*, etwa halbstündige Features, in dem die Protagonist\*innen sozialer Bewegungen aus unseren Schwerpunktländern zu Wort kommen und ihre Kämpfe möglichst authentisch miterlebbar werden sollen. Das aus Honduras mitgebrachte Tonmaterial war die Grundlage unserer ersten beiden Episoden, die wir 2022 produziert und Anfang 2023 veröffentlicht haben.

Im November hielt unsere Honduras-Referentin beim Café Global der Gruppe München International einen gut besuchten Vortrag über die Garífuna-Gemeinde Vallecito, ein Symbol der Hoffnung inmitten der ständigen Bedrohung und Verfolgung, denen die Garífuna in Honduras ausgesetzt sind. Vallecito wurde aus den Händen von Unternehmer\*innen befreit, die sich das Land für Monokulturen mit afrikanischen Ölpalmen und als Umschlagplatz für Drogentransporte angeeignet hatten. Heute ist die Gemeinde durch den ökologischen Anbau von Kokospalmen und Maniok ein Zentrum für die Ernährungssouveränität der Garífuna.<sup>(4)</sup>

## **Gewaltsam verschleppte Garífuna: „Lebend wollen wir sie zurück“**

Wie in den Vorjahren unterstützten wir OFRANEH in der Forderung nach Aufklärung des gewaltsamen Verschwindenlassens von vier jungen Garífuna aus der Gemeinde Triunfo de la Cruz 2020. Sie wurden während der Wochenend-Ausgangssperre von schwerbewaffneten Männern mit Polizeiwesten auf Fahrzeugen, die am selben Tag von der Polizei benutzt wurden, verschleppt. Seither fehlt jede Spur von ihnen.<sup>(5)</sup> Diesmal hatten wir Möglichkeit, die Organisation als internationale Beobachter\*innen bei Demonstrationen vor und in der Staatsanwaltschaft und vor dem Gebäude des Obersten Gerichtshofes in der Hauptstadt Tegucigalpa zu begleiten und über die nachfolgende Kriminalisierung zu berichten.<sup>(6)</sup>

## **Wiederaufbau der Garífuna-Siedlung *Wagaira Le***

Gegen Jahresende 2022 kündigte sich mit zu Anfang der Amtszeit der neuen Regierung nicht gekannter Repression an, was in den ersten zwei Monaten 2023 in eine Serie von Morden an Landrechte-Verteidiger\*innen in Honduras münden sollte. Auch wer dem Wahlkampfversprechen von Xiomara Castro geglaubt und einen stufenweisen Prozess



Es reicht! Im August 2022 besetzte OFRANEH kurzzeitig das Gebäude der Generalstaatsanwaltschaft in der honduranischen Hauptstadt und forderte Aufklärung für das gewaltsame Verschwindenlassen von vier jungen Garífuna aus Triunfo de la Cruz. Doch auch nach zwei Jahren unbeantworteter Appelle gab es keine Antwort.

der Zurückdrängung der Militärmacht erwartet hatte, sah sich getäuscht. Ein Datum markierte den Tabubruch: Am 7. November 2022 räumten Polizei und Militär das Projekt *Wagaira Le* („Das ist unser Dorf!“) der afroindigenen Garífuna in Punta Gorda auf der Insel Roatán mit Gewalt. Häuser, Zelte und ein neues Zentrum für traditionelle Heilmethoden, das sich im Bau befand, wurden zerstört und niedergebrannt. Sechs Aktivist\*innen, unter ihnen die lokale Koordinatorin der Garífuna-Organisation OFRANEH, Melissa Martínez, wurden willkürlich festgenommen und mussten sich vor Gericht verteidigen, was glücklicherweise Erfolg hatte.

Im August hatten wir die Garífuna-Gemeinde Punta Gorda kurz vor der Rückgewinnung des angestammten Gemeindelandes für das Projekt *Wagaira Le* besucht. Nach der gewaltsamen Räumung riefen wir zu Spenden für den Wiederaufbau auf.<sup>(7)</sup> 3.888 Euro kamen in kurzer Zeit zusammen. Wir bedanken uns bei allen Spender\*innen herzlich für diese solidarische Geste!

## Recherchen und Veranstaltungen zum Thema „Privatstädte“



Unbeeindruckt vom Verbot durch die honduranische Regierung baut die Privatstadt Próspera auf der Karibikinsel Roatán am ersten von vier Gebäuden der so genannten „Duna Ressorts“. Die Umweltorganisation ARCAH kritisiert, dass viele Bäume widerrechtlich weichen müssen.

Soziale Bewegungen in Honduras hatten seit Jahren dafür gekämpft, Ende April 2022 war es so weit: Das honduranische Parlament hob das Gesetz über die von Unternehmer\*innen geführten Privatstädte (spanisch ZEDE) auf. Wir berichteten darüber<sup>(8)</sup> und besuchten auf unserer Hondurasreise das unmittelbar neben ZEDE Próspera gelegene kleine Dorf Crawfish Rock und die Vorsitzende des dortigen indigenen Gemeinderates. Wir konnten feststel-

len, dass trotz der Aufhebung des Gesetzes auf dem Gelände von Próspera eifrig gebaut wurde: Bauarbeiter zogen das erste große Gebäude des Komplexes *Duna Ressorts* hoch. Die „Citizenship“ von ZEDE Próspera wird von Estland aus verwaltet und an ZEDE Próspera sind auch deutsche Investor\*innen beteiligt. Beobachter\*innen in Honduras vermuten, dass etwa 20 Prozent des Kapitals von Próspera von deutschen Investor\*innen stammen könnte. Grund genug für uns, das Thema bei einem Hintergrundgespräch in der deutschen Botschaft anzusprechen. Zudem interviewten wir den staatlichen Beauftragten für die Abwicklung der ZEDE, Don Fernando García. Und unsere Honduras-Referentin knüpfte anlässlich des Besuchs einer Delegation des inter-amerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Tegucigalpa Kontakte mit der Umwelt- und Gemeindeorganisation ARCAH, einer der Organisationen, die am aktivsten Widerstand gegen die ZEDE leisten – mit Demonstrationen ebenso wie mit juristischen Mitteln.

### Aktualisierung zur ZEDE Próspera auf der Karibik-Insel Roatán

Wie in den Vorjahren informierten wir immer wieder interessierte Medienvertreter\*innen über das Thema ZEDE. Im Januar hielten wir einen Kurzvortrag für die Mitglieder des NordSüdForums München, im November zeigten wir auf Einladung des EineWeltHauses München

nochmals den Dokumentarfilm „Expulsados“ und schalteten ARCAH-Koordinator Christopher Castillo für eine Aktualisierung zu, die wir im Anschluss auf unserem Youtube-Kanal, auf unserer Website und über das Lateinamerika-Nachrichtenportal *amerika21* teilten.<sup>(9)</sup>

ZEDE Próspera drohte dem honduranischen Staat mit einer Klage über 10,7 Milliarden US-Dollar vor einem privaten Schiedsgericht und setzte ein Ultimatum bis Mitte Dezember 2022. Wir berichteten darüber und über die Argumente von Prósperas Washingtoner Anwaltskanzlei. Die honduranische Regierung gab nicht nach, so dass die Klage im Dezember 2022 tatsächlich eingereicht und zu Beginn des Jahres 2023 vom Schiedsgericht der Weltbank angenommen wurde.<sup>(10)</sup>

## **Der Fall Guapinol – Rundreise mit Aktivistin und Menschenrechtsanwalt**

Ende Februar kündigte die honduranische Regierung an, den metallischen und nichtmetallischen Tagebau im ganzen Land zu verbieten. Wir berichteten darüber<sup>(11)</sup> und fragten nach den nächsten Schritten zur Umsetzung dieser politischen Absicht. Diese Schritte sollten nie kommen, die Absichtserklärung wurde, vermutlich nach einer Sitzung des Ministerrates, stillschweigend ad acta gelegt. Als wir im Rahmen der Delegationsreise nach Honduras im August mit Umweltminister Lucky Medina sprachen, teilte er uns nur mit,



Im August 2022 wurde das Ausmaß der Zerstörungen durch die Eisenerztagebaue im Wasserschutzgebiet des Nationalparks *Carlos Escaleras* erstmals sichtbar. Eine Regierungskommission und auch das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte in Honduras besuchten das Gebiet.

dass bis dato keine neuen Bergbaumaßnahmen genehmigt worden seien, bestätigte aber nicht, dass gar keine mehr möglich sind. Die Beurteilung der bestehenden Projekte, wie etwa der Eisenerztagebau im Fall Guapinol, sei Sache der Gerichte, so Medina.

Seit mehreren Jahren beschäftigen wir uns mit dem Zusammenhang zwischen rechtswidrigen Eisenerztagebauen im honduranischen Nationalpark *Montañas de Botaderos Carlos Escaleras* und Deutschland. Dabei sind uns zwei Aspekte wichtig: Unsere „imperiale Lebensweise“, die ein Übermaß an Stahl (und damit Eisenerz) benötigt und die Unterstützung



Das ambulante Radiostudio unserer Mexiko-Referentin im Einsatz: Interview mit dem Menschenrechtsanwalt Joaquín Mejía und der Umweltaktivistin Juana Zúniga aus Guapinol.

Justizkrimi verfügte der Oberste Gerichtshof ihre Freilassung.<sup>(12)</sup> Allerdings sollte es noch bis zum 24. Februar dauern, bis sechs der acht tatsächlich aus dem Gefängnis entlassen wurden. Gerade dies seien die schlimmsten Tage für die Inhaftierten und ihre Angehörigen gewesen, erzählte uns die Lebenspartnerin eines der Inhaftierten, Juana Zúniga, die wir im Mai 2022 gemeinsam mit dem honduranischen Verfassungsrechtler und Menschenrechtsanwalt Joaquín Mejía in München begrüßten.

Zúniga und Mejía diskutierten mit dem Münchner Publikum bei einer Veranstaltung in Kooperation mit dem Kurt-Eisner-Verein über die aktuelle Situation in den ersten Monaten nach dem Ende der Herrschaft der Nationalen Partei in Honduras.<sup>(13)</sup> Wir interviewten die beiden für unsere Sendung „en la línea“ bei Radio Lora München und unsere Honduras-Referentin begleitete sie außerdem zu einer Tagung über politische Umbrüche in Lateinamerika der Evangelischen Akademie Bad Boll in Stuttgart.<sup>(14)</sup> Mit Abgeordneten der deutsch-mittelamerikanischen Parlamentariergruppe vereinbarten wir ein parlamentarisches Frühstück, das – ebenso wie ein Gespräch im Auswärtigen Amt – am 2. Juni stattfand. Anschließend reiste unsere Honduras-Referentin mit Juana Zúniga nach Bremen zur Auftaktveranstaltung der *Karawane für das Leben statt G7*.

Im August legten wir bei unserer Delegationsreise einen kurzen Zwischenstopp in der Gemeinde und am Fluss Guapinol ein und sprachen mit den lokalen Menschenrechtsverteidiger\*innen. Ein längeres Gespräch sowohl zur juristischen Situation als auch zu den Umweltschäden

des Flughafens München für das honduranische Unternehmer-Ehepaar Lenir Pérez und Ana Facussé, dessen Bergbaufirmen aus Sicht der betroffenen Bevölkerung für Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind.

Am 11. Februar 2022 gab es für die widerrechtlich über 900 Tage inhaftierten acht Umweltaktivisten aus Guapinol eine gute Nachricht. Nach einem wahren

und zu erneuten Bedrohungen und Verfolgungen der Gemeindemitglieder schloss sich im September an: Unsere Honduras-Referentin informierte sich in Tegucigalpa bei einem Biologen und Mitgliedern des Komitees zur Verteidigung der Gemeingüter (CMDBCP) aus der Kreisstadt Tocoa über die Ende August festgestellten Umweltschäden im Nationalpark. Das Anwaltsteam erläuterte Details der widerrechtlichen oder fehlenden Genehmigungen der Tagebaue, der Verarbeitungsanlage, der Brunnen und des zugehörigen Wasserkraftwerks am Guapinol-Fluss.



Reynaldo Domínguez, Vorsitzender des Wasserverbandes aus Guapinol berichtete im Auswärtigen Amt von der extrem schwierigen Sicherheitslage in den von Eisenerztagebauen und Pelletierfabrik betroffenen Gemeinden.

## Dringende Appelle an Bundestagsabgeordnete

Wir informierten Bundestagsabgeordnete, die sich im Juni interessiert gezeigt hatten, über die wachsende Bedrohung der Gemeindemitglieder und begleiteten im Dezember den Vorsitzenden des Wasserrates aus Guapinol und Mitglied des CMDBCP, Reynaldo Domínguez, bei Terminen in Berlin anlässlich einer von Peace Brigades International organisierten Rundreise in mehrere europäische Länder. Domínguez äußerte unter anderem im Auswärtigen Amt seine Sorge über die Gefährdung der Bewohner\*innen von Guapinol, die sich gegen das Tagebauprojekt und eine Eisenerzpelletierfabrik unmittelbar neben ihrer Gemeinde wehren. Am 6. Januar 2023 atmeten wir kurz auf, waren doch die besonders riskanten Feiertage vorbei. Am 7. Januar 2023 wurden Reynaldos Bruder Aly Domínguez und Jairo Bonilla erschossen. Soweit wir wissen, von Scherzbewaffneten im Stil eines Killerkommandos.<sup>(15)</sup>

Das Muster, das sich vor der Ermordung von Tomás Garcia (2013) und von Berta Cáceres (2016) wegen deren Widerstands gegen das Wasserkraftwerk *Agua Zarca* zeigte, wiederholt sich.

## **Berichterstattung über die Causa Berta Cáceres**

Die Forderungen nach Aufklärung und Gerechtigkeit in der Causa Berta Cáceres beschäftigten uns auch 2022. Gleich zu Jahresbeginn beteiligten wir uns an einem langen Hintergrund-Interview mit dem Anwalt Victor Fernández, der den Finger in die Wunde der Beteiligung von Entwicklungsbanken an menschenrechtsverletzenden Projekten legte.<sup>(16)</sup>

Im Juli 2022 erstattete der von Berta Cáceres mitgegründete Zivile Rat der indigenen und Volksorganisationen von Honduras (COPINH) Anzeige gegen die halbstaatliche niederländische Entwicklungsbank FMO. Sie soll Millionentransfers für den Bau von *Agua Zarca* geleistet haben, ohne ausreichend zu überprüfen, an wen das Geld ging und was damit passierte. Eine Zahlung könnte sogar direkt in den Mord an Berta Cáceres geflossen sein. Wir veröffentlichten dazu einen ausführlichen Bericht.<sup>(17)</sup>

Im Mai solidarisierten wir uns mit der Forderung von COPINH nach einer Veröffentlichung der Urteilsbegründung und einem gerechten Strafmaß gegen den 2021 wegen des Mordes an Berta Cáceres verurteilten Mit-Täter, den Geschäftsführer des Wasserkraftunternehmens DESA, David Castillo.<sup>(18)</sup> Wir berichteten über die Entscheidung des Gerichtes<sup>(19)</sup> und werden, so lange es nötig ist, gemeinsam mit COPINH weiter fordern, dass auch die Auftraggeber des Mordes an Berta Cáceres belangt werden.

## **Besuch bei der LGBT-Organisation Arcoiris de Honduras**

Die LGBTIQ\*-Community in Honduras erlebte 2022 keinerlei positive Zäsur und keinen Ansatz für einen Wandel, was Diskriminierung, Gewalt und die Durchsetzung von Rechten betrifft. Im Januar schockierte uns der Mord an der langjährigen Trans\*Aktivistin Thalía Rodríguez. Im September besuchte unsere Honduras-Referentin die LGBT-Organisation *Arcoiris*, mit der das Ökubüro seit vielen Jahren freundschaftlich verbunden ist. Die Mitglieder der trans\* Frauen-Gruppe von *Arcoiris* berichteten über ihre bisher vergeblichen Kämpfe, um ein Gesetz zur Anerkennung der Identität von trans\* Personen auf den Weg zu bringen und die mangelnde Umsetzung des bahnbrechenden Urteils des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall Vicky Hernández. Zu Beginn des Jahres 2023 interviewten wir Donny Reyes zur aktuellen Situation der Community unter dem Ende November 2022 von der Regierung Castro verhängten Ausnahmezu-





Wiedersehen mit der trans\* Frauengruppen *Muñecas de Arcoíris* in Comayagüela. Die Gruppe kämpft auch unter der neuen Regierung um die Anerkennung der Identität von trans\* Personen.

stand und bilanzierten zu 2022 mit 46 Morden an Lesben, Schwulen und Transgender: „Ein schwarzes Jahr für die LGBTI-Community“.<sup>(20)</sup>

- (1) <https://www.ocku-buero.de/details/internationalistische-tage-in-muenchen-fuer-das-leben-statt-g7.html>
- (2) <https://hondurasdelegation.blogspot.com/search/label/Delegation2022>
- (3) <https://www.npla.de/thema/repression-widerstand/zimt-zitronengras-und-massagen-traditionelle-heilkunst-der-garifuna/>
- (4) <https://www.ocku-buero.de/details/freiheit-und-autonomie-eine-reise-ins-ge-lobte-land-der-garifuna-in-honduras.html>
- (5) <https://www.ocku-buero.de/nachricht-506/verschwundene-in-honduras-internationale-organisationen-fordern-aufklaerung.html>
- (6) <https://www.ocku-buero.de/nachricht-506/justiz-in-honduras-attackiert-garifuna-aktivist-innen-und-rechtsanwalt.html>
- (7) <https://www.ocku-buero.de/nachricht-506/landkonflikte-in-honduras-garifuna-ansiedlung-gewaltsam-geraemt.html>
- (8) <https://www.ocku-buero.de/nachricht-506/honduras-bremst-privatstaedte-aus.html>
- (9) <https://www.ocku-buero.de/details/opendoku-expulsados-vertrieben.html>

- <https://www.oeku-buero.de/perspectivas-diversas/articles/30-november-2022-honduras-die-privatstaedte-warten-dass-die-regierung-wechselt-um-dann-ihr-projekt-mit-noch-mehr-wucht-durchzusetzen.html>  
<https://amerika21.de/analyse/261793/honduras-privatstaedte-interview>
- (10) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/privatstadt-droht-honduras-mit-milliardenklage.html>
- (11) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/honduras-neue-regierung-verbietet-ausbeutung-von-bodenschuetzen-im-tagebau.html>
- (12) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/honduras-oberstes-gericht-annuliert-prozess-gegen-die-umweltschuetzer-aus-guapinol.html>
- (13) <https://www.oeku-buero.de/details/honduras-chancen-fuer-einen-neubeginn-von-links-und-von-unten.html>  
<https://www.oeku-buero.de/perspectivas-diversas/articles/31-mai-2022-loesen-wir-die-autoritaeren-enklaven-auf-die-heute-noch-den-staat-kontrollieren-und-strafllosigkeit-und-korruption-foerdern.html>
- (14) <https://www.oeku-buero.de/details/tagung-politische-umbrueche-in-latein-amerika.html>
- (15) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/honduras-zwei-umweltschuetzer-aus-guapinol-erschossen.html>
- (16) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/mord-an-berta-caceres-in-honduras-dahinter-koennen-alle-moeglichen-machenschaften-stecken.html>
- (17) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/mordfall-berta-caceres-in-honduras-strafanzeige-gegen-niederlaendische-fmo-bank.html>
- (18) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/veroeffentlichung-der-urteilsbegruendung-im-mordfall-berta-caceres-erneut-verschoben.html>  
<https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/gerechtes-urteil-im-mordfall-berta-caceres.html>
- (19) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/mordfall-berta-caceres-in-honduras-cin-erster-schritt-in-richtung-gerechtigkeit.html>
- (20) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/ein-schwarzes-jahr-fuer-die-lgbti-community-in-honduras.html>

## Länderbericht

Das Jahr 2022 in Kolumbien war zweigeteilt: die Zeit vor und die Zeit nach den Präsidentschaftswahlen. Seit August 2022 hat Kolumbien die erste progressive Regierung und die erste afro-kolumbianische Vizepräsidentin in der Geschichte des Landes. Vor den Wahlen berichteten die Nachrichten täglich von Massakern, gewaltsamem Verschwindenlassen und Vertreibungen, über Ermordungen und Drohungen gegen Führungspersonlichkeiten besonders in ländlichen Gebieten. Seit den Wahlen ist eine angespannte Ruhe eingetreten. Die Opposition, angeführt von der extremen Rechten, tut ihr Bestes, um die von der neuen Regierung geplanten Änderungen zu diskreditieren.

Die Situation vor den Wahlen war sehr angespannt, geprägt von Protesten, Streiks und Demonstrationen. Die Medien berichteten fast täglich von Massakern<sup>(1)</sup>, gewaltsamem Verschwindenlassen<sup>(2)</sup>, Vertreibungen und Ermordungen von Führungspersonlichkeiten. Staatliche und polizeiliche Repressionen<sup>(3)</sup> waren verbreitet<sup>(4)</sup>. Nach zahlreichen Leaks über Korruptionsfälle gilt Kolumbien erneut als eines der korruptesten Länder der Welt.<sup>(5)</sup> Das größte Massaker ereignete sich am 28.03.2022 mit 11 Toten durch Angehörige der kolumbianischen Nationalarmee in Putumayo.<sup>(6)</sup>



Wegen des Massakers in Putumayo ermittelt nun die Generalstaatsanwaltschaft gegen sechs hochrangige Militäroffiziere.

### Das Kolonialmodell

Die politischen Turbulenzen, die Auswirkungen der Pandemie, die wirtschaftliche und soziale Misswirtschaft der scheidenden Regierung sowie der Krieg in der Ukraine und andere internationale Ereignisse führten zu einem Anstieg der Inflation (13,2 Prozent), des Leitzinses (12 Prozent) und des Wechselkurses (4,810 COP/USD).<sup>(7)</sup> Diese Indizes führten wiederum zu einer höheren Armutsquote von 39 Prozent landesweit und 74,3 Prozent in Regionen wie El Chocó.<sup>(8)</sup> Der Wechselkurs förderte auch den Export der Produktion, was zu Nahrungsmittelknappheit führte, weil teils die Produktion exportiert wurde.<sup>(9)</sup> Kolumbien exportierte beispielsweise Kartoffeln höchster Qualität und Saatkartoffeln und importierte gleichzeitig enorme Mengen an Kartoffeln aus Belgien und

Deutschland.<sup>(10)</sup> Die Lebensmittelimporte trugen wiederum zu einer höheren Inflation bei. Auswirkungen einer Wirtschaft nach dem kolonialen Modell.<sup>(11)</sup>

## **Fortschritte bei der Arbeit für Frieden und Demokratie ...**

Die soziale Unzufriedenheit und die Unpopularität des vorherigen Präsidenten spiegelten sich in den Wahlen wider. Zum ersten Mal wurde eine Regierung mit progressiven Vorhaben gewählt. Alternative Kräfte, Frauen, LGBTIQ\* sowie afrokolumbianische und indigene Gemeinschaften sind nun im Kongress besser vertreten. Die Vizepräsidentin



Zum ersten Mal in ihrer Geschichte wählten die Kolumbianer\*innen eine linke und progressive Regierung

stammt aus einer afrokolumbianischen Gemeinde und indigene Vertreter\*innen wurden in diplomatische oder administrative Ämter berufen, wie Leonor Zalabata aus einer Arhuaca-Gemeinde, zur Botschafterin bei der UNO in New York. Die Opfer des Konflikts erhielten ebenfalls eine direkte Vertretung in der Kongresskammer durch 16 „Friedenssitze“, die im Friedensabkommen von 2016 eingerichtet wurden. Die neue kolumbianische Regierung wurde von der deutschen Regierung sehr positiv wahrgenommen.

Die im Rahmen dieses Abkommens entstandenen Institutionen erzielten wichtige Fortschritte. Die Wahrheitskommission (CEV) legte ihren Abschlussbericht mit den gesammelten Geschichten von Opfern und Tätern vor.<sup>(12)</sup> Die Sonderjustiz für den Frieden (JEP) machte Fortschritte bei wichtigen Ermittlungen wie im Fall der so genannten „Falsos Positivos“.<sup>(13)</sup> Die Einheit für die Suche nach verschwundenen Personen

(UBPD) war an 702 Orten tätig, wo sie 388 Leichen barg.<sup>(14)</sup> Ende 2022 waren insgesamt 104.606 Personen offiziell als vermisst gemeldet. Nach den aktuellen Zahlen der JEP wurden 6.402 Personen ermordet und dann als im Kampf gefallene Guerilleros dargestellt. Die Zahl der „Falsos Positivos“ könnte noch höher sein. (Fall 003 „Falsos Positivos“ der JEP)<sup>(15)</sup>



Wer gab den Befehl? Die JEP machte Fortschritte bei den Ermittlungen der sogenannten „Falsos Positivos“. Im Jahr 2023 wird eine Delegation der Mütter der ermordeten Jugendlichen Deutschland und andere europäische Länder besuchen.

Der Entwurf des Entwicklungsplans für die nächsten vier Jahre und der Staatshaushalt für 2023 stärken die Institutionen der Übergangsgerechtiz und verpflichten andere staatliche Institutionen, die Empfehlungen der CEV umzusetzen.<sup>(16)</sup> Darüber hinaus strebt die Regierung einen „totalen Frieden“ an. Darunter versteht man einen Friedensprozess mit den revolutionären politischen Gruppen und Verhandlungen mit „hochgradig kriminellen“ Gruppen. Zum totalen Frieden gehört auch die Ablösung der Wehrpflicht durch den „sozialen Friedensdienst“.<sup>(17)</sup> Ein zentraler Punkt, über den noch keine Klarheit herrscht, ist die Landreform.

### ... inmitten einer Kontinuität von Konflikten

Der CEV-Bericht legte ein elitäres Landnutzungsmodell auf nationaler Ebene vor. Dieses Modell betrachtet bestimmte Regionen des Landes, die unterschiedliche Merkmale und Konflikte aufweisen, als „peripher“. Sie waren für die illegale Wirtschaft und Gruppen von stra-

tegischer Bedeutung.<sup>(18)</sup> In diesen Regionen gab es wenig oder gar keine staatliche Präsenz, und illegale bewaffnete Gruppen kontrollierten fast alles und schufen sogar formelle Arbeitsplätze.<sup>(19)</sup>

„Sie (*Clan del Golfo*) bestrafen und kontrollieren, aber sie bauen auch auf und leisten einen wirtschaftlichen Beitrag“. Bewohner eines ländlichen Sektors in der Region von Urabá.

„Wir können nichts tun. Sie (*Clan del Golfo*) sind viele (Kämpfer), wir sind wenige. Jedes Mal, wenn wir eine Operation durchführten, starben ein oder zwei unserer Männer“. Polizeibeamter in der Region Urabá.

In diesen „peripheren“ Regionen wohnen besonders indigene und afrokolumbianische Gemeinschaften. Laut einem Bericht der Nationalen Indigenen Organisation Kolumbiens (ONIC) war 2022 das gewalttätigste Jahr für indigene Gemeinschaften seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens von 2016.<sup>(20)</sup> Darüber hinaus berichtet das Institut für den Frieden (INDEPAZ) über den Mord an landesweit 189 sozialen und politischen Führungspersonlichkeiten und 42 Unterzeichner\*innen des Friedensabkommens von 2016, vor allem in diesen Regionen.<sup>(21)</sup> Die Zahlen sind seit dem 7. August, dem Amtsantritt der neuen Regierung, deutlich zurückgegangen, aber ihre Kontinuität auch im Jahr 2023 zeigt, dass es immer noch keine klare Politik zum Schutz der Zivilbevölkerung gibt.

## Vom brutalen Extraktivismus zu einer menschen- und umweltfreundlicheren Politik?

Der Export von Kohle und anderen Rohstoffen, die (bewaffnete) Konflikte verursachen, nimmt weiter zu.<sup>(22)</sup> Das Anlegen von Monokulturen für die Drogenproduktion ist direkt mit Konflikten und Umweltproblemen verbunden<sup>(23)</sup> und nimmt weiter zu. Im Jahr 2021 hatte das Land bereits 204.000 abgeholzte Hektar, um Kokasträucher in Monokultur anzubauen.<sup>(24)</sup> Trotz einiger Fortschritte in der Gesetzgebung und der Haltung der Regierung, den Kampf gegen den Drogenhandel zu ändern, gibt es keine Klarheit über die Regulierung der Drogenproduktion.<sup>(25)</sup> Die Fläche wuchs



Energiegetränk auf Koka-Basis. Produkt einer indigenen Genossenschaft.

2022 weiter, da es noch keine klaren Strategien zur Substitution gibt. Der Druck der US-Regierung, „traditionelle“ Methoden anzuwenden, ist sehr groß.<sup>(26)</sup>

Aufgrund des politischen und wirtschaftlichen Drucks und entgegen den Versprechungen während des Wahlkampfs hat die neue Regierung ihre Haltung zu extraktivistischen Aktivitäten gelockert. Im Klimaschutzkapitel des Entwurfs des Nationalen Entwicklungsplans wird zum Beispiel die Natur weiterhin als eine „Ressource“ zum Ausbeuten bezeichnet. Im Entwicklungsplan fehlen konkrete Strategien und öffentliche Maßnahmen für die Energiewende.<sup>(27)</sup>

### **Vom Widerstand zur partizipativen Kontrolle**



Abgeholzter Regenwald im Amazonasgebiet. Sie wird chemisch entwässert und dann abgeholzt. Somit entstehen immer weiter neue Flächen für Viehzucht, Fischzucht oder Monokulturen wie Koka.

Gerade um diesem internationalen und industriellen Druck zugunsten der extraktiven Industrien zu begegnen, muss die Zivilgesellschaft eine partizipative konstruktive Kontrolle ausüben. Dafür ist die Rolle der Opfer, der Opferbewegungen und der Organisationen der Zivilgesellschaft und ihre Netzwerke sowohl in Kolumbien als auch in Deutschland sowie die Unterstützung der internationalen Solidarität sehr wichtig. Ihre Leistungen waren die Grundlage für die Fortschritte in der Friedenskongstruktion im Land, sie weckten das Interesse der deutschen und internationalen Öffentlichkeit und eröffneten Diskussionsräume, selbst im Bundestag.



Nun ist wieder der internationale Appetit auf die kolumbianischen Rohstoffe enorm. Das Risiko neuer Eskalationen oder neuer Konflikte steigt. Durch die Abwesenheit einer charismatischen Führungsperson in der Opposition entstehen leider ultraextreme Führungspersönlichkeiten. Sie tun alles, um die geplanten politischen Vorschläge der neuen Regierung zu diskreditieren. Die Industrieverbände versuchen diese Vorschläge zu bremsen, damit ihre Interessen nicht beeinträchtigt werden. Außerdem sind die Diskurse über die Umstellung auf saubere Energie nach wie vor gleich: große ausländische Importeure und eine verarmte Exportgesellschaft, die unter einer kolonialen und imperialistischen Herrschaftsstruktur lebt. Deshalb rufen wir dazu auf, die Beobachtungs-, Begleitungs-, Informations- und die politische und kulturelle Bildungs- und Erinnerungsarbeit sowohl in Kolumbien als auch international fortzusetzen.



Luftaufnahme des Megadamms Hidroituango. Die Opfer dieses Megaprojekts kämpfen weiterhin für Gerechtigkeit und Wiedergutmachung.

Schließlich bestehen wir darauf, dass die Umsetzung des Friedensabkommens von 2016 sowie der Schlussfolgerungen und Empfehlungen des Berichts der CEV weiter unterstützt und gefördert werden muss. Die Opferbewegungen sowie die sozialen und Umweltbewegungen in Regionen wie Ituango, Urabá, den Kohleabbaugebieten sowie den Regionen mit illegalen Monokulturen brauchen weiterhin die Unterstützung der internationalen Gesellschaft.

- (1) Massaker nach dem Bericht des Instituts für Frieden INDEPAZ: Jahr 2020: 91, Jahr 2021: 96 mit 338 Opfern, Jahr 2022: 94 mit 300 Opfern\*. Jahr 2023: 18 Massaker mit 57 Opfern. Stichtag: 21. Februar 2023.  
<https://indepaz.org.co/informe-de-masacres-en-colombia-durante-el-2020-2021/>
- (2) Laut Nationalinstitut für Gerichtsmedizin wurden 244 Personen im Jahr 2022 angeblich gewaltsam verschwinden gelassen.  
[www.datos.gov.co/Justicia-y-Derecho/Desaparecidos-Colombia-hist-rico-a-os-1930-a-dicie/8hqm-7fdt](http://www.datos.gov.co/Justicia-y-Derecho/Desaparecidos-Colombia-hist-rico-a-os-1930-a-dicie/8hqm-7fdt)
- (3) Amnesty International berichtet im Mai 2022 über den vorsätzlichen und unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt durch kolumbianische Sicherheitskräfte gegen friedliche Demonstranten während landesweiter Proteste in Cali im Jahr 2021: <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/kolumbien-neue-beweise-toedliche-polizeigewalt>  
Der „Volkstribunal von Siloé“ verurteilte den Staat symbolisch für diesen Verbrechen: <https://amerika21.de/blog/2023/02/262803/tribunalpopularsiloe>
- (4) <https://amerika21.de/2022/05/257860/proteste-kolumbien-ein-jahr>
- (5) <https://www.transparency.org/en/cpi/2022/index/col>
- (6) <https://razonpublica.com/la-masacre-alto-remanso-terror-estrategia-militar>
- (7) <https://www.banrep.gov.co/es/estadisticas>
- (8) Nach Berechnungen der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC): [www.larepublica.co/globoeconomia/colombia-el-pais-en-donde-mas-aumentarian-los-niveles-de-pobreza-durante-este-ano-3378484](http://www.larepublica.co/globoeconomia/colombia-el-pais-en-donde-mas-aumentarian-los-niveles-de-pobreza-durante-este-ano-3378484)
- (9) <https://www.infobae.com/america/colombia/2022/04/25/precios-de-los-alimentos-habria-aumentado-entre-un-10-y-un-40-en-lo-que-va-del-2022>
- (10) <https://www.elcolombiano.com/negocios/en-ocho-meses-no-habra-suficiente-papa-en-antioquia-MG17225867>
- (11) <https://jacobinlat.com/2023/02/07/los-bancos-centrales-del-norte-empujan-al-sur-global-a-una-crisis-de-endeudamiento/>
- (12) Video der offiziellen Veröffentlichung des Berichtes der Wahrheitskommission: <https://www.youtube.com/watch?v=2Ap2gWB1eT0>  
Weitere Infos: [www.comisiondelaverdad.co](http://www.comisiondelaverdad.co)
- (13) <https://www.jep.gov.co/macrocasos/caso03.html>
- (14) <https://ubpdbusquedadesaparecidos.co/wp-content/uploads/2023/01/Informe-de-gestio%CC%81n-2022-VFinal-a-publicar.pdf>
- (15) <https://ubpdbusquedadesaparecidos.co/actualidad/cifras-busqueda-desaparecidos-colombia>
- (16) <https://www.dnp.gov.co/Paginas/plan-nacional-de-desarrollo-2023-2026.aspx>
- (17) <https://www.suin-juriscal.gov.co/viewDocument.asp?ruta=Leyes/30044824>

- (18) Siehe auch „Kartierung der Ausbreitung von bewaffneten Gruppen in Kolumbien“: <https://indepaz.org.co/wp-content/uploads/2023/02/MULTIMEDIA-GRUPOS-ARMADOS-FINAL.pdf>
- (19) Laut Bericht einer Dienstreise unseres Kolumbien-Referenten. In einigen Gebieten schreiben bewaffnete Gruppen sogar Kleidervorschriften und Ausgangssperren vor. Siehe auch den Bericht des Hohen Kommissars für Menschenrechte (OHCHR): <https://www.hrw.org/world-report/2023/country-chapters/colombia#583016>
- (20) [https://drive.google.com/file/d/1N2uVNUB57b7hDrMghj6t8lahy\\_AQHSjB/view](https://drive.google.com/file/d/1N2uVNUB57b7hDrMghj6t8lahy_AQHSjB/view)
- (21) <https://indepaz.org.co/lideres-sociales-defensores-de-dd-hh-y-firmantes-de-acuerdo-asesinados-en-2022/>
- (22) <https://www.sectorial.co/informativa-carbon-itemlist/item/618828-colombia-consolida-exportaciones-de-carbon-en-el-mercado-mundial>
- (23) Ausführlichere Informationen über die sozialen und ökologischen Auswirkungen der Kokain- und Heroinproduktion: <https://www.klimasolidaritaet.de/illegal-monokulturen>
- (24) [https://www.unodc.org/documents/crop-monitoring/Colombia/INFORME\\_MONITOREO\\_COL\\_2021.pdf](https://www.unodc.org/documents/crop-monitoring/Colombia/INFORME_MONITOREO_COL_2021.pdf)
- (25) <https://www.senado.gov.co/index.php/el-senado/noticias/4253-plenaria-de-senado-aprobo-reforma-constitucional-que-regulariza-cannabis-de-uso-adulto#:~:text=%2D%20Las%20mayor%C3%ADAs%20del%20Senado%20de,del%20cannabis%20para%20uso%20adulto>  
Darüber hinaus baten Kolumbien und Bolivien die UN um Streichung des Kokablattes von der Liste der Betäubungsmittel: <https://www.reuters.com/world/americas/colombia-bolivia-ask-un-remove-coca-leaf-narcotics-list-2023-02-22>
- (26) Die US-Regierung verweist insbesondere auf die Verwendung von Chemikalien, die sehr umwelt- und gesundheitsschädlich sind, sowie auf ihre Politik der Auslieferung von Drogenhändlern und den bewaffneten Kampf gegen Drogenkartelle: <https://www.infobae.com/colombia/2023/02/16/estados-unidos-reitera-su-preocupacion-por-la-cantidad-de-cocaina-que-sigue-llegando-desde-colombia/>
- (27) Siehe oben den Link zum Entwicklungsplan Kolumbiens (16)

## Aktivitäten zu Kolumbien

Wie im Länderbericht erläutert, wurde das Jahr 2022 in Kolumbien in zwei Teile geteilt: die Zeit vor und die Zeit nach den Präsidentschaftswahlen. Insbesondere im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen waren wir in den sozialen Medien mit E-Mail und Chats sehr aktiv, teilten laufend Informationen über die Geschehnisse im Land und organisierten Fachgespräche mit politischen Persönlichkeiten. Die Eskalation des Konflikts bedeutete zudem eine Zunahme der Anfragen nach Unterstützung für Menschen und Gemeinschaften, die bedroht oder vertrieben wurden und für diejenigen, die nach Deutschland ins Exil gehen mussten. Wir setzten zudem unsere Aktivitäten in den Bereichen entwicklungspolitische Bildung, Friedenskultur und Erinnerungsarbeit fort. Bei dieser Arbeit wurde unser Kolumbien-Referent übers Jahr von drei Praktikanten und von befreundeten Organisationen und Gruppen unterstützt. Wir unterstützten ebenso Aktivitäten anderer Gruppen und Organisationen.

Auf unserer Tagesordnung standen unter anderem die Drogenpolitik, der soziale Aufstand, die Frauenrechte, die Rechte indigener Gemeinschaften, die Umwelt- und Klimakrise in Kolumbien, die Erinnerungsarbeit sowie die Solidaritäts- und zivilgesellschaftlichen Netzwerken. Mit diesen Themen tragen wir direkt und indirekt zu unseren Hauptzielen bei, nämlich zur Kultur des Friedens, der Erinnerung, der Solidarität und der Suche nach sozialer und Klimagerechtigkeit.

### **Empowerment, Perspektiven & Networking - Eine Bilanz mit Wirkung**

Wir haben uns immer wieder sehr gefreut, die Geschichten der Menschen zu hören, die an unseren Aktivitäten teilnahmen. Viele von ihnen erzählten über die Stärkung des Selbstbewusstseins, den Abbau von Ängsten und damit die verstärkte Beteiligung an sozialen und politischen Aktivitäten. Sie berichteten uns von einem Perspektivwechsel und einem neuen Verständnis der Geschichte und der Gründe für den Konflikt in Kolumbien. Die Teilnehmenden unserer Veranstaltungen äußerten ihre veränderte Perspektive auf die Konflikte in Kolumbien und ein besseres Verständnis für die aktuelle Situation in den indigenen Gemeinschaften, die Probleme und die Unterschiede zwischen ihnen.

*„Es war mir neu, dass der Konflikt in Kolumbien nicht nur eine Frage des Drogenhandels ist, sondern auch ein Krieg um die natürlichen Ressourcen und die Arbeitskräfte, die sie ausbeu-*

ten“, gaben mehrere Teilnehmende unseres Programms am 10.12.2022 an.

Wir sind überzeugt, dass die Arbeit zwischen Menschen mit unterschiedlichen politischen und sozialen Positionen und Visionen sowohl hier in Deutschland als auch in Kolumbien viel zu Friedenskonsolidierung, zu Versöhnung und zur Suche nach sozialer und ökologischer Gerechtigkeit beiträgt.

*„(Der Diplomkurs) ermutigte mich und zeigte mir unbekannte Aspekte der kolumbianischen Geschichte sowie die Möglichkeit, mit Menschen zusammenzuarbeiten, die eine ganz andere politische Position haben als ich.“ – Elizabeth L., Teilnehmerin der Fortbildung in Führungskompetenz für den Frieden*

Mit unseren Aktivitäten gelang es uns, neue Publika zu erreichen, neue pädagogisch-kulturelle Formate umzusetzen und die Türen zu



Workshop in der Kerschensteiner Schule in Germering. 19 Mädchen, zwischen 14 und 16 Jahre alt, nahmen sehr aktiv teil. Begleitet wurden wir von einer Stadträtin und einem Stadtrat.

neuen Kulturräumen in der Stadt wie Milla Club, Hip-Hop Festivals, Tonstudios und dem Kunst- & Kulturzentrum an der Dachauer Straße zu öffnen. Sehr bereichernd war für uns die enge Zusammenarbeit mit all den Kollektiven, Organisationen und Gruppen in München, in Deutschland und Lateinamerika, die an unseren Aktivitäten teilnahmen, diese unterstützten oder die uns die Teilnahme und Unterstützung ihrer

Aktivitäten ermöglichten. 2022 schlossen wir viele neue Freundschaften für die Solidaritätsarbeit.

Im Folgenden finden sich kurze Beschreibungen unserer Veranstaltungen zu verschiedenen thematischen Schwerpunkten im Jahr 2022.

## **Geschichten aus dem Regenwald von El Chocó und dem Amazonas**

Die virtuelle Diskussion „Ökologische und soziale Auswirkungen von Drogenanbau – Gespräch mit einem Aktivist\*in aus Kolumbien“ am 03. Februar 2022 bildete den Auftakt. Leandro J., der 2021 als Stipendiat der Elisabeth-Selbert-Initiative ein halbes Jahr mit uns in München verbracht hatte, nahm als Referent teil. Die Veranstaltung wurde von der Lateinamerika-AG der Grünen in Thüringen organisiert und von unserem Kolumbien-Referent moderiert. Leandro erzählte uns von seinem Alltag in der Gemeinde in El Amazonas, in der er als gewaltsam Vertriebener lebt. Die Diskussion befasste sich mit den sozialen, ökologischen, politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Produktion und des Vertriebs von Drogen, insbesondere von Heroin, im Süden Kolumbiens.

Die illegale Drogenproduktion ist jedoch längst nicht die einzige Ursache für die Verletzung von Menschen-, Kollektiv- und Umweltrechten



Stadtrundgang mit Killa Becerra und Gabriel Marrugo

in indigenen Gemeinschaften. Dies wurde von Killa Becerra, Vertreterin der Inga-Gemeinschaft in El Amazonas, und Gabriel Marrugo, Vertreter der Emberá-Gemeinschaft in El Chocó, wieder einmal bestätigt. Sie besuchten uns im Mai in München. Wir veranstalteten mit ihnen den Stadtrundgang „Geschichten aus El Amazonas und aus El Chocó“ und

begleiteten sie zu verschiedenen Terminen in München und Berlin mit Vertreter\*innen verschiedener NGOs und Kollektive. Gabriel und Killa berichteten über die aktuellen Ereignisse und Menschenrechtsverletzungen in ihren Gemeinden. Sie luden die internationale Gemeinschaft ein, Schutzprogramme für indigene Führungspersönlichkeiten zu unterstützen. Die traditionellen Schutzprogramme würden ihren Bedürfnissen nicht gerecht, klagten Killa und Gabriel. Sie präsentierten auch einige Ideen für Projekte, die hier und dort entwickelt werden könnten, um ihre Gebiete, die letzten Tropenwälder in Lateinamerika, zu erhalten.

## **Friedenskultur und Demokratie**

Im Jahr 2022 hatten wir erneut die Möglichkeit, virtuelle Räume für Aktionen über die Grenzen Deutschlands hinaus zu nutzen. Dank der Zusammenarbeit mit Aluna Minga und der konzeptionellen Gestaltung von Danny Carvajal fanden sechs virtuelle Diskussionen statt. Die Themen waren: Wirtschaftswachstum und Degrowth, die Krise der Demokratie, Verdrängungswirtschaft versus einer Wirtschaft der Fürsorge, Toleranzgrenzen, Macht sowie Erinnerungskultur und Vergessenheit. Außerdem entwickelte Danny Carvajal die zwölfteilige Seminarreihe „Die Kunst des Friedens“. Ziel dieser Seminarreihe war, eine globale und interdisziplinäre Reflexion über die Phänomene von Krieg und Frieden im Laufe der Geschichte zu ermöglichen. Zu weiteren Aktivitäten im Zusammenhang mit der Kultur des Friedens, der Gewaltfreiheit und des sozialen Engagements berichten wir in den folgenden thematischen Kapiteln.

## **Wahrheit, Erinnerung, sozialer und politischer Wandel in Kolumbien**

Aufgrund der starken staatlichen und polizeilichen Repression und Gewalt in Kolumbien sowie der Vielfalt und des Umfangs der Demonstrationen, Kundgebungen, Krawalle, Streiks und Protestaktionen war von einem „sozialen Aufstand“ in Kolumbien die Rede. Dieser Aufstand begann mit Protesten im Jahr 2018 und erreichte Anfang 2021 seinen Höhepunkt. Auch die kolumbianische Community in München und in Deutschland ging 2022 mehrfach auf die Straße, um zu protestieren und zu demonstrieren. Am Odeonsplatz, am Stachus, am Marienplatz und an anderen Orten, auch online, fanden Veranstaltungen zur Unterstützung der Proteste und Demonstrationen in Kolumbien statt. Wir zeigten unsere Solidarität und unterstützten diese Aktivitäten logistisch, mit Werbung und mit Räumlichkeiten für Gespräche und Diskussionen.



Darüber hinaus veröffentlichten wir auf unseren Kanälen und auf unserer Website Meinungsartikel und Analysen zum sozialen Aufstand.<sup>(1)</sup>

Mit dem Regierungswechsel im August 2022 trat eine relative Ruhe ein. Die Proteste endeten und die Bedrohungen und Menschenrechtsverletzungen gingen etwas zurück, geschehen aber nach wie vor. Wir nutzten diese Ruhe, um uns auf wichtige Themen zu konzentrieren wie beispielsweise die Bekanntmachung des Berichts der Wahrheitskommission (CEV).<sup>(2)</sup> Wir führten durch oder unterstützten mehrere Veranstaltungen zum CEV-Bericht und zur Arbeit der Unterstützungsgruppe der CEV in Deutschland (*Nodo Alemania*).<sup>(3)</sup>

Höhepunkt dieser Aktivitäten war unsere Tagung „Mit Wahrheit gibt es Zukunft“ am 10. Dezember, dem internationalen Tag der Menschenrechte. Wir begannen mit einem Workshop zur psychosozialen Unterstützung und Selbstfürsorge für politisch und gesellschaftlich aktive Menschen. Da-

nach gab es zwei parallele Veranstaltungen – einen Dokumentarfilm und eine Diskussion mit einem Hip-Hop-DJ. Im Dokumentarfilm „Erinnerungen an das Exil“ geht es um vier Kolumbianer\*innen, die ihr Land verlassen haben und in Deutschland ein neues Leben beginnen mussten. Im Anschluss an den Film folgte eine Diskussion mit der Regisseurin Yasmin Angel und der Produzentin Pilar Mendoza. Die zweite Veranstaltung drehte sich um den 14-jährigen kolumbianischen Hip-Hop-DJ Juan Diego Pacheco. Er leitet an seiner Schule La Palestina in Bogotá ein Projekt für die Veröffentlichung und Analyse des CEV-Berichts und schafft das Kunststück, die Ergebnisse des Berichts mit kolumbianischer Rap-Musik zu verbinden und so für seine Altersgenoss\*innen erfahrbar zu machen. Den Abschluss der Tagung bildete die Podiumsdiskussion „Mit Wahrheit gibt es Zukunft. Der Bericht der Wahrheitskommission für nachhaltige Entwicklung in Kolumbien“. Podiumsgäste waren Pilar Mendoza (*Nodo Alemania*), Diana Avella (*Centro de Memoria, Paz y Reconciliación de Bogotá*) und Juan Camilo Pulido



Begleitung der kolumbianischen Gemeinschaft bei verschiedener Kundgebung auf den Plätzen von München. Hier am Stachus.



Veranstaltung „Mit Wahrheit gibt es Zukunft“ am 10.12.2022

(Masterstudent und Praktikant des Ökubüros). Sie erläuterten ausführlich die Zusammensetzung des CEV-Berichts, die Arbeit des *Nodo Alemania* und insbesondere die Bedeutung des Berichts für die nachhaltige Entwicklung des Landes. Abschließend diskutierten wir über Handlungsmöglichkeiten, um einen Beitrag zum Ende und zur Nichtwiederholung des Konfliktes leisten zu können. Die Veranstaltung wurde begleitet von Musiker\*innen und von einer bildenden Künstlerin, die ein gemaltes Porträt der Inhalte und Emotionen erstellte.

## Kreativer Widerstand gegen das Patriarchat

Gleichstellungsfragen und Frauenrechte sind wichtige Querschnittsthemen nicht nur im CEV-Bericht, sondern auch für die Arbeit des Ökubüros. Bei unseren Aktivitäten im Jahr 2022 haben wir insbesondere eine antipatriarchale Perspektive und den Kampf der FLINTA\*-Gemeinschaften (Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, trans und agender Personen) berücksichtigt.

Es entstand eine Deutschlandtournee mit dem Titel „Abya Yala RapToure - Frauen, die kämpfen. Frauenrechte in Lateinamerika und kreativer Widerstand aus der Hip-Hop-Szene“.<sup>(4)</sup> Eingeladen wurden zwei politisch aktive Hip-Hop-Künstlerinnen: Diana Avella aus Kolumbien und Audry Funk aus Mexiko. An der Abschlussveranstaltung nahm auch Mariposa teil, eine kolumbianische Trans\*-Aktivistin, die ihr Land

aufgrund von Morddrohungen verlassen musste. Es war eine Zusammenarbeit zwischen unserer Kolumbien- und unserer Mexikostelle. Der Bericht über die Tournee befindet sich im Kapitel RapToure.

## Weitere Hip-Hop-Künstlerinnen in München

Neben unserer „AbyaYala RapToure“ begrüßten wir zwei weitere kolumbianische Hip-Hop-Künstlerinnen in München: Denis Cáceres und Sol Ortega, bekannt als Motilonas Rap. Sie vermittelten wichtige Bot-

schaften über die Umweltprobleme und Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien. Die Gruppe entstand aus der schwierigen Realität der Region Catatumbo, einer Grenzregion zu Venezuela, heraus, die von den Konflikten und der Gewalt im Zusammenhang mit der Erdölförderung, dem Bergbau und



Konzert im Bellevue di Monaco mit Motilonas Rap

der Kokainproduktion betroffen ist. Die Motilonas Rap nahmen an der internationalen Hip-Hop BLOCKPARTY - BIPOC Edition im Bellevue di Monaco teil. Außerdem besuchten sie Tonstudios und tauschten Ideen und Geschichten über ihre Kämpfe mit dem Programm Wor(l)d Connects und mit Künstler\*innen der Münchner Szene aus. Möglich wurde der Austausch durch eine Kooperation mit dem Kulturreferat München, Aluna Minga und dem lokalen Künstler Waseem MC.

## Solidaritätsnetzwerke für eine starke Zivilgesellschaft

In den letzten Jahren konnten wir verschiedene Kollektive, Initiativen und Aktivist\*innen, die sich von Deutschland aus für Frieden und Umwelt in Kolumbien einsetzen, miteinander verbinden. Im vergangenen Jahr trafen sich diese Kollektive und Personen erstmals persönlich. Unser Kolumbien-Referent unterstützte die Tagung „Bürgerschaftliches Engagement über Grenzen hinaus. Partizipatives Seminar von und für Kolumbianer\*innen und Aktivist\*innen für Kolumbien aus Deutschland“ konzeptionell und logistisch.<sup>(5)</sup>

Ebenfalls im Sinne der grenzüberschreitenden Arbeit und in direkter Solidarität mit unseren Partnern\*innen stand 2022 eine Dienstreise nach Kolumbien auf dem Programm. Unser Kolumbien-Referent nahm an



Arbeitstreffen mit der *Movimiento Rios Vivos* (Bewegung Lebende Flüsse) in der Gemeinde Toledo. Sie bringen Opfer des Megastaudamms Hidroituango zusammen.

der internationalen Wahlbeobachtungsmission (*Misión de Observación Electoral MOE*) in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen teil. Er besuchte einige unserer Partner\*innen in Urabá, Ituango, Putumayo, in der Kaffeeanbauregion sowie in Bogotá und Medellín. Dabei knüpfte er auch neue Kontakte und be-

sprach Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Die Reise fand im März statt, einer aufgrund der damaligen Wahlperiode recht turbulenten Zeit. Während und nach der Reise organisierten wir Aktivitäten mit den Organisationen und Menschen, die wir besucht hatten. Wir vernetzten sie auch mit anderen Organisationen und Kollektiven in Deutschland.

Grenzüberschreitend war auch unsere Teilnahme als Mitveranstalter der Fortbildung „Führungskompetenzen für den Frieden“. Sie wurde von der Friedensschule der Kaffeeanbauregion (*Escuela de Paz del Eje Cafetero*) der Technischen Universität Pereira organisiert. Sie fand virtuell statt, mit einer sehr guten Beteiligung von Menschen in Deutschland, insbesondere von Kolumbianer\*innen im Exil.

Gemeinsam mit den Organisationen der deutschen Menschenrechtskoordination Kolumbien beteiligten wir uns das Jahr über an mehreren öffentlichen Stellungnahmen und Petitionen an die Bundesregierung. Mit Kollektiven der kolumbianischen Diaspora und Mitgliedsorganisationen der Koordination unterstützten wir außerdem die Initiative „Recht auf Asyl“. Weitere Informationen zu diesem Thema finden sich im gleichnamigen Kapitel.

## **Solidarität und Leben statt Kohle**

Wie in den Artikeln auf unserer Plattform Klimaschutz erläutert wird, stehen viele Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang mit Umweltfragen. Deshalb verbreiteten wir weiterhin die Inhalte der Plattform. Die wichtigste Aktivität außerhalb der virtuellen Aktivitäten war der Workshop „Klimagerechtigkeit braucht Solidarität“, der von unserem Praktikanten Juan Camilo Pulido in Frankfurt gehalten wurde. Er

erläuterte den Inhalt der Plattform und betonte den Zusammenhang zwischen Industrie, Entwicklung und der Verletzung von Menschen- und Umweltrechten. Außerdem wurde die Kampagne #FreeBrunoOfficial vorgestellt.<sup>(6)</sup> Die Kampagne wurde in Solidarität mit den vom Kohleabbau bedrohten indigenen Wuayúu-Gemeinschaften gestartet. Das Bergbauunternehmen El Cerrejón will den Fluss Bruno umleiten, um die unter ihm liegenden Kohlevorkommen abzubauen. Bruno ist jedoch die einzige Trinkwasserquelle für viele Siedlungen der Wuayúu-Gemeinschaften.

Wir beteiligten uns auch 2022 an der Initiative „Leben statt Kohle“.<sup>(7)</sup> Die Initiative zeigt eine weltweite Solidarität mit den Opfern des Kohleabbaus. Sie fordert ein Ende der Ausweitung der extraktivistischen Aktivitäten und der systematischen Verletzungen der Rechte indigener und afro-kolumbianischer Gemeinschaften. Dem Aufruf an politische Persönlichkeiten in Europa, Deutschland und Kolumbien schlossen sich 165 Organisationen aus 30 Ländern auf vier Kontinenten an.<sup>(8)</sup>

Darüber hinaus unterstützten wir die Veranstaltung „Kolumbianische Kohle und die Ressourcenabhängigkeit von Deutschland. Eine Süd-Nord-Diskussion für Klimagerechtigkeit“. Die Veranstaltung fand in Berlin statt. Auf dem Podium saßen unter anderem Carmen Ramirez, Vertreterin der Kolumbianer\*innen im Ausland im Repräsentantenhaus in Kolumbien und Wuayúu-Frau, sowie Alvaro Castro, Vertreter der Opfer des Kohleabbaus in der Region El Cesar. Die Veranstaltung wurde von der kolumbianischen Klimaaktivistin Gina Cortes Valderrama moderiert.

## **Neuer Wind, neue Herausforderungen - Ein Ausblick**

Wir beobachten mit einer gewissen Sorge, dass sich einige Menschen aus dem Aktivismus zurückziehen. Trotz der positiven Veränderungen im Land gehen die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und die Produktion von Drogen sowie die negativen Auswirkungen auf Menschenrechte und Umwelt allerdings weiter. Ebenso braucht das Land Zeit, um aus der Kultur der Gewalt herauszukommen. Die radikale (rechte) Opposition ist immer noch stark und könnte die Macht in der Regierung zurückerobern. Deshalb sind wir davon überzeugt, dass Menschenrechts-, Bildungs- und Solidaritätsarbeit auch in Zukunft sehr notwendig sein werden und dass wir unsere Netzwerke weiterhin stärken müssen. Im Jahr 2022 begeisterten wir viele neue Freund\*innen für unsere Solidaritätsarbeit. Wir hoffen, diese Verbindungen 2023 stärken zu können und neue Praktikant\*innen, ehrenamtlich Aktive sowie neue Kooperationen

zu gewinnen, um uns den kommenden Herausforderungen zu stellen.

Ein notwendiges Arbeitsfeld, um diesen Herausforderungen zu begegnen, ist die Stärkung der Erinnerungs- und Friedenskultur. Außerdem sind wir von der Bedeutung der Rolle der Frauen bei der Suche nach Frieden und Gerechtigkeit im Land überzeugt. Deswegen haben wir zwei Vertreterinnen der Mütter der „Falsos Positivos“<sup>(9)</sup> zu einer Speakerstour eingeladen, die im Rahmen einer großen internationalen Tournee der Gruppe im Herbst 2023 stattfinden wird. Wir werden auch zivilgesellschaftliche Gruppen in Deutschland und in Kolumbien sowie die Arbeit des *Nodo Alemania* und der Initiative #RechtAufAsyl weiterhin unterstützen.

Rund um unsere Plattform Klimasolidarität planen wir mehrere Veranstaltungen und werden weiterhin die Kampagnen #LebenStattKohle und #FreeBrunoOfficial unterstützen. Wir freuen uns sehr auf Deine aktive Teilnahme als Ehrenamtliche\*r, Praktikant\*in oder als Teilnehmer\*in bei unseren Veranstaltungen.

## Notizen und Quellen

- (1) Siehe zum Beispiel <https://www.oeku-buero.de/nachricht-508/kolumbien-vor-der-praesidentschaftswahl-eine-bisher-unendliche-nacht-fuer-die-demokratie.html>
- (2) Aufnahme der offiziellen Vorstellung des Berichtes in Kolumbien unter <https://www.youtube.com/live/2Ap2gWBleT0?feature=share>
- (3) <https://www.oeku-buero.de/details/Bericht-Wahrheitskommission-Kolumbien.html>
- (4) <https://www.oeku-buero.de/details/abya-yala-raptoure.html>
- (5) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-508/seminar-kolumbien-kollektive.html>
- (6) <https://www.klimasolidaritaet.de/freebruno>
- (7) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-508/lebenstattkohle2.html>
- (8) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-508/leben-statt-kohle-weltweite-solidaritaet-mit-den-opfern-des-kohleabbaus.html>
- (9) *Falsos Positivos* wird als Begriff für das gewaltsame Verschwindenlassen und die anschließende Ermordung von Menschen durch Mitglieder der kolumbianischen Nationalarmee verwendet. Diese Personen wurden verkleidet und als im Kampf getötete Guerilleros ausgegeben.

## Länderbericht

Die Regierung Ortega – Murillo hat im vergangenen Jahr die Repression noch einmal verschärft. All diejenigen aus Politik, Medien und dem Unternehmerverband, die vor der Präsidentschaftswahl 2021 verhaftet worden waren, wurden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Nachdem damit die politische Opposition ausgeschaltet worden war, richtete sich 2022 die Repression auf die Zivilgesellschaft. Inzwischen wurde der Hälfte aller Nichtregierungsorganisationen die Rechtspersönlichkeit entzogen. Neu im Jahr 2022 war die Repression gegen die Katholische Kirche. Im Zentrum stand der Bischof von Matagalpa, Rolando Álvarez, der seit August unter Hausarrest steht. Parallel zu dieser allgegenwärtigen Repression wuchs die Zahl der nicaraguanischen Emigrant\*innen dramatisch an.

### Der Tod von Hugo Torres

Am 10. Januar trat Daniel Ortega seine vierte Amtszeit in Folge an und sie begann wie die dritte geendet hatte: mit Repression, konkret mit Prozessen gegen die 40 Oppositionellen, die vor der Präsidentschaftswahl 2021 verhaftet worden waren. Alle wurden verurteilt mit Ausnahme von Hugo Torres. Der 73-jährige ehemalige Guerillaführer war vor Prozessbeginn, nach acht Monaten in der Haft, gestorben. Sein Tod löste weltweit tiefes Bedauern aus, dem sich sogar Daniel Ortegas Bruder Humberto anschloss. Vom nicaraguanischen Präsidenten selbst aber, den Hugo Torres 1974 mit einem waghalsigen Kommando aus der Somoza-Haft befreit hatte, kam kein Wort. Immerhin aber entschied kurz darauf die nicaraguanische Regierung, einige ältere Inhaftierte und solche mit Gesundheitsproblemen aus dem Gefängnis in den Hausarrest zu verlegen.

### „Untergrabung der nationalen Integrität“ und „Verbreitung von Falschmeldungen“

So lauteten die Vorwürfe gegen die 40 Oppositionellen, Journalist\*innen und Unternehmervertreter. Auch seitdem die Urteile – Freiheitsstrafen zwischen 8 und 13 Jahren – gesprochen sind, ist völlig unklar, was den Beschuldigten konkret vorgeworfen wird, denn mehr als diese Vorwürfe sind meistens nicht bekannt. In Verletzung der verfassungsmäßigen Bestimmungen, die öffentliche Verhandlungen in Gerichtsgebäuden vorschreiben, wurden die Prozesse ohne Begründung im Gefängnis und unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Die wenigen Informationen über den Prozessverlauf, die in oppositionellen Medien erschienen sind, stammen von Angehörigen und den Verteidiger\*innen,



wenn diese nicht – aus Angst vor den zu erwartenden Repressionen – lieber schwiegen. Teilweise wurde sogar nahen Angehörigen der Zutritt zur Verhandlung verwehrt. Die Regierung, die Justiz und die ihnen nahestehenden Medien, die die Verhaftungen im Jahr zuvor noch groß herausgestellt hatten, schwiegen zu den Verurteilungen total.

Einige der bekannt gewordenen Details sind bemerkenswert. So wurde immer wieder berichtet, dass als Zeugen der Anklage nur die Polizisten auftraten, die die Verhaftung durchgeführt hatten. Beweisstücke beschränkten sich auf beschlagnahmte Handys und Postings in sozialen Medien. Ein Aufruf zum Boykott der Präsidentschaftswahlen galt als Beweis für eine „Verschwörung zur Untergrabung der nationalen Integrität“. <sup>(1)</sup> Der Beschuldigte erhielt eine Haftstrafe von zwölf Jahren. Die wichtigsten „Beweismittel“ gegen Dora María Tellez (MRS – Unamos) waren zwei geteilte Tweets. Der eine Tweet kam von dem Ex-Direktor von Human Rights Watch, der andere von einer Privatperson, die einen Brief von US-Senatoren weitergeleitet hatte, in dem weitere Sanktionen gegen Nicaragua gefordert wurden. <sup>(2)</sup> Diese „Beweise“ machen sehr deutlich, was von den Gerichtsverhandlungen gegen die politischen Gefangenen zu halten ist.



Dora María Tellez in einem Interview mit Confidencial Jahre vor ihrer Verhaftung und nach 14 Monaten Haft in El Chipote.

## **Angriff auf die Zivilgesellschaft**

Das Jahr 2022 wird wahrscheinlich in die Geschichte eingehen als das Jahr, in dem in einem einzigen Land die meisten Nichtregierungsorganisationen (NRO) ihre Arbeit einstellen mussten. Mehr als 3000 NROs verloren 2022 in Nicaragua ihren Rechtsstatus. <sup>(3)</sup> Damit musste fast die Hälfte ihre Arbeit einstellen. Erreicht wurde dies mit der Verschärfung der Rechtsvorschriften. Die Regelung der Gemeinnützigkeit wurde reformiert, mit Schwerpunkt auf Bekämpfung von Terrorismus und Geldwäsche. <sup>(4)</sup> Wie sich aber inzwischen gezeigt hat, werden die neuen schärferen Vorschriften besonders dazu verwendet, unabhängi-

gen Organisationen den Rechtsstatus zu nehmen. So ging es inzwischen fast allen bekannten NROs, egal ob sie zu Frauen, zur Umwelt arbeiten oder karitativ ausgerichtet sind. Weil sie die neuen Vorschriften nicht eingehalten hätten, wurde ihnen ihr Status aberkannt und sie mussten schließen. Auch private Universitäten waren betroffen. Mehrfach berichteten Organisationen, wie zum Beispiel die Umweltorganisation *Centro Humboldt* oder die Frauenorganisation *Maria Elena Cuadra*, dass die zuständige Abteilung im Innenministerium einfach die Annahme ihrer Dokumente verweigert hätte, um ihnen dann wegen Nichteinhaltung der Fristen für die Vorlage der geforderten Unterlagen zu kündigen.<sup>(5)</sup>

### **Einreiseverweigerung für Nicaraguaner\*innen**

Ein weiteres perfides Mittel wurde in diesem Jahr vor allem gegenüber kritischen Intellektuellen angewendet. Nach Auslandsreisen verweigerte man ihnen bei der Rückkehr einfach die Einreise. Opfer dieses schrecklichen Mittels wurden im vergangenen Jahr unter anderen die bekannte Feministin María Teresa Blandón, der Universitätsprofessor Jorge Huete und mehrere katholische Priester.<sup>(6)</sup>

### **Repression gegen die Katholische Kirche**

Auffällig war die Zunahme der Repression gegen Institutionen und Mitglieder der Katholischen Kirche. Es begann im März mit der Ausweisung des katholischen Nuntius Waldemar Sommertag, setzte sich fort mit der Schließung einiger kirchlicher Radiosender und gipfelte im August in der Festnahme des Bischofs von Matagalpa, Rolando Álvarez. Im Dezember wurde auch gegen ihn Anklage wegen „Verschwörung zur Untergrabung der nationalen Integrität“ erhoben.<sup>(7)</sup>



Bischof Rolando Álvarez bei der Anklageerhebung wegen „Verschwörung zur Untergrabung der nationalen Integrität“,

## Internationale Reaktionen

Hier können weder alle Fälle von willkürlichen Verhaftungen dargestellt werden noch die unmenschlichen Haftbedingungen im Detail beschrieben werden. Einen Gesamteindruck liefern die regelmäßigen Berichte des „Mechanismus zur Anerkennung von politischen Gefangenen“. In dem letzten Bericht, der mit dem Januar 2023 endet<sup>(8)</sup>, wird die Zahl der politischen Gefangenen in Nicaragua mit 245 angegeben, von denen 20 im Jahr 2022 neu festgenommen wurden.



Tagung des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Auf internationaler Ebene gab es eine Vielzahl von Versuchen, auf die Regierung Nicaraguas einzuwirken. Die USA und die EU haben ihre Sanktionen verlängert beziehungsweise erweitert. Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (CIDH), der Interamerikanische Gerichtshof für Menschen-

rechte (Corte IDH) und das Hohe Kommissariat für Menschenrechte der UNO befassten sich mehrfach mit der Situation der Menschenrechte in Nicaragua. Die Regierung Ortega – Murillo verweigerte aber jegliche Zusammenarbeit. Stattdessen beschleunigte Nicaragua seinen Austritt aus der OAS und wies deren Vertretung aus.<sup>(9)</sup> Die Nicaraguaner\*innen selbst wurden theoretisch auch befragt, denn 2022 fanden Kommunalwahlen statt. Die Wahl fand ohne eine echte Opposition statt und war intransparent wie immer. So war es kaum noch überraschend, dass der Oberste Wahlrat alle Bürgermeisterämter der FSLN zusprach, ein weiterer Schritt des Landes auf dem Weg zur Einheitspartei. Das Interessanteste an der Wahl war die offizielle Zahl der Wahlberechtigten. Die war überraschenderweise um 750.000 geringer als bei der Nationalwahl im Jahr zuvor.<sup>(10)</sup> Eine offizielle Erklärung dafür gab es nicht,

## Die Zahl der Nicaraguaner\*innen, die ihre Heimat verlassen, steigt auf über 200.000.

Aber vielleicht hängt es einfach damit zusammen, dass die Zahl der Emigrant\*innen im Jahr 2022 dramatisch angestiegen ist. Zwar gibt es



Grenzmauer zwischen Mexiko und den USA in Tijuana, Mexiko.

dazu keine direkten Zahlen, aber eine Menge von Fakten, die diesen enormen Anstieg belegen. Vor allem nahm die Emigration in die USA wie schon 2021 im Jahr 2022 noch einmal stark zu. Dies zeigt deutlich die Zahl der Abschiebungen, die die Zoll- und Grenzschutzbehörde der Vereinigten Staaten von Amerika (CBP) monatlich veröffentlicht.<sup>(11)</sup> Demnach wurden 2022 insgesamt 164.600 Nicaraguaner\*innen beim Versuch, unerlaubt die Grenze der USA zu passieren, abgeschoben. Dies waren mehr als dreimal so viele wie im Jahr zuvor (50.722). Im Jahr 2020 waren es noch weit weniger als 10.000 gewesen.

Dass diese Entwicklung nicht nur wirtschaftliche Gründe hat, sondern dass die Ursachen auch in der zunehmenden Repression zu suchen sind, zeigt ein Mitte Juni veröffentlichter Bericht des UNHCR.<sup>(12)</sup> Daraus geht hervor, dass Nicaraguaner\*innen im Jahr 2021 weltweit die zweitmeisten Asylanträge gestellt haben, nach afghanischen Geflüchteten. Die 116.000 Anträge sind fünfmal mehr als im Jahr 2020. Fast alle Asylanträge wurden in Costa Rica gestellt. Nicht nur bekannte Politiker\*innen, Aktivist\*innen und Menschenrechtler\*innen mussten ihre Heimat verlassen, sondern viele mehr entschlossen sich zu gehen.

### **Aktuelle Ergänzung**

Am 9. Februar dieses Jahres 2023 hat Nicaragua völlig überraschend 222 politische Gefangene ausgewiesen und in die USA ausgeflogen. Zur gleichen Stunde trat in Managua die Nationalversammlung zusammen und erweiterte die Verfassung um den Zusatz: „Vaterlandsverräter ver-

lieren ihre nicaraguanische Nationalität“. Das galt vor allem für die Menschen, die gerade nach Washington geflogen wurden.<sup>(13)</sup> Die USA nahmen die Ausgebürgerten auf und garantierten ihnen ein Bleiberecht von zwei Jahren. Im Augenblick ist es völlig unmöglich zu beurteilen, was das Geschehen für die Zukunft bedeutet. Das kann aber nicht unsere Freude mit den Freigelassenen und ihren Angehörigen über die neu gewonnene Freiheit beeinträchtigen.

- (1) <https://www.confidencial.digital/nacion/doce-anos-de-carcel-por-opinar-en-facebook-y-mensajes-de-whatsapp/>
- (2) <https://www.confidencial.digital/nacion/condenas-a-presos-politicos-basadas-en-pruebas-ridiculas/>
- (3) <https://www.laprensani.com/2022/12/01/politica/3073768-dictadura-ha-eliminado-la-mitad-de-ong-que-existian-antes-de-2018-acaba-de-anular-100-mas>
- (4) <http://digesto.asamblea.gob.ni/consultas/util/pdf.php?ty-pe=rdd&rdd=4aHWMzYr4%2FM%3D>
- (5) [https://humboldt.org.ni/wp-content/uploads/2022/03/Cancelacion\\_PJ\\_CH\\_Nota-de-Prensa.pdf](https://humboldt.org.ni/wp-content/uploads/2022/03/Cancelacion_PJ_CH_Nota-de-Prensa.pdf)  
<https://www.laprensani.com/2022/02/21/nacionales/2954365-el-modo-de-operar-del-migob-se-niega-a-recibir-documentos-de-ong-y-luego-las-cancela-por-incumplimientos>
- (6) <https://www.confidencial.digital/nacion/los-desterrados-por-el-regimen-padre-blandon-me-estan-crucificando/>
- (7) [https://www.poderjudicial.gob.ni/prensa/notas\\_prensa\\_detalle.asp?id\\_noticia=12187](https://www.poderjudicial.gob.ni/prensa/notas_prensa_detalle.asp?id_noticia=12187)
- (8) Mecanismo para el Reconocimiento de Personas Presas Políticas, Informe Diciembre 2022 – Enero 2023, <https://presasypresospoliticosnicaragua.org/wp-content/uploads/2023/02/b2a54ec9-be29-41e1-af81-af52aaac83ab.pdf>
- (9) Nicaragua expulsa a la OEA, <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:127440-nicaragua-expulsa-a-la-oea>
- (10) 15 de Noviembre 2021, El padrón electoral superó 4 millones (4,478,334), <https://www.el19digital.com/Elecciones2021/articulo/titulo:122791-diez-claves-en-elecciones-soberanas-de-nicaragua-que-claman-al-mundo>  
22 de septiembre de 2022, El Padrón Electoral está conformado por 3,722,884 ciudadanos y ciudadanas, <https://www.el19digital.com/Elecciones2022/articulo/titulo:132544-cse-entrega-padron-electoral-y-cartografia-electoral-definitiva-a-partidos-politicos>
- (11) <https://www.cbp.gov/newsroom/stats/nationwide-encounters>
- (12) <https://www.acnur.org/es-mx/stats/globaltrends/62aa717288e/tendencias-globales-de-acnur-2021.html>
- (13) <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:136779-nicaragua-ordena-la-deportacion-de-222-traidores-a-la-patria>  
<https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:136780-reforma-constitucional-todo-traidor-a-la-patria-pierde-la-condicion-de-nacional>

## Länderbericht

Seit dem 27. März herrscht in ganz El Salvador Ausnahmezustand. Er war ursprünglich auf 30 Tage begrenzt, ist aber immer wieder verlängert worden. Begründet wurde die Verhängung des Ausnahmezustands mit der extremen Verbrechenssituation, vor allem der hohen Mordrate. Seither sind zehntausende Personen zum Teil ohne Anklage und Prozess in die sowieso schon überfüllten Gefängnisse gesperrt worden. Betroffen waren neben mutmaßlichen Mitgliedern krimineller Banden auch Aktivist\*innen aus den sozialen Bewegungen. Trotz der nicht abreißen lassen Kritik an den Folgen des Ausnahmezustandes sind die Zustimmungswerte für Präsident Nayib Bukele sehr hoch, so dass der schon darüber nachdenkt, bei den kommenden Wahlen erneut als Kandidat anzutreten.

### Ausnahmezustand setzt Grundrechte außer Kraft

Begründet wurde die Verhängung des Ausnahmezustands mit der extrem gestiegenen Mordrate. Ursprünglich war dessen Dauer auf 30 Tage begrenzt. Allerdings wurde er immer wieder bis über das Ende des Jahres 2022 hinaus verlängert.<sup>(1)</sup>

Infolgedessen wurde die Präsenz von Polizei und Militär auf den Straßen massiv erhöht. Ganze Stadtteile wurden abgeriegelt und die Menschen so in ihrer Bewegungsfreiheit behindert.

Daneben wurden wichtige Grundrechte außer Kraft gesetzt. Dazu gehören das Recht auf einen fairen Prozess, das Recht auf Verteidigung, das Versammlungsrecht und das Kommunikationsgeheimnis.

Des Weiteren können Richter\*innen sowie Justizangestellte von nun an in Prozessdokumenten und bei gerichtlichen Anhörungen anonym bleiben. Kriminelle Banden und Maras gelten als terroristische Organi-



Ausnahmezustand in El Salvador verschärft Militarisierung

sationen. Allein die Zugehörigkeit zu einer Bande wird hart bestraft. Kinder im Alter zwischen 12 und 15 Jahren können bis zu zehn Jahre und 16-18-Jährige bis zu 20 Jahre inhaftiert werden.<sup>(2)</sup>

Dies alles hatte zur Folge, dass in den folgenden Mo-

naten zehntausende Personen zum Teil ohne Anklage und Prozess im Gefängnis landeten. Meist handelte es sich dabei um Bewohner\*innen aus ärmeren Stadtteilen. Zum Teil traf es jedoch auch Aktivist\*innen aus den sozialen Bewegungen oder Gewerkschaften, wie zum Beispiel die Präsidentin der Verbände für kommunale Entwicklung (*Asociaciones de Desarrollo Comunal, Adesco*), Roselia Elvira Rivas Alfaro. Ein Richter, der Verhaftete freilassen wollte, wurde strafversetzt.<sup>(3)</sup>

Die Militarisierung im Alltag ist deutlich sichtbar. In der Hauptstadt San Salvador gibt es zum Beispiel Buslinien, die vom Militär übernommen wurden. Dabei werden Soldaten als Busfahrer eingesetzt. An den Vorder- und Hintertüren sind Uniformierte mit Maschinengewehren postiert. Allerdings patrouillieren die Sicherheitskräfte nicht nur in den Stadtteilen mit hohen Kriminalitätsraten. Selbst in der relativ sicheren Gegend um Guarjila im Departement Chalatenango werden am frühen Abend Bars und Geschäfte von der Polizei geschlossen und die Leute nach Hause geschickt, während auf den Straßen das Militär mit Maschinengewehren Präsenz zeigt.

Die durch den Ausnahmezustand verursachte Situation wirkt sich auch auf die Aktivitäten der sozialen Bewegungen aus. So ist es schwierig, sich zu Besprechungen mit mehreren Teilnehmenden zu treffen, weil dies von den Behörden als eine kriminelle Versammlung ausgelegt werden könnte. Ebenfalls verboten ist das Durchführen von Demonstrationen. Dennoch entschieden sich am 1. Mai zahlreiche Organisationen gegen die Angst und dafür, trotz des Verbots auf die Straße zu gehen. Dadurch gelang es, mehrere Tausend Menschen auf die Straßen zu bringen. Allerdings fiel die Beteiligung geringer aus als in den vorigen Jahren. Teilnehmende berichteten von einer angespannten Atmosphäre.<sup>(4)</sup>

Neben diesen massiven Grundrechtsverletzungen bereiten auch die Zustände in den Gefängnissen Sorge. Es sind laut Angaben eines lokalen



Netzwerks von Organisationen seit Verhängung des Ausnahmezustands mindestens 80 Gefängnisinsassen ums Leben gekommen. Die Todesfälle in Haft gehen laut Menschenrechtsorganisationen vor allem

Ausnahmezustand verschärft Krise in den Gefängnissen



auf Verletzungen durch Schläge bei der Verhaftung, mangelnde Behandlung chronischer Krankheiten, Übergriffe durch andere Gefangene und miserable sanitäre Zustände zurück. Zuvor waren Berichte über unmenschliche Bedingungen in den Gefängnissen öffentlich geworden. Insassen sitzen demnach in überfüllten Zellen und verrichten ihre Notdurft in offenen Behältern, die erst geleert werden, wenn sie voll sind. Sie leben von ein paar Maistortillas am Tag und haben keinen Zugang zu Trinkwasser.<sup>(5)</sup>

Leider ist es so, dass neben dem Ausnahmezustand die übrigen Probleme des Landes weiter bestehen beziehungsweise noch größer geworden sind.



Proteste gegen Militarisierung: „El Salvador braucht Bildung und kein Militär“

Die Rechtshilfeorganisation Fespad (*Fundación de Estudios para la Aplicación del Derecho*) kritisiert in diesem Zusammenhang, dass weder Generalstaatsanwaltschaft noch Polizei die Suche nach den Menschen fortsetzen, die in El Salvador verschwunden sind. Im Vordergrund stünden stattdessen die Verhaftungen im Zuge des Ausnahmezustandes.<sup>(6)</sup>

Ebenfalls problematisch bleibt die Arbeit von Journalist\*innen. So wurden die im Jahre 2021 bekannt gewordenen Fälle der Ausspähung von mutmaßlich mehr als 35 Medienschaffenden nicht weiter von der Staatsanwaltschaft El Salvadors verfolgt. Aus diesem Grund klagen nun 15 betroffene Mitarbeiter\*innen der Online-Zeitschrift *El Faro* vor einem US-Gericht gegen die Softwarefirma NSO Group.<sup>(7)</sup>

## Weitere Probleme: Wasser, Bitcoin und Rente

Wie bereits im letzten Jahresbericht angedeutet, trat im Jahre 2022 das sogenannte Wasserressourcengesetz in Kraft. In einigen Passagen erweckt dies den Anschein, sich an den Forderungen der sozialen Bewegungen zu orientieren. Im Kern zielen die neuen Regelungen jedoch darauf ab, ein Quasi-Privatisieren der Wasserversorgung zu ermöglichen. Zum einen erhalten Unternehmen, die mit Wasser handeln, eine Genehmigung für mindestens 15 Jahre – unabhängig davon, ob es in naher Zukunft zu einer Wasserknappheit oder einem erhöhten Bedarf für die Haushalte kommt. Es ist offenkundig, dass dieses Gesetz die Gewinne der Wasserhändler\*innen gewährleisten soll und nicht den Zugang der Bevölkerung zu dem lebenswichtigen Gut.<sup>(8)</sup>

Ebenfalls als kritisch hat sich das Projekt des Bitcoins als offizielles Zahlungsmittel erwiesen. Grund dafür ist die Tatsache, dass, seit seiner Einführung im Jahre 2021, der Bitcoin 50 Prozent an Wert verloren hat.<sup>(9)</sup>

Gegenüber dem Ökubüro äußerte eine Wirtschaftswissenschaftlerin aus El Salvador die Befürchtung, dass die daraus resultierenden Folgen für den Staatshaushalt durchaus zu einer Insolvenz des Landes führen könnten. Darüber hinaus erklärte sie, dass das System des Bitcoin als Zahlungsmittel von der Bevölkerung nicht angenommen würde und auch die Technik der elektronischen Geldbörse an den Kassen der Supermärkte häufig nicht funktioniere.

Ebenfalls problematisch bleibt das nach wie vor chronisch unterfinanzierte Rentensystem. In El Salvador betragen die Renten lediglich zwischen 25 und 30 Prozent des letzten Lohns. Die Gewerkschaften der Lehrenden hingegen verlangen Renten von mindestens 75 Prozent der Entlohnung. Am 15. September 2021 kündigte Präsident Nayib Bukele an, er werde einen Entwurf für eine Reform des Rentengesetzes erstellen. Am 15. Oktober verschob er die Umsetzung seines Versprechens und sagte, er brauche noch ein paar weitere Wochen dafür. Aufgrund der Untätigkeit der Regierung kam es sowohl im Februar als auch im Juni 2022 zu Protestkundgebungen. Bisher ohne Erfolg.<sup>(10)</sup>

## Außenpolitik: Distanz zu den USA, vorsichtige Annäherung an China

Außenpolitisch gestalten sich die Beziehungen zu den USA unter der Regierung von Joe Biden etwas distanziert. Präsident Nayib Bukele hatte in seiner populistischen Art die Regierung der USA immer wieder vor den Kopf gestoßen. So warf Bukele dieser vor, die in El Salvador operierenden Maras zu unterstützen. Dies, nachdem der Sprecher des US-

Außenministeriums Ned Price die Maßnahmen El Salvadors im Zuge des Ausnahmezustandes kritisiert hatte.<sup>(11)</sup>

Gleichzeitig setzte Bukele die unter der FMLN-Regierung vorsichtig begonnene Annäherung an China weiter fort. So gab seine Regierung Anfang des Jahres bekannt, dass die



Chinas Botschafterin Ou Jianhong und El Salvadors Präsident Nayib Bukele

Volksrepublik das neue Nationalstadion, dessen Bau im Jahre 2022 beginnen sollte, finanzieren werde.<sup>(12)</sup>

Weitaus bedeutender waren jedoch die im November aufgenommenen Verhandlungen der beiden Staaten über ein Freihandelsabkommen. Die Regierung Bukele verspricht sich wirtschaftliche Vorteile für sein Land, manche Expert\*innen sehen allerdings auch Risiken, zumal die Handelsbilanz der beiden Staaten nicht ausgeglichen ist. El Salvador importiert mehr als doppelt so viel aus China, als es dorthin exportiert.<sup>(13)</sup>

Angesichts der prekären ökonomischen Lage könnte Bukele versucht sein, in dem asiatischen Riesen eine Art Rettungsanker zu finden. Laut einem Bericht des Onlinemediums Bloomberg habe China angeboten, die kompletten Schulden El Salvadors aufzukaufen und umzustrukturieren.<sup>(14)</sup>

Dadurch könnte es gelingen, eine Staatspleite zu verhindern beziehungsweise von den USA und IWF diktierte neoliberale Struktur Anpassungsmaßnahmen zu umgehen. Allerdings bleibt offen, welchen Preis China für diesen möglicherweise faustischen Pakt eines Tages verlangen wird.

## Ausblick

Paradoxerweise bleiben trotz der multiplen Probleme und der nicht abreißen lassen Kritik die Zustimmungswerte im Land für Nayib Bukele sehr hoch, wie die Umfragen verschiedener Meinungsforschungsinstitu-

te nahelegen.<sup>(15)</sup>

Allerdings formiert sich auch langsam der Widerstand. Ein Beispiel dafür ist der *Bloque de Resistencia y Rebeldía Popular* (Populärer Block des Widerstands und der Rebellion). Der Bloque ist ein Zusammenschluss von mehr als 30 Organisationen und Gruppierungen, die sich als links, antikapitalistisch, antipatriarchalisch und antiimperialistisch definieren. Einige von ihnen sind studentische oder Gewerkschaftsorganisationen, feministische Gruppen, Bäuer\*innen oder Veteran\*innen der FMLN. Letzterer hat sich den Kampf gegen die Diktatur und die Wiederherstellung der Demokratie zum Ziel gesetzt (siehe Interview von Ökubüro auf amerika21).<sup>(16)</sup>

Im Jahr 2022 hat der Bloque trotz des bestehenden Demonstrationsverbots mit zahlreichen Aktionen auf der Straße Präsenz gezeigt.

Alles in allem jedoch macht die Situation in El Salvador derzeit wenig Hoffnung auf Besserung. So ist es durchaus vorstellbar, dass die mit dem Ausnahmezustand verbundenen Maßnahmen noch über Jahre hinweg verlängert werden. Dies auch, weil der amtierende Präsident bereits durchblicken lässt, bei den kommenden Wahlen erneut als Kandidat antreten zu wollen.<sup>(17)</sup>

Dies widerspricht eigentlich der Verfassung El Salvadors. Mit einer breiten Mehrheit im Parlament sowie der Kontrolle über die Polizei, das Militär und das Justizsystem und einer nach wie vor vergleichsweise schwachen Widerstandsbewegung wird die Verfassung den Ambitionen des Präsidenten aber wohl eher nicht im Wege stehen.

## Fußnoten

- (1) <https://amerika21.de/2022/03/257403/ausnahmezustand-el-salvador-bukele>  
<https://twitter.com/prensagrafica/status/1508018619380338699>
- (2) <https://amerika21.de/2022/04/257505/el-salvador-ausnahmezustand-grundrechte>
- (3) <https://twitter.com/JuanPappierHRW/status/1510021940009914375?t=AUo9xAgGZUbvX1gJqr2W9Q&s=19>  
<https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/Denuncian-captura-arbitraria-de-una-presidenta-de-ADESCO-20220330-0084.html>
- (4) <https://gatoencerrado.news/2022/05/01/las-marchas-y-la-reunion-en-lujoso-hotel-dos-celebraciones-por-el-dia-de-trabajo/>  
<https://amerika21.de/2022/05/257870/el-salvador-maikundgebung-spannung>
- (5) <https://www.infobac.com/america/america-latina/2022/10/24/denuncian-que-los-detenidos-durante-el-estado-de-excepcion-de-nayib-bukele-en-el-salvador-están-muriendo-en-la-carcel/>

<https://amerika21.de/2022/11/261117/el-salvador-gefaengnis-morde>

- (6) <https://diario.elmundo.sv/nacionales/familiares-de-desaparecidos-denuncian-que-el-estado-dejo-de-buscarlos>
- (7) <https://knightcolumbia.org/documents/c3wrjy7rzp>  
<https://amerika21.de/2022/12/261442/el-salvador-pegasus-opferklage>
- (8) <https://amerika21.de/2022/01/256347/el-salvador-wasserprivatisierung>
- (9) <https://amerika21.de/2022/11/260790/el-salvador-kritik-bitcoin>
- (10) <https://amerika21.de/2022/02/256768/proteste-rentenreform-el-salvador>  
<https://www.elpais.cr/2022/06/22/docentes-salen-a-las-calles-en-el-salvador-por-mejores-condiciones-laborales/>
- (11) <https://amerika21.de/2022/04/257617/el-salvador-usa-jugendbanden>
- (12) <https://www.nodal.am/2022/01/el-salvador-bukele-anuncia-acuerdos-con-china-y-agudiza-la-tension-con-estados-unidos/>
- (13) <https://amerika21.de/2022/11/261152/bukele-china>
- (14) <https://www.bloomberg.com/news/articles/2022-11-07/el-salvador-says-china-offered-to-buy-its-external-bond-debt>
- (15) <https://decrypt.co/112024/el-salvador-bukele-popular-bitcoin-bets-economy>  
<https://jpmas.com.ni/el-salvador-costa-rica-y-nicaragua-con-las-mejores-gestiones-de-gobierno-en-las-americas/>
- (16) <https://amerika21.de/analyse/258815/el-salvador-interview-fran-omar>
- (17) <https://www.blickpunkt-lateinamerika.de/artikel/el-salvador-streitet-um-wiederwahlwunsch-von-praesident-bukele/>



Umweltbrigade in La Grecia im Landkreis San Ramón

## Aktivitäten zu Nicaragua und El Salvador

### Dienstreise nach Nicaragua und El Salvador

Im Jahr 2022 reiste unser Nicaragua- und El Salvador-Referent nach dreijähriger Corona Pause im Rahmen seiner Dienstreise wieder nach Mittelamerika.

In Nicaragua traf er sich mit verschiedenen Vertreter\*innen unserer Partnerorganisation, dem *Movimiento Comunal Nicaragüense* (MCN). In Managua stand dabei zunächst ein Treffen mit dessen Direktion auf dem Programm. Dabei ging es vor allem darum zu erfahren, wie sich die in Nicaragua neu erlassenen Gesetze zur Registrierung und Kontrolle von Nichtregierungsorganisationen auf die Arbeit des MCN auswirken. Aus Sicht der Vertreter\*innen des MCN haben diese neuen Gesetze durchaus zu einer Verunsicherung geführt, zumal sich der Dokumentationsaufwand vor allem für aus dem Ausland finanzierte Projekte immens erhöht hat. Eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen hat es nicht geschafft, diesen neuen bürokratischen Anforderungen gerecht zu werden, was dazu geführt hat, dass diese ihren Vereinsstatus verloren haben und aufgelöst wurden. Dem MCN gelang es bisher jedoch, sich an diese neu gestellten Anforderungen anzupassen. Allerdings war es dafür notwendig, gewisse interne Prozesse umzustrukturieren. In der Vergangenheit war es so, dass in jedem Departement und Landkreis die jeweiligen Abteilungen des MCN ihre Verträge und Belege bei sich aufbewahrt hatten. Nun müssen alle zentral in Managua für eventuelle Kontrollen oder Berichte gegenüber der Regierung aufbewahrt werden.

In den Landkreisen San Ramón, San Dionisio und Esquipulas im Departament Matagalpa besuchte unser Referent einige Gemeinden, in denen das Ökubüro mit Spendengeldern sowie mit Förderung der Schmitz-Stiftungen Projekte mit Kindern und Jugendlichen, Aktivitäten



Ein vom Ökubüro unterstütztes Umweltprojekt in La Grecia im Landkreis San Ramón

zum Katastrophenschutz sowie zur Anpassung an den Klimawandel unterstützt hat (siehe Fotos).

Auch auf dem Plan stand ein Besuch in der Gemeinde Molino-Sur im Landkreis Sébaco. Dort half das Ökübüro im Jahre 2015 im Rahmen unserer Solidaritätsreise beim Bau eines kommunalen Radios. Dieses ist auch sieben Jahre nach unserem Engagement dort weiterhin in Betrieb und entwickelt sich stetig weiter.



Kommunales Radio in der Gemeinde Molino-Landkreis Sébaco

In Somoto im Departement Madriz im Norden Nicaraguas tauschte sich unser Referent mit den dortigen Mitgliedern des MCN über die diversen sozialen Herausforderungen in der Grenzregion sowie die damit in Zusammenhang stehenden Aktivitäten des MCN aus.



Gespräch mit Vertreter\*innen des MCN in Somoto

Ein sehr augenscheinliches Phänomen in Nicaragua im Jahre 2022 war die verstärkte Migration in die USA. Bei einer Gesprächsrunde in Pueblo Nuevo (ebenfalls Departement Somoto) wurde dieses Thema durchaus kontrovers diskutiert. So waren zahlreiche Teilnehmer\*innen der Meinung, dass es in Nicaragua durchaus viele Möglichkeiten gäbe, sein Leben zu gestalten. Besonders wenn man bedenkt, dass die Men-



schen für die Reise in die USA, zum Teil mehrere Tausend Dollar aufbringen müssten, wäre es vielleicht eher sinnvoll, dieses Geld zu nutzen, um sich in Nicaragua ein Geschäft oder ähnliches aufzubauen. Zum Teil wurde die Ansicht geäußert, dass die Migration in die USA eine Art Mode geworden sei und auch Menschen aus eigentlich stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen sich auf den Weg nach Norden gemacht hätten.

Dennoch muss festgehalten werden, dass sich besonders auf dem Land die Situation der Menschen durchaus verschärft hat. Dies führten die Gesprächspartner\*innen sowohl auf die wirtschaftlichen Folgen der Proteste im Jahre 2018, die Hurricans und Überschwemmungen der letzten Jahre, sowie auf die wirtschaftlichen Verwerfungen in Folge der Corona-Pandemie zurück. Zwar ist es so, dass die nicaraguanische Regierung durchaus versucht, diese Folgen abzumildern, wie zum Beispiel durch das Einfrieren der Preise für Benzin. Dennoch ist es auch klar, dass angesichts der globalen wirtschaftlichen Krise, die Möglichkeiten eines staatlichen Eingreifens durchaus begrenzt sind.

Nach Nicaragua ging es dann mit dem Bus über Honduras nach El Salvador. Der rund zweiwöchige Aufenthalt stand ganz im Zeichen des Ende März verhängten Ausnahmezustandes. In diesem Zusammenhang beklagten diverse Organisationen, dass sich diese Maßnahme nicht nur gegen die organisierte Kriminalität richtet, sondern auch den Spielraum sozialer Organisationen massiv einschränkt. So könne zum Beispiel allein ein Treffen mit mehreren Personen den Verdacht der Behörden auf sich ziehen und zu einer Verhaftung führen. Des Weiteren werden von Seiten der Regierung immer wieder Vorwürfe gegen die sozialen Bewegungen laut, mit den Pandillas gemeinsame Sache zu machen. Allgemein erschwerte der Ausnahmezustand auch die Dienstreise selbst, da einige Organisationen aus Angst vor Repressalien unserem Büro mitteilten, dass ein Besuch vor Ort derzeit nicht möglich sei. Andere, eigentlich auf mehrere Tage geplante Besuche mussten auf einen Tag verkürzt werden.

Diese Eindrücke bestätigte uns auch Héctor Carrillo von der Menschenrechtsorganisation FESPAD. Gegenüber dem Ökubüro betonte er, dass es durchaus richtig und wichtig sei, dass die Regierung auch repressiv gegen die kriminellen Jugendbanden vorgeht. Allerdings betonte er auch, dass dabei rechtsstaatliche Mindeststandards eingehalten werden müssten. Bei den zehntausenden seit Beginn des Ausnahmezustandes Verhafteten besteht jedoch das Problem, dass diese meist ohne Anwalt oder Gerichtsverfahren bis zu sechs Monate im Gefängnis verbleiben

müssen. Dadurch würde der Polizeiwillkür Tür und Tor geöffnet.

Das repressive Klima in El Salvador wird auch im Alltag deutlich. So werden einige öffentliche Buslinien sogar vom Militär selbst betrieben, wobei an den Vorder- und Hintertüren Soldaten mit Maschinengewehren postiert sind. An anderer Stelle sieht man, wie die Polizei gerade einen Jugendlichen durchsucht und verhaftet. Bei einem Besuch in Chalatenango in der Gegend um Guarjila wird deutlich, dass die Militarisierung nicht nur dazu gedacht ist, gegen kriminelle Banden vorzugehen. Denn obwohl es in der Gegend eigentlich sehr friedlich ist, postiert sich das Militär in einigen Dörfern nach Einbruch der Dunkelheit schwerbewaffnet auf der Straße. Anderenorts werden Bars und Geschäfte gezwungen früher zu schließen und die Gäste nach Hause geschickt.

Allerdings gibt es auch noch andere Themen in dem mittelamerika-



Am Flusslauf des Bajo Lempa drohen Überschwemmungen

nischen Land. Bei einem Besuch der Organisation ACUDESBAL in der Region Bajo Lempa ging es vor allem um die Gefahr des immer wiederkehrenden Hochwassers als Folge des Klimawandels. Dabei wird diese Problematik dadurch verstärkt, dass der Deich am unteren Flusslauf des Bajo Lempa schon sehr stark beschädigt ist. Das Ökubüro konnte durch Spendengelder dazu beitragen, dass die Menschen der Region zumindest einen Teil des Hochwasserschutzes neu in Stand setzen konnten.

Dass in El Salvador nach wie vor die Geschichte der Zeit des Bürgerkrieges präsent ist, zeigte ein Besuch in dem ehemaligen Flüchtlingslager

Fe y Esperanza. Dort tauschte sich unser El Salvador-Referent mit ehemaligen Binnenflüchtlingen über die damalige Situation und die damit verbundenen Lebensumstände aus.

Alles in allem, blieb bezogen auf das heutige El Salvador, der Eindruck einer sehr komplexen und komplizierten Situation zurück. Hoffnung macht jedoch das Aufkommen, beziehungsweise das



In Fe y Esperanza wird die Erinnerung an die Opfer des Bürgerkriegs aufrechterhalten.

Wiederbeleben linker Strukturen im Rahmen des *Bloque de Resistencia y Rebelión Popular*, mit dessen Vertreter\*innen gegen Ende der Reise ein Gespräch stattfinden konnte. Eine ausführliche Beschreibung und Analyse der politischen und gesellschaftlichen Situation findet sich im Länderbericht El Salvador in diesem Jahresbericht.

## Referent\*innenrundreise

**Wenn das Leben immer teurer wird: Preissteigerungen und Lebenshaltungskosten in Nicaragua und El Salvador, mit Rosa Isabas Galeano (RACDES) und Enrique Picado (MCN), 3.-15. Oktober**

Vom 3.-15. Oktober 2022 fand unsere Referent\*innenrundreise mit Rosa Isabas Galeano (RACDES / El Salvador) und Enrique Picado (MCN / El Salvador) statt. In den knapp zwei Wochen besuchten wir neben München die Städte Wolfenbüttel, Saarbrücken, St. Ingbert, Heidelberg, Greifswald, Leipzig und Berlin.

Inhaltlich ging es dabei, wie der Name schon sagt, um die Ursachen, Probleme und Lösungsansätze bezogen auf das Problem steigender Lebenshaltungskosten.



Unsere Gäste Enrique Picado aus Nicaragua und Rosa Isabas aus El Salvador

Als Gründe für Armut und soziale Ungleichheit wurden dabei einerseits die ungerechten Strukturen des Welthandels und aktuelle Verwerfungen in der globalen Ökonomie, aber auch ökologische Problematiken wie Klimawandel und Umweltzerstörung ausgemacht. Daneben wurde das Thema auch unter Aspekten der Gesundheit, sowohl eines präventiven



Liveauftritt bei Radio Lora in München

wie reaktiven Gesundheitsbegriffs, diskutiert. Als Lösungsansätze wurden lokale Maßnahmen wie eine an den Klimawandel ökologische Landwirtschaft oder Ansätze einer solidarischen Ökonomie vorgestellt, die auch durch freiwilliges Engagement von Deutschland aus unterstützt werden können. Außerdem wurde noch auf Möglichkeiten des fairen Handels sowie langfristig auf den globalen und gemeinsamen Kampf gegen den Klimawandel hingewiesen.

Unsere beiden Gäste stellten das Thema je nach Publikum aus unterschiedlichen Perspektiven dar. So führten wir neben diversen Informationsveranstaltungen auch zwei Tagesseminare durch, besuchten eine Schule und führten Medien- und Hintergrundgespräche mit Aktiven unterschiedlicher Nichtregierungsorganisationen.

Neben den inhaltlichen Aspekten bilden die Rundreisen sowohl für die unterstützenden Gruppen als auch für unsere Gäste selbst die Möglichkeit des Austauschs und des Kennenlernens neuer Menschen, Orte und Sichtweisen. Das Ökubüro bedankt sich bei allen, die diese Reise möglich gemacht haben und besonders natürlich bei Rosa Isabas und Enrique Picado für die Zeit und die Mühen, die sie für ihren Besuch bei uns auf sich genommen haben.

## Weitere Aktivitäten zu El Salvador

### 2.4. Zentralamerikatag: Zentralamerikatag/Día Centroamericana: „De-koloniale Perspektiven auf Zentralamerika“ / „Perspectivas de-coloniales a Centroamérica“ – online

Wie jedes Jahr beteiligten wir uns auch 2022 wieder an der Organisation und Durchführung des Zentralamerikatags. Im Rahmen des Programms gestalteten wir gemeinsam mit José „Mario“ Guevara Maradiaga von unsere Partnerorganisation ACUDESBAL aus El Salvador einen Vortrag zum Thema „Dekoloniale Perspektiven in Zentralamerika aus der Sicht von Basisbewegungen“ sowie einen Workshop

zum Thema „De-/kolonisierung und Klimawandel in El Salvador“.

### **07.09. Welche Perspektiven hat der Widerstand in El Salvador?, Ligsalz8**

Bei der Veranstaltung berichteten Sonia Urrutia, Anwältin, Gewerkschafterin und Leitungsmitglied des *Bloque de Resistencia y Rebeldía Popular*, sowie Veronica Guerra, Sozialarbeiterin, Feministin, Mitarbeiterin von APROCSAL und aktiv in der *Coordinadora Salvadoreña de Movimientos Populares*, über die derzeit schwierige politische Lage in El Salvador sowie die verschiedenen Versuche der sozialen Bewegungen, an dieser Situation etwas zu verändern.



Veronica Guerra und Sonia Urrutia Berichten über den demokratischen Widerstand in El Salvador

### **8.12. El Salvador: Der Kampf um Demokratie und die Rolle des Öko-Feminismus, online**

Im Rahmen der Onlineveranstaltung gab uns Fran Omar vom *Bloque de Resistencia y Rebeldía Popular* einen Überblick über die jüngsten Aktivitäten sowie die bisherigen Erfolge dieses linken Bündnisses im Kampf für Demokratie in El Salvador sowie über die Herausforderungen und Ziele für das kommende Jahr.

Rosa Lilian López von der Vereinigung der Gemeinden für die Entwicklung von Chalatenango (CCR) berichtete darüber hinaus über die Situation und die Aktivitäten der Menschen auf dem Land sowie das damit in Zusammenhang stehende Konzept des Öko-Feminismus.

Eine Aufzeichnung der Vorträge findet sich auf der Website des Ökubüros.<sup>(1)</sup>

(1) <https://www.oeku-buero.de/perspectivas-diversas/articles/8-dezember-2022-onlineveranstaltung-el-salvador-der-kampf-um-demokratie-und-die-rolle-des-oeko-feminismus.html>

## Länderbericht

Das Jahr 2022 schloss mit einer Bilanz, die uns aufrütteln muss: Mexiko ist für Umweltaktivist\*innen und Journalist\*innen das gefährlichste Land Lateinamerikas geworden. Die Ermittlungen zur Aufklärung der Fälle kommen nicht voran oder finden gar nicht erst statt. Das vierte Jahr der Regierung von Manuel Andrés López Obrador hinterlässt bei vielen ein Gefühl der Müdigkeit und Hoffnungslosigkeit angesichts des langen Wartens auf Wahrheit und Gerechtigkeit und des Mangels an echten Fortschritten im Kampf gegen die Straflosigkeit. Die Bemühungen der Regierung Obrador um die Stärkung von Sozialprogrammen, die zweifellos historisch vulnerablen Bevölkerungsgruppen zugute kommen, werden von der grausamen Realität relativiert, mit der Mexiko in Bezug auf Menschenrechte und Gerechtigkeit konfrontiert ist.

Im ganzen Land werden zudem weiterhin Megaprojekte und eine wirtschaftliche Entwicklung durchgesetzt, die aufgrund ihres umwelt- und gemeinschaftsfeindlichen Charakters nicht nachhaltig sind. Das am meisten diskutierte Projekt ist der so genannte Maya-Zug, der die Halbinsel Yucatan durchqueren und mehr als 1.500 Kilometer zurücklegen soll, von den Ferienorten an der Karibikküste hin zu den alten Maya-Tempeln.

Generell waren die Vorhaben der Regierung, indigene und kleinbäuerliche Gemeinschaften zu konsultieren, durch das Fehlen eines umfassenden Menschenrechtsansatzes gekennzeichnet. Darüber hinaus haben Kriminalisierung, Schikanen und Einschüchterung durch konzessionierte Unternehmen und bestimmte lokale Regierungen zu einem erhöhten Risiko für Verteidiger\*innen der kollektiven Rechte in Zusammenhang mit den Gemeingütern, ihrem Territorium und ihren Ländern geführt.<sup>(1)</sup>

### **Besonders gefährdet: Indigene Gemeinschaften und Medienschaffende**

Die Daten zu den Menschenrechtsverletzungen im Land zeigen, wie ernst die Lage ist: In den letzten zwei Jahrzehnten wurden mehr als 150 Journalist\*innen ermordet. Laut dem Jahresbericht der Organisation für die Verteidigung der Meinungsfreiheit und des Rechts auf Zugang zu Informationen, *Artículo 19*, wurden „zwischen 2000 und 2022 157 Journalistinnen und Journalisten ermordet, möglicherweise im Zusammenhang mit ihrer journalistischen Arbeit“.<sup>(2)</sup>

Die Situation von Menschenrechtsverteidiger\*innen wird immer ernster. Laut dem im März 2022 von der Organisation *Centro Mexicano de Derecho Ambiental* (CEMDA) vorgelegten Bericht richteten sich im Jahr



Denkmal im Zentrum von Xalapa zum Gedenken an die Journalist\*innen, die in Veracruz während der Regierung von Javier Duarte (2010-2016) ermordet wurden. 18 Journalist\*innen wurden ermordet, darunter die bekanntesten Regina Martínez und Rubén Espinoza.

2021 46,3 Prozent der Aggressionen gegen Mitglieder indigener Gemeinschaften, 27,8 Prozent gegen Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen, gefolgt von 17,6 Prozent gegen unabhängige Menschenrechtsverteidiger\*innen. Insgesamt wurden 55 Angriffe auf männliche und fünf auf weibliche Umweltaktivist\*innen verzeichnet<sup>(3)</sup> und die Gewalt gegen sie nahm im Vergleich

zu den Vorjahren deutlich zu.

Laut der Dokumentation *En memoria por quienes cayeron luchando* (Zum Gedenken an die wegen ihres Engagements Getöteten) des Online-Portals *desinformemonos.org*, wurden im Jahr 2022 in Mexiko 72 Aktivist\*innen getötet. Bei den meisten Opfern handelte es sich um Aktivist\*innen der lokalen Gemeinden oder indigene Umweltschützer\*innen. Die Bundesstaaten, in denen die meisten Fälle von ermordeten Aktivist\*innen und Menschenrechtsverteidiger\*innen registriert wurden, sind Oaxaca, Guerrero, Jalisco, Morelos, Puebla und Sonora. Allerdings wurden ähnliche Fälle aus insgesamt 21 von 32 mexikanischen Bundesstaaten berichtet. In der Dokumentation von *desinformemonos.org* heißt es: „Viele der getöteten Personen sind Gegner\*innen von Landnutzungsänderungen, die das Landeigentum bedrohen [...]. Ein hoher Prozentsatz der Opfer sind Menschen, die sich gegen die kapitalistische Ausbeutung der natürlichen Ressourcen ihres Territoriums wehren. Sie wehren sich gegen die Errichtung von Megaprojekten oder räuberischen Industrien. Oder es sind Frauen, die nach ihren verschwundenen Angehörigen suchen. [...] Diese Liste zeigt uns, wie gefährlich es ist, in diesem Land die Rechte und Territorien von Gemeinschaften zu verteidigen, und dass diejenigen, die ihre Stimme für ihre Rechte oder ihr Territorium erheben, ständig Gefahr laufen, vernichtet zu werden“.<sup>(4)</sup>



## Mangelnde Umsetzung des Abkommens von Escazú

In Mexiko besteht ein deutlicher Widerspruch zwischen dem, was verordnet und vereinbart wird, und der Realität, die in den Territorien tagtäglich gelebt wird. Ein Beispiel ist das so genannte Escazú-Abkommen, das „Regionale Abkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten in Lateinamerika und der Karibik“, das Mexiko 2018 unterzeichnet und 2020 ratifiziert hat. Darin ist festgelegt, dass der mexikanische Staat ein sicheres und förderliches Umfeld für diejenigen garantieren muss, die die Menschenrechte in Umweltangelegenheiten fördern und verteidigen. Der Staat soll Maßnahmen ergreifen, um ihr Recht auf Leben, persönliche Unversehrtheit, Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit und Freizügigkeit anzuerkennen, zu schützen und zu fördern, sowie sie zu befähigen, ihr Recht auf Zugang zu Informationen, Partizipation und Justiz auszuüben. Außerdem soll der Staat rechtzeitig geeignete und wirksame Maßnahmen ergreifen, um Angriffe, Bedrohungen oder Einschüchterungen von Verteidiger\*innen zu verhindern, zu untersuchen und zu bestrafen.

Trotzdem waren die Maßnahmen der Regierung bisher unzureichend, um das Leben von Menschenrechtsverteidiger\*innen zu schützen. Denn das eine ist die Absicht und das andere ist das, was durch die Interessen von Machtgruppen ausgelöst wird, die mit den Visionen kol-



In Mexiko sind die Wände im öffentlichen Raum Galerien, die die vielfältigen Formen von Gewalt anprangern, die Frauen in diesem Land täglich erleben. Die Gefängnisse sind voll mit Fällen von kriminalisierten Frauen, die zu Unrecht ihrer Freiheit beraubt wurden. Hier der Fall der Aktivistin Kenia Hernández aus Guerrero.

lidieren, die Gemeinschaften und Territorien von einem guten Leben im Einklang mit der Natur und ihrer Kosmvision haben.

### Über 3.000 Feminizide in einem Jahr

2022 hatten Frauen und queere Communities in Mexiko allen Grund, auf die Straße zu gehen und gegen Gewalt gegen Frauen, Kapitalismus und Patriarchat zu protestieren. Allein im ersten Quartal des Jahres 2022 wurden 357 Frauen verschwundengelassen und 292 ermordet.

Die Zahl der Feminizide und anderer Formen der Gewalt gegen Frauen stieg im Laufe des Jahres weiter an. Nach Angaben der Nationalen Kommission für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen (CONAVIM, *Comisión Nacional para Prevenir y Erradicar la Violencia Contra las Mujeres*) wurden bis Oktober 2022 3.170 Frauen ermordet. Nur 792 Fälle wurden als Feminizide untersucht, obwohl viele der Morde frauenfeindliche Merkmale aufweisen.<sup>(5)</sup> Ende 2022 war die Zahl auf 3.754 gewaltsame Todesfälle von Frauen gestiegen, von denen nach Angaben des *Exekutivsekretariats des Nationalen Öffentlichen Sicherheitssystems* (SESNSP) nur 947 (33,7 Prozent) als Feminizide untersucht wurden. Nach den Daten der mexikanischen Bundesregierung sind die Bundesstaaten mit den meisten Opfern von Feminiziden Mexiko, Michoacán und Oaxaca, die mit der höchsten Feminizidrate sind Colima und Morelos. Die durchschnittliche Zahl von zehn ermordeten Frauen pro Tag in Mexiko spricht für sich selbst.

Die Ermittlungen zur Aufklärung der Fälle kommen nicht voran oder finden einfach nicht statt. Die Rechtsanwältin, Feministin und Gründerin des Netzwerkes *Nosotras Tenemos Otros Datos* (Wir Frauen haben andere Zahlen), Patricia Olamendi Torres, wies darauf hin, dass die Realität „die institutionellen Kapazitäten bereits übersteigt“, weshalb sie die Bundesbehörden aufforderte, die Gewalt gegen Frauen zum nationalen Notstand



Gewalt gegen Frauen kommt im täglichen Leben zum Ausdruck. Sexuelle Belästigung ist eine dieser Formen der Gewalt. Auf dem Foto ist eine der Türen eines U-Bahnwagens in CDMX zu sehen, die nur für Frauen sind.

zu erklären. Für Olamendi „mangelt es an Forschung und an Verständnis, was Gewalt ist. Diejenigen, die glauben, dass Gewalt gegen Frauen nur Frauen schadet, liegen falsch. Sie zerstört Gemeinschaften, den sozialen Frieden, erzeugt Gefühle der Angst, des Hasses und des Schreckens“<sup>(6)</sup>.

## **Organisationen fordern Feminizid-Gesetz**

Ein wichtiger Fortschritt bei der Gesetzgebung zum Schutz der Frauenrechte in Mexiko war im Jahr 2022 die Reform des Allgemeinen Gesetzes über den Zugang von Frauen zu einem gewaltfreien Leben, im Abschnitt über den Gender Alert (*Alerta de Género*).

Diese Reform gibt den Bundes- und Landesbehörden Elemente zur Anwendung des Mechanismus zur Warnung vor geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen (AVGM) an die Hand. Dieser Mechanismus besteht aus „einer Reihe von Sofortmaßnahmen der Regierung zur Bekämpfung und Ausmerzung von frauenfeindlicher Gewalt und/oder des Vorliegens eines Missstands, der die volle Ausübung der Menschenrechte von Frauen in einem bestimmten Territorium behindert“<sup>(7)</sup>.

Frauenbewegungen und -organisationen in Mexiko, die über das Ausmaß der Gewalt, der Frauen in diesem Land nach wie vor ausgesetzt sind, besorgt sind, setzen sich für die Schaffung eines allgemeinen Gesetzes über Feminizide ein. Sie betonen, dass es unter Beteiligung der föderalen und lokalen Legislative sowie von Opfern, Expert\*innenorganisationen und Fachleuten zu diesem Thema diskutiert werden sollte und dass deren Kommentare und Empfehlungen Eingang in die Gesetzgebung finden müssen. Laut der zivilgesellschaftlichen Monitoringstelle *Observatorio Ciudadano Nacional del Femicidio* würde die Schaffung dieses Gesetzes dazu beitragen, das Problem der Feminizide umfassend anzugehen, von der Vorbeugung bis zur Wiedergutmachung von Schäden, und es könnte die in einigen Staaten bestehenden Regelungsmängel überwinden.

## **Der Schmerz über das Verschwindenlassen: ¿Dónde están? Wo sind sie?**

Das Verschwindenlassen von Personen ist eine unbeschreibliche Tragödie. Das ist den Angehörigen und Opfern der Gewalt des Verschwindenlassens sehr bewusst. In Mexiko überstieg die Zahl der offiziell 100.000 Menschen als vermisst gemeldeten Menschen die Zahl 100.000.<sup>(8)</sup> Für die *Vereinten Nationen* (UN) spiegelt dies ein Muster der Straflosigkeit in dem Land wider.<sup>(9)</sup> Bereits 2019 hatte der Staatssekretär für Menschen-

rechte, Alejandro Encinas, die forensische Krise in Mexiko angeprangert, wo es keine zuverlässigen Aufzeichnungen über die Anzahl der Massengräber (fosas comunes) und vermissten Personen gibt. Doch Tag für Tag enthüllt die Realität Daten, die ein Land zeigen, das sich in Bezug auf die Menschenrechte seit Jahrzehnten in einer Krise befindet. Diese humanitäre Krise begann unter der Regierung



von Präsident Felipe Calderón, als im Rahmen des so genannten *Krieges gegen die Drogen* etwa 17.000 Menschen als vermisst gemeldet wurden. Ihre Zahl verdoppelte sich während der Amtszeit von Enrique Peña Nieto (etwa 35.000 gemeldete Fälle von Verschwindenlassen), dazu kommen nun mehr als 30.000 Fälle von gewaltsamem Verschwindenlassen unter der aktuellen Regierung.

Derzeit ist Mexiko neben Kolumbien eines der Länder mit der höchsten Zahl an registriertem Verschwindenlassen. Der Unterschied ist, dass das Phänomen des Verschwindenlassens in Mexiko relativ „jung“ ist und nicht aufhört. Zudem wird Mexiko nicht als Land im Krieg oder mit einem kriegerischen Konflikt eingestuft, der eine Ursache oder ein Indiz für die Gewalt ist, die die Menschenrechte seiner Einwohner\*innen bedroht. Positiv zu vermerken ist, dass inmitten der Menschenrechtskrise bezüglich des Verschwindenlassens von Menschen in Mexiko im August 2022 die Regierungskommission für Wahrheit und Zugang zur Justiz (*Comisión Gubernamental para la Verdad y Acceso a la Justicia*), im Jahr 2018 zur Klärung des Falles Ayotzinapa eingesetzt, das gewaltsame Verschwindenlassen der 43 Lehramtsstudenten im Bundesstaat Guerrero als Staatsverbrechen und das mexikanische Militär als Teil der Täterschaft bezeichnete.<sup>(10)</sup>

Angesichts ihrer hart erkämpften Fortschritte bei der Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit geben die Familien von Ayotzinapa die Suche nach ihren verschleppten Söhnen nicht auf. Und in ganz Mexiko geben diejenigen, die den Kampf für Gerechtigkeit und Wahrheit fort-



Das Foto zeigt Rosa, eine der Mütter, die in Puebla nach ihrem verschwundenen Sohn suchen. Sie ist Mitglied des *Colectivo La Voz de los Desaparecidos*. Wie sie gibt es in Mexiko Tausende von Frauen, die nach ihren verschwundenen Angehörigen suchen und sich in Kollektiven organisieren, um gegen die Straflosigkeit und die Einsamkeit zu kämpfen.

setzen, trotz aller Widrigkeiten und Probleme nicht auf.

- (1) Siehe La Jornada: <https://www.jornada.com.mx/2023/03/04/opinion/016a1pol>
- (2) Siehe <https://articulo19.org/periodistasasesinados/>
- (3) <https://www.cemda.org.mx/continua-en-ascenso-la-violencia-contra-las-personas-y-comunidades-defensoras-del-medio-ambiente-durante-2021/>
- (4) <https://desinformemonos.org/hacemos-memoria-por-quienes-cayeron-luchando-estos-son-los-72-activistas-asesinados-en-2022-en-mexico/>  
Deutsche Übersetzung: Ökubüro
- (5) Observatorio Ciudadano Nacional del Femicidio: <https://www.observatoriofemicidiomexico.org/post/comunicado-violencia-femicida-el-gran-desafio-C3%ADO-para-el-estado-mexicano-ocnf>
- (6) <https://cimacnoticias.com.mx/2022/06/06/nosotras-tenemos-otros-datos-urgente-analizar-cifras-de-violencia-de-mujeres-con-perspectiva-de-genero#gsc.tab=0>  
Deutsche Übersetzung: Ökubüro
- (7) Über den AVGM Mechanismus: <https://www.gob.mx/inmujeres/acciones-y-programas/alerta-de-violencia-de-genero-contra-las-mujeres-80739>  
Deutsche Übersetzung: Ökubüro

- (8) Mehr Information: <https://www.gob.mx/cnb>  
<https://comisionacionaldebusqueda.gob.mx/>
- (9) Siehe <https://www.ohchr.org/es/statements/2022/05/mexico-dark-landmark-100000-disappearances-reflects-pattern-impunity-un-experts>
- (10) Weitere Informationen über den Fall Ayotzinapa:  
*Centro de Derechos Humanos Miguel Agustín Pro Juárez:*  
<https://centroprodh.org.mx/ay8tzinapa/>  
 Artikel veröffentlicht in Animal Político:  
<https://www.animalpolitico.com/sociedad/ayotzinapa-fue-un-crimen-de-estado>



Die Wahl von López Obrador (AMLO) hat Hoffnungen auf Gerechtigkeit und den Kampf gegen Straflosigkeit und Korruption in Mexiko geweckt. Die Wahrnehmung in Mexiko ist jedoch eine der Müdigkeit und Verzweiflung angesichts der schweren Sicherheits- und Menschenrechtskrise, die das Land erlebt. AMLOs Versprechen der Vierten Transformation Mexikos hat nach wie vor den Anschein eines Wahlversprechens, denn trotz des geäußerten Willens hat sich nur wenig verändert. Straflosigkeit und Korruption durchdringen das System.

## Aktivitäten zu Mexiko

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit zu Mexiko im Jahr 2022 war der Austausch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Basiskollektiven, Aktivist\*innen, Journalist\*innen, alternativen Medien und Menschenrechtsorganisationen in Deutschland und Mexiko. Mit diesen Allianzen und Netzwerken tragen wir zur Stärkung der Kämpfe bei, die in den Gemeinden und Territorien in Mexiko für die Verteidigung und den Schutz der Mutter Erde, der Frauen und der queeren Communities, im Kampf gegen Straflosigkeit, für das Recht auf eine verantwortungsvolle, gerechte und nachhaltige Wirtschaft, für das Recht auf Kommunikation und das Recht auf ein Leben in Frieden geführt werden. Dazu versuchen wir immer wieder unterschiedliche Formate und Narrative zu finden, um in Deutschland, vor allem in München, über Menschen- und Naturrechtsverletzungen in Mexiko zu informieren und das Interesse dafür zu wecken.

### **Stärkung von Solidaritätsnetzwerken und Sensibilisierung für die Situation der Menschenrechte und die sozialen Kämpfe**

Unsere Aktivitäten 2022 orientierten sich an den folgenden Zielen:

- Sichtbarmachung der Probleme der Umweltzerstörung, der Verantwortung transnationaler Unternehmen, der Kämpfe von Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen in den Territorien, Follow-Up der Toxi Tour 2020 und 2021. Konkrete Fälle: Tlaxcala und Jalisco.
- Sensibilisierung und Information über die Menschenrechtskrise in Mexiko, insbesondere in Bezug auf das gewaltsame Verschwindenlassen von Personen.
- Sensibilisierung und Information über die Sicherheitslage von Menschenrechtsverteidiger\*innen in den Territorien, die kriminalisiert und bedroht werden. Konkrete Fälle in Chiapas und Oaxaca.
- Unterstützung für lokale Kollektive und Solidaritätskampagnen für die Verteidigung der Rechte von Territorien und Menschenrechtsaktivist\*innen in Mexiko. Beitrag zur Stärkung der Vernetzung von Organisationen der Zivilgesellschaft in Deutschland, die sich für den Schutz der Menschenrechte und der Natur in Mexiko einsetzen.



- Verstärkter Austausch und Lernen über die Kämpfe und Erkenntnisse von Basisorganisationen, Kollektiven und Aktivist\*innen in Mexiko.

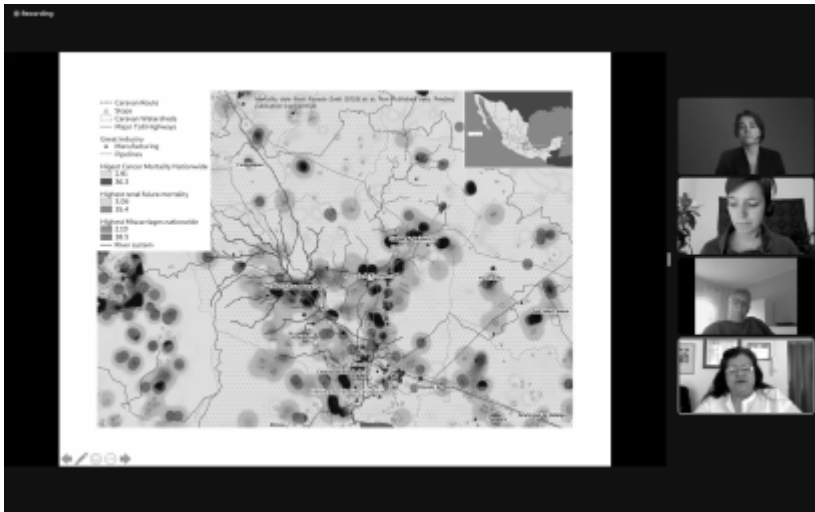
## **Netzwerke und strategische Dialoge**

Die Solidaritätsarbeit in Netzwerken ist zweifellos eines der Arbeitsfelder, von denen Organisationen wie das Ökumenische Büro im Sinne der gegenseitigen Zusammenarbeit, des Austauschs von Wissen, Erfahrungen und der Selbstorganisation lernen und wozu sie beitragen. Daher möchten wir die große Bedeutung betonen, die es für uns hat, aktiv an der gemeinsamen Arbeit teilzunehmen und dazu beizutragen, Netzwerke in Deutschland, in denen wir aktive Mitglieder sind, wie die *Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko* (DMRKM) zu fördern. 2022 haben wir als Mitgliedsorganisation der DMRKM und der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Menschenrechte aktiv an den verschiedenen strategischen Planungssitzungen teilgenommen und einen regen Austausch mit den anderen in der Koordination aktiven Organisationen gepflegt.

### **„Umweltkatastrophe mit transnationalem Kapital am Río Atoyac“**

Eine wichtige Aktivität war die gemeinsame Arbeit an der Vorbereitung und Organisation des Panels über Wirtschaft und Menschenrechte: „Umweltkatastrophe mit transnationalem Kapital am Río Atoyac“ im Rahmen der Konferenz „Menschenrechte in Mexiko. Eine Halbzeitbilanz der Regierung López Obrador“, die zwischen dem 31. März und dem 1. April 2022 online stattfand. Diese Veranstaltung, die gemeinsam von der DMRKM, der *Heinrich-Böll-Stiftung* und der *Evangelischen Akademie Bad Boll* organisiert wurde, ist einer der strategischen Räume für den Dialog, die Diskussion und die Aktualisierung über die Menschenrechtssituation in Mexiko.<sup>(1)</sup> An der Podiumsdiskussion zum Thema Wirtschaft und Menschenrechte nahmen Alejandra Méndez, Direktorin des *Centro de Derechos Humanos Fray Julián Garcés*, Mexiko, Lara Siever von INKOTA, Frank Hamann von der IG Metall Intersoli Wolfsburg und Catharina Köhler von MISEREOR teil.

In diesem Raum wurde der spezifische Fall von Tlaxcala analysiert und vorgestellt, einer der Regionen in Mexiko, die stark von dem beschleunigten Prozess der Urbanisierung und Industrialisierung betroffen war, der sie mit der Ansiedlung von Pemex und Volkswagen in den 1960er Jahren zum viertgrößten Ballungsraum des Landes machte. Heute sind in der Region mehr als 20.000 Unternehmen des verarbei-



Screenshot während der Podiumsdiskussion zum Thema *Wirtschaft und Menschenrechte*, im Rahmen der Tagung der DMRKM, „Menschenrechte in Mexiko. Eine Halbzeitbilanz der Regierung López Obrador“. Auf dem Bild zeigt Alejandra Mendez die Problemzonen der Umweltzerstörung in Tlaxcala und die Folgen für die Gesundheit der einheimischen Bevölkerung.

tenden Gewerbes angesiedelt, davon etwa 1.200 ausländische. In Tlaxcala spielt die Präsenz europäischer Unternehmen, vor allem im Bereich der Autoteile, eine wichtige Rolle für die Wirtschaft und eindeutig für die Verschlechterung der Umwelt und damit für die schwerwiegenden Gesundheitsschäden der Einwohner\*innen dieser Region Mexikos.

Anhand des Falles Tlaxcala gaben die Podiumsteilnehmer\*innen einen Überblick über die Diskussionen und Fortschritte, die in Europa in Bezug auf die Gesetzgebung zur Lieferkette stattfinden, die darauf abzielt, große Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutzstandards zu verpflichten. Besonders wurde auf die Lücken im deutschen Lieferkettengesetz hingewiesen, das 2023 in Kraft treten wird, sowie auf die zwingende Notwendigkeit strengerer internationaler Standards, die den Betroffenen auf der ganzen Welt den Zugang zu Justiz und Entschädigung ermöglichen.<sup>(2)</sup>

### **Arbeitsaufenthalt in Mexiko und Perspectives Diversas in München <sup>(3)</sup>**

Vor Ort zu sein und mit den Realitäten in den Territorien und den Kämpfen der lokalen sozialen Organisationen in Kontakt zu kommen, ist zweifellos der beste Weg, um unsere Solidaritätsarbeit weiter zu stärken.

Zu diesem Zweck besuchte unsere Mexiko-Referentin zwischen dem 5. Juli und dem 10. August mehrere Bundesstaaten: den Hauptstadt-Distrikt, Puebla (Puebla), Xalapa (Veracruz), Oaxaca (Oaxaca), San Cristóbal de las Casas (Chiapas), Guadalajara und El Salto (Jalisco), um einen aktiven Austausch mit verschiedenen sozialen Organisationen, mit denen das Ökumenischen Büro seit langem in Kontakt ist, zu haben und die Arbeit anderer, neuer Organisationen kennenzulernen, die unser Kontaktnetz erweitern.



Die erste Station führte auf Einladung des *Centro de Derechos Humanos Fray Julián Garcés de Tlaxcala*, in den Hauptstadt-Distrikt. Die Organisation veranstaltet dort zusammen mit der Universität von Tlaxcala den

Alejandra Mendez, Direktorin des *Zentrums Fray Julian Garcés* in Tlaxcala, während eines Interviews über die Arbeit ihrer Organisation zu zwei kritischen Themen: Gewalt gegen Frauen, insbesondere Frauenhandel, und Umwelt- und Gesundheitszerstörung als Folge der negativen Auswirkungen der lokalen und transnationalen Industrie im Flussbecken des Atoyac.

„7. lateinamerikanischen Kongress über Menschenhandel, Kapitalismus und Patriarchat“. Wir konnten unser Wissen über die schwierige Situation erweitern, in der sich Frauen und Mädchen in Mexiko angesichts des Verbrechens des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung befinden.

In Tlaxcala hatten wir auch die Gelegenheit, die Arbeit der Menschenrechtsverteidiger\*innen des Flussgebietes des Atoyac-Zalapa, die im Kollektiv *Coordinadora Un Atoyac con Vida* (Ein Atoyac mit Leben) organisiert sind, kennenzulernen. Wir besuchten mit ihnen die Gebiete der Umweltzerstörung, die durch lokale und ausländische Industrien verursacht werden, die ihre industriellen und chemischen Abfälle in die Gewässer des Atoyac-Flusses in Tlaxcala und Puebla einleiten.



„Es gibt Tage, an denen das Wasser des Flusses ganz bunt ist. Das liegt an den Chemikalien und Giften, die die hier ansässigen Unternehmen in den Fluss leiten. Können Sie das riechen? ... Es riecht hier nach Tod“. Das erzählten uns die Aktivistinnen der *Coordinadora Un Atoyac con Vida* in Tlaxcala, während der Tour, die wir unternahmen, um die Umweltprobleme zu beobachten, die die Gemeinden entlang des Flusses seit Jahrzehnten belasten.

## Austausch mit feministischen Kollektiven und Journalist\*innen

In Puebla lernten wir die Arbeit des feministischen Kollektivs *Técnicas Rudas* und ihr Projekt mit Angehörigen von Verschwundenen zum Thema „Erinnerung und Erzählungen über das Verschwinden in Mexiko“ kennen. Außerdem tauschten wir uns mit suchenden Müttern über ihre Kämpfe gegen die Straflosigkeit und ein korruptes Justizsystem in Mexiko sowie über ihre Lebenserfahrungen bei der unermüdlichen Suche nach ihren Söhnen und Töchtern aus.



„Gerechtigkeit für Sol!“ Zusammen mit der feministischen Organisation *Consortio Oaxaca* schließen wir uns dieser Forderung und der Anklage der oaxacanischen Journalistin Soledad Jarquín gegen die Straflosigkeit im Zusammenhang mit dem Mord an ihrer Tochter, der Fotojournalistin María del Sol Cruz Jarquín, an.

In Xalapa, Veracruz, besuchten wir Norma Trujillo, eine Journalistin und Menschenrechtsverteidigerin, die wegen ihrer journalistischen Arbeit über politische Korruption und Drogenhandel bedroht wird.

In Oaxaca tauschten wir uns mit der feministischen Menschenrechtsorganisation *Consortio Oaxaca* aus und sprachen mit der Journalistin und Menschenrechtsverteidigerin Soledad Jarquín, der Mutter der 2018 ermordeten oaxacanischen Fotojournalistin María del Sol Cruz Jarquín. Das Treffen mit Soledad Jarquín und dem Team von *Consortio Oaxaca* ermöglichte es uns, mehr über die Arbeit zu erfahren, die sie zur Verteidigung der Frauenrechte und gegen Frauengewalt leisten, insbesondere im Fall des „Feministischen Tribunals in Oaxaca“.

### **Besuche bei politischen Gefangenen**

Wir hatten auch die Gelegenheit, erneut Pablo López Alavez zu besuchen, einen indigenen Umweltschützer, der seit zwölf Jahren im Gefängnis sitzt und zu Unrecht kriminalisiert und verurteilt wurde. Seine Entschlossenheit, weiter für die Verteidigung der Natur, der Wälder und der Wasserquellen in seiner Gemeinde zu kämpfen, ist uns immer noch ein großartiges Vorbild. Pablo Lopez gibt uns ein Beispiel für Tapferkeit und die Entscheidung, niemals zu schweigen: „Wenn ich schweige, bedeutet das, dass ich aufgegeben habe. Nichts wird mich also zum Schweigen bringen“, sagte er uns und rief uns auf, nicht aufzugeben und solidarisch für die Rechte der Menschen und der Mutter Erde zu kämpfen.

Wir besuchten auch Lucía Baltazar in Tanivet (Oaxaca), Künstlerin und Aktivistin aus Guerrero, die seit 2015 zu Unrecht im Gefängnis ist. Ihr Fall wird seit 2021 vom Ökubüro begleitet. Später im Jahr unterstützten wir einen Familienbesuch für Lucía Baltazar. Mit dem ehemaligen politische Gefangenen Damián Gallardo sprachen wir über das Projekt einer Volksuniversität in Oaxaca, das von Damián Gallardo und weiteren Lehrer\*innen aus indigenen Gemeinden in Oaxaca geleitet wird.

### **In Lebensgefahr: Pater Marcelo Pérez aus Chiapas**

In Chiapas, San Cristóbal de las Casas, sprachen wir gemeinsam mit einer Vertreterin von *SweFor* mit dem indigenen Menschenrechtsverteidiger und Priester Marcelo Pérez, der sich stark für Friedensvermittlungsprozesse in den indigenen Gemeinden in Chiapas und für die Verteidigung der Rechte dieser Gemeinden engagiert. Gegen Pater Marcelo Pérez wurde ein Prozess der Kriminalisierung und Verfolgung

eingeleitet, der seine Arbeit und sein Leben in Gefahr bringt.

Wir trafen uns auch mit der NGO *SERAPAŽ* in San Cristóbal und dem Umweltschützer León Ávila, mit dem wir über die zunehmende Gewalt in Chiapas gegen Gemeinden, zivilgesellschaftliche Organisationen und Menschenrechtsverteidiger\*innen sprachen. León Ávila gehört zu den Umweltschützer\*innen, die wegen ihres Kampfes und ihrer Verteidigung der Bergfeuchtgebiete in Chiapas bedroht werden.

Das Ökumenische Büro begleitete León Ávilas Antrag auf Aufnahme in das Programm der Bundesregierung zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern in Lateinamerika (Elisabeth-Selbert-Initiative, ESI) und unterstützte zwischen August und Dezember 2022 das (erfolgreiche) Bewerbungsverfahren.

Auf der Agenda in Chiapas stand ferner ein Treffen mit Aldo Ledón von der Organisation *Voces Mesoamericanas*. Dieser Austausch ermöglichte es uns, einen Einblick in die Situation von Migrant\*innen in Zentralamerika und Mexiko und das Verschwinden von Personen in diesem Kontext zu gewinnen.

## Präsentation des *ToxiTour*-Berichtes

Schließlich kamen wir in Guadalajara und El Salto, Jalisco, an, wo wir uns mit dem Kollektiv *Un Salto de Vida* austauschten, das Umweltschützer\*innen und diejenigen zusammenbringt, die sich für die Sanierung des Santiago-Flusses einsetzen, einen der am stärksten verschmutzten Flüsse Mexikos, an dessen Ufern die Industriegebiete von Jalisco angelegt wurden. Gemeinsam mit dem Kollektiv *Un Salto de Vida*



Hunderte von Menschen kommen zur Messe von Pater Marcelo. In seiner Messe sind die Opfer der Gewalt in Chiapas im Mittelpunkt. Pater Marcelo Pérez betet nicht nur für sie, er gibt ihnen auch seine Stimme und wird zum Friedensvermittler und Sprecher der am meisten Verletzlichen: Indigene, Mütter von Verschwundenen und Opfern von Drogenkartellen und der staatlichen Korruption. Aus diesem Grund ist er den korrupten Mächten in Chiapas im Weg.



Gemeinsam mit Alan Carmona vom Kollektiv *Un Salto de Vida* und Mónica Vargas, der Koordinatorin des Berichts *ToxiTour Mexico 2020*, besuchten wir die Punkte mit schwerer Umweltverschmutzung in El Salto und Juanacatlán in Jalisco. Die „Tour des Horrors“ ist eine Initiative des Umweltaktivistenkollektivs *Un Salto de Vida*, das seit 2008 versucht, die sozio-ökologische Tragödie anzuprangern und sichtbar zu machen.

und Monica Vargas (Koordinatorin der *ToxiTour 2020*) organisierten wir am 5. August die Präsentation des *ToxiTour*-Berichts in einer hybriden Veranstaltung in Guadalajara, an der Vertreter\*innen der von der Verschmutzung des Santiago-Flusses und seiner Nebenflüsse betroffenen Gemeinden sowie Wissenschaftler\*innen und Vertreter\*innen von Organisationen in Deutschland teilnahmen, die sich für die Umsetzung des Lieferkettengesetzes einsetzen.

## **Performance „Brecht das Schweigen und wühlt die Erde auf ...“**

Am 30. August 2022 dem Internationalen Tag der Opfer gewaltsamen Verschwindenlassens, luden wir das Münchner Publikum zu einer Performance von Jorge Hidalgo auf dem Odeonsplatz ein.<sup>(4)</sup> Jorge Hidalgo ist ein kolumbianischer bildender Künstler, Wandmaler und Performer, der in Münster lebt. Mit seiner Performance gegen das Vergessen, die Gleichgültigkeit und die Straflosigkeit, versuchten wir das Bewusstsein für das Verschwinden von Personen zu schärfen und darüber zu informieren, dass das gewaltsame Verschwindenlassens eine schwere Verletzung der Menschenrechte darstellt. Wie wir aus Kom-



mentaren am Rande der Performance erfahren konnten, ist es gelungen, den Betrachter\*innen und Passant\*innen mit den Mitteln der kritischen Kunst eine Realität näherzubringen, die wir alle nicht sehen wollen oder die uns nicht bewusst ist.

## **Online-Diskussion über das gewaltsame Verschwindenlassen in Mexiko**

Am 1. September folgte eine Online-Veranstaltung über die Erfahrungen von Organisationen der Zivilgesellschaft, Menschenrechtsverteidiger\*innen und unabhängigen Journalist\*innen in Mexiko zur Problematik gewaltsamen Verschwindenlassen. Die Referent\*innen Aldo Ledón (*Voces Mesoamericanas, Acción con Pueblos Migrantes*), Itzell Sánchez Martínez (*Narrativas y Memorias de la desaparición in Mexiko und Técnicas Rudas*) Vania Pigeonutt (*Amapola und Matar a Nadie*) diskutierten verschiedene Wege, sich dieser Realität zu nähern und darüber zu berichten, die Opfer zu begleiten und eine der schwersten Menschenrechtsverletzungen sichtbar zu machen.<sup>(5)</sup>

Vom 26. November bis zum 20. Dezember 2022 organisierte und begleitete unsere Mexiko-Referentin die *Abya Yala RapToure* mit Audry Funk (Mexiko), Diana Avella und Juan Diego Pacheco (Kolumbien) in Kooperation mit dem Kulturreferat der Landeshauptstadt München. (Siehe dazu das Extra-Kapitel in diesem Jahresbericht).

- (1) Programm der Mexiko-Tagung als pdf: [https://www.mexiko-koordination.de/wp-content/uploads/2022/02/Mexiko\\_Tagung-2022\\_Programm.pdf](https://www.mexiko-koordination.de/wp-content/uploads/2022/02/Mexiko_Tagung-2022_Programm.pdf)
- (2) Siehe Informationen zum Lieferkettengesetz in Deutschland: <https://www.bmz.de/resource/blob/60000/84f32c49a-cca03b883e1223c66b3e227/lieferkettengesetz-fragen-und-antworten-data.pdf>
- (3) Weitere Informationen zu den diskutierten Themen und den während des Aufenthalts in Mexiko abgehaltenen Treffen finden Sie auf unserer Website: <https://www.oeku-buero.de/>
- (4) Das Video ¿Dónde están? Wo sind sie? Auf unserem Kanal in Youtube: <https://youtu.be/GYHgobP2l3s>
- (5) Das Video der Veranstaltung „Wo sind sie?“ Ein Gespräch gegen das Vergessen, die Gleichgültigkeit und die Straflosigkeit, finden Sie auf unserer Facebook-Seite: <https://www.facebook.com/oeku.buero/videos/450134890474907>

## Aktivitäten zu Brasilien

Brasilien und Deutschland sind wirtschaftlich eng verflochten: Rund 45 Prozent der Eisen- und 30 Prozent der Zelluloseimporte Deutschlands stammen aus Brasilien, auch bei Sojamehl, Kaffee und Orangensaftkonzentraten ist der Anteil sehr hoch. Problematisch sind dabei neben der strukturellen Ungleichheit in den Wirtschaftsverhältnissen die hohe Zahl an Menschenrechtsverletzungen, sozialen Konflikten und Umwelterstörungen, die mit dieser Produktion einhergehen. Das betrifft auch Umweltverschmutzung wie beispielsweise die Verseuchung durch Pestizide, Arbeitsrechtsverstöße in der Landwirtschaft, Arbeitsbedingungen, die teilweise an Sklaverei grenzen, Landkonflikte, Entwaldung und Missachtung territorialer Rechte von indigenen und anderen traditionellen Völkern und Gemeinschaften.

Seit 2020 bereichert ein kleiner, ehrenamtlicher Brasilien-Arbeitskreis die Bildungs- und Menschenrechtsarbeit des Ökubüros. 2022 veröffentlichten wir unter anderem ein Interview mit Referent\*innen aus dem Jahr 2021.<sup>(1)</sup> an dem wir beteiligt waren, einen Bericht über ein großes Protestcamp Indigener in der Hauptstadt<sup>(2)</sup> und einen Solidaritätsaufruf für die indigene Aktivistin Alessandra Munduruko.<sup>(3)</sup> Zudem nutzten wir ein



Das Protestcamp Acampamento indígena Terra Livre war 2022 so groß wie noch nie.

gut besuchtes offenes Plenum des Ökubüros, um uns in einem detaillierten Vortrag über die politische Situation und den Wahlkampf in Brasilien zu informieren.

- (1) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-555/umweltrassismus-und-klimakrise.html>
- (2) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-555/groesstes-acampamento-indigena-terra-livre-in-der-hauptstadt-von-brasilien.html>
- (3) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-555/solidaritaetserklaerung-fuer-alessandra-munduruko.html>

## Tournee mit Rapperinnen aus Kolumbien und Mexiko

Rap ist ein Musikstil, der von fremdenfeindlichem und homophobem Machismo geprägt ist. Aber er ist auch ein Stil mit einem ganz besonderen und eingängigen Rhythmus, mit dem auch Botschaften des Friedens, der Vielfalt und der Gleichheit vermittelt werden können. „Deshalb arbeiten wir mit Rap und Hip-Hop, um unsere Gemeinden zu verändern“, so Diana Avella aus Kolumbien. „Die Musikindustrie macht die Körper der Frauen zu Objekten. Das hat nicht nur mit Musik zu tun, sondern auch mit einem patriarchalischen System und einem strukturellen Problem des Kapitalismus“, ergänzt Audry Funk aus Mexiko.

### Kreativer Widerstand aus der Hip-Hop Szene

Erstmals lud das Ökubüro 2022 zwei Vertreterinnen des feministischen Hip-Hop aus Lateinamerika ein, um den gemeinsamen Kampf für Frauenrechte zu thematisieren. Wir bekamen die Unterstützung des Kulturreferats der Landeshauptstadt München und arbeiteten eng mit der Abteilung Internationales und Urbane Kulturen sowie mit zahlreichen Organisationen, Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen aus München und sechs weiteren Städten in Deutschland zusammen.

Audry Funk und Diana Avella sind politisch aktiv, sie sind Hip-Hop Künstlerinnen, Feministinnen und Referentinnen für Themen wie Frauenrechte und Diversität. Sie sind auch Migrantinnen, wie die Koordinator\*innen des Projektes, die Mexiko-Referentin und der Kolumbien-Referent des Ökubüros. So kam unsere „*Abya Yala Rap Touré*“ zustande, eine Deutschlandtournee mit Musik, Vorträgen, Diskussionen und Workshops. Ein internationaler Austausch, der neue Perspektiven schaffte, sowohl für das Publikum als auch für uns als Organisator\*innen und für die beiden Künstlerinnen.

In Germering gaben Audry und Diana einen Workshop an der Kerchensteiner Schule. 19 Mädchen im Alter zwischen 14 und 16 Jahren nahmen sehr aktiv teil. Sie tauschten sich mit Diana und Audry über die Verstöße und Übergriffe aus, denen sie als Mädchen ausgesetzt sind. Es war für uns als Münchner Organisator\*innen überraschend, welche Probleme die Mädchen hier in Deutschland erlebt haben. Am Ende schrieben und rappten sie mit Hilfe von Diana und Audry und begleitet von DJ Pkz aus Bogotá einen Vers über ihre Erfahrungen und Wünsche.



In Germering teilen die MCs Audry Funk und Diana Avella ihre Erfahrungen als Frauen in der lateinamerikanischen HipHop-Szene und kreieren gemeinsam mit den am Workshop teilnehmenden Student\*innen eine Strophe eines Songs. Sie sprechen über systemische Gewalt gegen FLINTA\*.

„Ich fühle mich empowert. Die Diskussion zeigte mir, dass ich nicht alleine bin und dass wir zusammen als Mädchen und Frauen gegen die Macho-Gesellschaft kämpfen müssen“, sagte eine Teilnehmerin des Workshops.<sup>(1)</sup>

Im Milla Club in München teilten Diana und Audry den Stage mit der Rapperin Kokonelle aus Burkina Faso und mit dem DJ Jabbar aus München. Vor rund 100 Zuhörer\*innen sangen Audry und Diana nicht nur, sondern erzählten auch ihre Geschichte und über die Situation der Frauen in Kolumbien und Mexiko.

In einem Workshop im Bellevue di Monaco vertieften Audry und Diana die Grundthemen der Tournee. Taiga Trece, eine Rapperin aus München, brachte ihre Erfahrung als Leiterin von Workshops zur Stärkung von Frauen und Mädchen durch Rap in Deutschland und Mexiko ein und moderierte. Wir diskutierten über die sozialen und politischen Forderungen der Frauen und FLINTA\* im globalen Süden, um die Zusammenhänge zwischen Kultur, Diversität und nachhaltiger Entwicklung zu veranschaulichen und zur Suche nach Lösungen zu ermutigen.



Workshop im Bellevue di Monaco: Diana Avella zeigte anhand von Videos wie die HipHop-Szene in Kolumbien zur Erinnerungsbildung im Friedensprozess beigetragen hat.

## Es kann das Leben kosten, als Frau geboren zu sein

Audry betonte, dass Kolumbien und Mexiko in weiten Teilen das gleiche soziale Gefüge haben. In Mexiko werden jeden Tag 12 Frauen ermordet, und das darf nicht als normal empfunden werden. Beide Länder werden von einem Narcostaat regiert. Es kann eine das Leben kosten, Journalistin zu sein, sich für die Rechte der Frauen einzusetzen oder einfach als Frau geboren zu sein. „Irgendwann gab es eine Verfolgung durch den Drogenstaat, und deshalb bin ich ausgewandert. Ich hatte Angst, dass mir oder meiner Familie etwas zustoßen könnte“, erzählte Audry.

Diana präsentierte im Workshop unter anderem das Lied Militares der Gruppe *Reincidentes* BTA, das von der Vergewaltigung eines Mädchens durch sieben Soldaten handelt.<sup>(2)</sup>

Sie erläuterte, wie Frauen in Konflikten in Ländern wie Kolumbien und Mexiko zur Kriegsbeute oder zum Kriegsobjekt werden: „Wenn eine Frau geschändet wird, wird die Gemeinschaft geschändet, werden die Männer (Krieger) dieser Gemeinschaft geschändet. Und wenn sie ihre Kinder verletzen, verletzen sie direkt die Frauen.“

Die Teilnehmer\*innen diskutierten zusammen mit Audry und Diana über die Rolle von Kultur als Instrument der politischen Bildung. Audry und Diana stellten einige ihrer Erfahrungen mit Workshops in Stadtvier-

ten und Einrichtungen vor, die sich an ganz bestimmte Zielgruppen richteten, zum Beispiel an Konfliktopfer, vergewaltigte Frauen und junge Mädchen in Schulen. „Durch Hip-Hop ist es uns gelungen, sehr sensible Themen in die Schulen und Nachbarschaften zu bringen. Wir konnten unter anderem über Frauenmorde, Führungsqualitäten und Friedensbildung sprechen“, so Diana. „Es ist notwendig, diese Aktivitäten in internationale Räume wie diesen hier zu tragen. Deshalb bin ich sehr dankbar für diese Einladung und dafür, dass ich hier in Deutschland Bildung mit Hip-Hop verbinden kann“, so Audry weiter.

### **Eine Welt, in der viele Welten koexistieren**

Taiga Trece betonte die Notwendigkeit, derartige Prozesse und Aktivismen, die aus der Hip-Hop Community hervorgehen, zu stärken. Wichtig dabei sind Diversität und Intersektionalität. Audry Funk: „Politisches Denken muss eindeutig intersektional sein, in dem Wissen, dass die Welt vielfältig ist und wir deshalb in dieser Welt mit so vielen Welten koexistieren.“ Nach einer Diskussionsrunde wurde vorgeschlagen, Multiplikator\*inneneffekte durch die Förderung von Inklusion und Vielfalt in feministischen Bewegungen und in allen Arten von Aktivismus durch Veranstaltungen und Kampagnen zu erzielen. Als erste konkrete Maß-



Eindrücke von der Podiumsdiskussion in Frankfurt „Lateinamerika Mujer Rebelde“ mit Audry Funk, Diana Avella und Patricia Rendón, Méxiko-Referentin im Ökubüro.

nahme wurde die kolumbianische trans\*Aktivistin Mariposa auf das Abschlusspodium der RapToure eingeladen.

Die Diskussion über Handlungsmöglichkeiten drehte sich vor allem auch um die Produktion und die Weitergabe von Wissen. „Das Wissen, das in Workshops in nicht-akademischen Räumen erarbeitet wird, kann zum Beispiel durch Zertifikate von Organisationen im Ausland validiert werden. Außerdem sollten Diskussionen und ein Wissensaustausch Süd-Nord-Süd angeregt werden“, fassten die Teilnehmenden zusammen. Im Anschluss an das Seminar wurde weiter Musik gemacht und im informellen Rahmen über die Möglichkeiten des Austauschs, der Zusammenarbeit und der gegenseitigen schwesterlichen Unterstützung (sorority) zwischen Lateinamerika und Deutschland auf der Ebene der Basisorganisationen (Vereine, Kollektive, Initiativen) diskutiert.<sup>(3)</sup>

Audry und Diana besuchten auch das berühmte Tonstudio 58Beats und tauschten sich mit Künstler\*innen und Kollektiven aus München aus. Anschließend gingen wir auf Tour – mit zwei Veranstaltungen in Hamburg und je einer in Berlin, Frankfurt, Erfurt, Leipzig und Hannover. Die koordinierenden Organisationen oder Kollektive in den verschiedenen Städten organisierten insgesamt sieben Gespräche und Vorträge mit einem musikalischen Abschluss. In mehreren Städten gab es dazu Treffen mit politischen Persönlichkeiten.<sup>(4)</sup>



In Erfurt, im Haus Veto, einem autonomen kulturellen Widerstandsprojekt, sprachen und sangen Audry Funk und Diana Avella über Gerechtigkeit und den Kampf für FLINTA\* in Mexiko und Kolumbien.

Für uns war es sehr bereichernd, aus den Erfahrungen von Diana und Audry zu lernen, wie sie Hip-Hop & Poetry als bildungspolitisches Instrument einsetzen. Bekräftigt wurde diese Lernerfahrung mit einem Workshop „Schulprojekt in Bogotá zum Bericht der Wahrheitskommission. Passen Hip-Hop und die entwicklungspolitische Bildungsarbeit zusammen?“. Der Workshop wurde von Juan Diego Pacheco, dem Sohn von Diana Avella, auch bekannt als DJ pkz, geleitet. Als 14-jähriger kolumbiani-



scher Schüler leitete er an seiner Schule La Palestina in Bogotá ein Projekt für die Verbreitung und Analyse des Berichts der kolumbianischen Wahrheitskommission. Er entwickelte ein Konzept, um die Ergebnisse des Berichts mit kolumbianischer Rap-Musik zu verbinden.

Ein großes Dankeschön geht an Patricia Müller vom Kulturreferat für die wichtige Unterstützung auch in der konzeptionellen Arbeit, an das Projekt Wor(l)d Connects und das Studio 58Beats, an Taiga13, an Raphael für die Übersetzung, an Waseem, Kokonelle und DJ Jabber für die Unterstützung für das Konzert, an den Germeringer Stadtrat Johannes Landendinger für die Koordinierung mit der Schule und an unsere Nachbarinnen, das Atelier und Ausbildungsprojekt La Silhouette, für die tollen Kostüme für den Auftritt unserer Gäste. Genauso vielen Dank an alle Kollektive, Gruppen und Personen, die die RapToure unterstützt haben.

- (1) Ausschnitte aus dem Workshop:  
<https://www.instagram.com/p/ClVd1voPpe/>  
[https://www.instagram.com/p/ClVtK\\_TKDQd/](https://www.instagram.com/p/ClVtK_TKDQd/)
- (2) <https://www.youtube.com/watch?v=g2eWb-PvIkQ>
- (3) Radiobeiträge von der Tournee:  
[https://www.radio-frei.de/?iid=1&ksubmit\\_show=sendung&kunixtime=1671904800](https://www.radio-frei.de/?iid=1&ksubmit_show=sendung&kunixtime=1671904800)  
<https://www.latinotopia.net/novedades/audry-funk-y-diana-avella-hip-hop-comprometido-de-gira-en-alemania/>  
 Contacto Latinoamérica im Radio RheinWelle 92,5 FM Wiesbaden in Kooperation mit Rohkomm Frankfurt  
<https://www.youtube.com/live/rzqTl5Xcndo?feature=share&t=3344>
- (4) Medieninterviews:  
<https://www.latinotopia.net/novedades/audry-funk-y-diana-avella-hip-hop-comprometido-de-gira-en-alemania>, Austausch mit Hip-Hop Künstler\*innen und mit den Organisationen, die an der Tour teilnahmen.

## Recht auf Asyl, Recht auf Schutz

Ein Querschnittsthema unserer Arbeit ist die Solidarität mit Menschen, die für kurze Zeit nach Deutschland kommen, um Schutz zu suchen oder ein langfristiges, sicheres Exil benötigen.

2022 bereiteten wir einen halbjährlichen Aufenthalt eines Menschenrechtsverteidigers vor, der 2023 mit dem Schutzprogramm der Elisabeth-Selbert-Initiative zu uns kam (siehe dazu das Kapitel Aktivitäten zu Mexiko). Und wir hielten unter anderen weiter Kontakt mit geflüchteten Honduraner\*innen in Mecklenburg-Vorpommern, mit einem trans\*Aktivisten aus Kolumbien, der wegen lebensbedrohlicher Vorfälle schnell sein Land verlassen musste und einer Kolumbianerin, die an die Härtefallkommission in Niedersachsen appelliert, in Deutschland bleiben zu können.

Zu Kolumbien waren wir im ständigen Gespräch mit Kolleg\*innen von *Unidas para la Paz* in Berlin und *Red Colombia-Rhein-Main* in Frankfurt. Sie leiten die Initiative „Recht auf Asyl“. Darüber hinaus haben wir Anfragen von Menschen erhalten, die noch in Kolumbien sind oder die versucht haben, nach Deutschland zu kommen, aber im Exil in anderen Ländern gelandet sind.

### Herausforderung „Frieden“

Im Fall von Kolumbien stehen die Asylsuchenden vor sehr schwierigen Herausforderungen. Einerseits schaffte das 2016 unterzeichnete Friedensabkommen mit der Guerilla FARC ein Bild des „Friedens“ und der „politischen Ruhe“ in Kolumbien. Andererseits führte die vorherige Regierung eine sehr starke mediale und diplomatische Kampagne, um das Image eines friedlichen Kolumbiens zu verkaufen, trotz schwerer Menschenrechtsverletzungen im Land, Angriffen illegaler Gruppen, staatlicher Verbrechen und polizeilicher Repression. Dieses Bild des Friedens und der Ruhe fiel bei der Deutschen Regierung auf fruchtbaren Boden. Seit 2018 lehnt das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* (BAMF) fast alle Asylanträge von Kolumbianer\*innen ab. Nach dem Friedensabkommen mit der FARC begann jedoch eine neue Eskalation des Konflikts und viele Personen wurden ins Ausland vertrieben. Einige Menschen haben eine Duldung erhalten, andere einen befristeten Aufenthalt, viele kämpfen immer noch darum, in Deutschland bleiben zu können.

Um Lösungen für diese Situation zu finden, organisierte die Initiative „Recht auf Asyl“ ein Fachgespräch und Arbeitstreffen zum Thema Asyl für Kolumbianer\*innen in Deutschland. Daran nahmen 22 Personen aus verschiedenen Organisationen in Kolumbien und Deutschland teil, die sich mit Menschenrechts-, Asyl- und Migrationsfragen beschäftigen, darunter unser Kolumbien-Referent.

Die große Herausforderung besteht darin, so die Gesprächsteilnehmer\*innen, den staatlichen Stellen in Deutschland klarzumachen, dass auch der Regierungswechsel und die Umsetzung des Friedensabkommens keinen sofortigen Wandel im Land herbeiführen und dass es sehr wohl noch immer Gründe gibt, Kolumbianer\*innen Schutz zu gewähren. Es braucht viel Zeit, bis die Kultur der Gewalt, Trans\*-Feindlichkeit und Homophobie durch eine Kultur der Vielfalt und des Respekts, des Friedens und der Toleranz ersetzt wird. Wenngleich unsere Arbeit in diesem Bereich eher darin besteht, Organisationen und Menschen zu finden, die Asylbewerber\*innen direkt unterstützen können, halten wir unsere Beteiligung an der politischen Debatte für einen notwendigen Beitrag zugunsten der Menschen, die zu uns kommen. Außerdem wollen wir auch unsere Forderungen an die Regierungen in Lateinamerika fortsetzen, politische Maßnahmen und Aktionen zur Akzeptanz und Förderung der Geschlechtervielfalt und konkrete Maßnahmen zum Schutz von Aktivist\*innen und sozialen Führungspersonlichkeiten durchzuführen.

## **Grenzenlos trans\* – und die Menschenwürde?**

Seit 2021 begleiten wir die geflüchtete Menschenrechts- und Trans\*-Aktivistin Maria Victoria („Mariposa“) Leguízamo aus dem kolumbianischen Departement Arauca. Sie tritt auch in Deutschland sehr aktiv für die Rechte der Community ein und zeigt uns immer aufs Neue, was es bedeutet, grenzenlos gegen Diskriminierung und für Empowerment zu streiten.

Im Mai 2022 konnten wir ein Video und ein Radiointerview mit Mariposa aufnehmen und sie als Gesprächspartnerin für den Podcast *Latinotopia* von Radio Z in Nürnberg vermitteln.<sup>(1)</sup>

Gegen Jahresende veranstalteten wir gemeinsam mit der *Hirschfeld-Eddy-Stiftung* des LSVD ein Online-Panel mit Mariposa und Tamara Montenegro, der Leiterin der *Fundación Dignidad Trans* aus Arauca.<sup>(2)</sup> Im Fokus der Arbeit der Organisation stehen Sicherheit und Empowerment für trans\*Frauen, vor allem auch aus dem angrenzenden Venezuela. Das Panel machte deutlich: Wer nur in Richtung des menschenrechts-



Solidarität und Austausch über Grenzen hinweg: Juana Zúniga aus Honduras und María Victoria („Mariposa“) Leguizamo aus Kolumbien nach einem Treffen in Hannover.

verletzenden Globalen Südens schaut, verkennt die Probleme vor der eigenen Haustür und im eigenen Haus. Wir brauchen mehr denn je eine strukturelle, intersektionale und internationalistische Perspektive. Die queere Community kann sie uns zeigen.

- (1) <https://www.youtube.com/watch?v=gXQ3rwfkPZw>  
<https://latinotopia.libsyn.com/mariposa-mujer-trans-formadora>
- (2) <https://www.oeku-buero.de/details/grenzenlos-trans-trans-sin-fronteras.html>

## Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

### Kooperation und Vernetzung

#### Veranstaltungsreihe „**Perspectivas Diversas**“

2022 hatten wir erneut die Möglichkeit, den Münchner\*innen basisbewegte und solidarische lateinamerikanische Perspektiven näherzubringen. Mit internationalen Referent\*innen erreichten wir diverse Publika, darunter auch Studierende und Menschen verschiedenster Sprachen und Herkünfte.

#### Radio-Produktion

Radio war auch 2022 eine gute Ressource, um über unsere Arbeit zu berichten, Informationen über die Menschenrechtssituation in den Ländern, zu denen wir arbeiten, mitzuteilen und vor allem, um die Stimmen von Aktivist\*innen, Menschenrechtsverteidiger\*innen und Menschen aus lokalen Basisorganisationen in El Salvador, Honduras, Nicaragua, Mexiko und Kolumbien hier hörbar zu machen.

An etwa acht bis zehn ersten Montagen im Monat gestalten wir von 17 bis 18 Uhr unsere eigene Radiosendung *en la linea* beim freien Münchner Radio Lora 92,4. 2023 gehen unsere ersten eigenen Pod-



casts unter dem Label „Gibt es Elefanten in Abya Yala?“ online. Wir produzieren auch Beiträge für Radio Onda (Poonal) oder arbeiten daran mit. 2022 waren wir mit unseren Gästen außerdem bei Latinotopia bei Radio Z in Nürnberg und bei *Contacto Latinoamérica* im Radio RheinWelle 92,5 FM Wiesbaden vertreten.

## Homepage

Auf unserer Homepage [www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de) geben wir einen aktuellen Einblick in unsere Arbeit. Wir publizieren ausgewählte Nachrichten aus unseren Schwerpunktländern sowie Urgent Actions, Hintergrundberichte und Spendenaktionen. Die Besucher\*innen der Seite finden Informationen zu unseren Veranstaltungen und können unsere Publikationen herunterladen.

## YouTube-Kanäle „Oeku Buero“ und „Klimasolidarität Jetzt!“

Auf unserem YouTube-Kanal veröffentlichen wir Videos von Veranstaltungen des Ökubüros, in denen wir uns mit den Realitäten in den Ländern, in denen wir arbeiten, auseinandersetzen, und zwar in verschiedenen Formaten wie Gesprächen, Interviews, Performances etc.

2019 richteten wir zusätzlich den Projektkanal „Klimasolidarität“ ein, mit dem wir das inhaltliche Angebot zu Umweltthemen und Alternativen zur nachhaltigen Entwicklung erweitern wollen.

Der Youtube-Kanal wurde im letzten Jahr 678 Mal aufgerufen.

## Social-Media Plattformen

Unser Facebook-Kanal [fb.com/oeku.buero](https://fb.com/oeku.buero) ergänzt das Informationsangebot unserer Website. Mit Informationen und Solidaritätsaufrufen zu unseren Schwerpunktländern und mit der Ankündigung unserer Veranstaltungen erreichten wir 42.000 Personen. Einige nahmen an unseren Veranstaltungen teil. Außerdem testeten wir 2022 drei neue Kanäle auf Instagram für die Klimasolidarität und für die Länder Kolumbien und Mexiko. Mehr als 1.100 zusätzliche Personen nahmen diese drei neuen Kanäle an. Am Ende 2022 followten insgesamt 714 Personen unserer Facebook Seite und 161 unserem neuen Klimasolidarität Instagram Account. 2023 werden wir einen Instagram Account für das Ökubüro aufbauen und weitere Kanäle für eine zielgerichtete Kommunikation mit verschiedenen Publika prüfen.

## Mailverteiler & Newsletter

Während unserer Veranstaltungen oder über unsere Homepage können sich Interessierte in verschiedene, thematisch gegliederte E-Mail Verteiler eintragen. Sie bekommen dann von uns E-Mails mit Informationen sowie Einladungen, unsere Menschenrechts-Eilaktionen zu unterstützen. Darüber hinaus machen wir über unseren monatli-

chen elektronischen Newsletter auf kommende Veranstaltungen und interessante Themen aufmerksam.

## **Medienpräsenz**

Wir vermittelten Medien und freiberuflichen Kolleg\*innen Hintergrundinformation beziehungsweise Interviews und Kontakte mit unseren Gästen und in unseren Partnerländern. Zum Teil werden wir auch selbst als Gesprächspartner\*innen angefragt. Wir veröffentlichen Beiträge bei amerika21 (siehe Kooperation & Vernetzung) und in Zeitschriften oder geben Interviews.

## **Pressemitteilungen & Eilaktionen**

Bei wichtigen Ereignissen in unseren Schwerpunktländern oder im Falle von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen übersetzen wir Eilaktionen unserer Partnerorganisationen oder schreiben gemeinsame offene Briefe und Pressemitteilungen, um Entscheidungsträger\*innen und Öffentlichkeit zu informieren und zum Handeln aufzufordern.

## **Kooperation und Vernetzung**

In München, Deutschland und Europa existieren eine Vielzahl von Organisationen, die sich mit dem Thema NordSüd befassen. Durch Kooperation und Vernetzung gewinnt unsere Arbeit an Qualität und Wirksamkeit. Hier einige Beispiele:

### **BUKO**

Die *BUndesKOordination Internationalismus* ist ein bundesweites Netzwerk, dem über 120 EineWeltGruppen, developmentpolitische Organisationen, internationalistische Initiativen, Solidaritätsgruppen, Weltläden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte angehören. Der Ursprung der BUKO lag in den Solidaritätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen im globalen Süden. Gedankenaustausch, Vernetzung und Verständigung über internationalistische linke Politik und Aktion stehen hier im Vordergrund. Das Ökumenische Büro ist Mitglied der BUKO und unterstützt deren Fortbestehen und Weiterentwicklung.



## **HondurasDelegation, Red EU Lat und Internationales Forum für Menschenrechte Honduras**

Die überregionale Arbeitsgruppe *HondurasDelegation* ist aus der HondurasDelegationsreise 2010 hervorgegangen, die das Ökumenische Büro organisierte. Seither sind wir integraler Bestandteil dieses Arbeitszusammenhangs. Die meisten unserer Aktionen zu Honduras finden in Zusammenarbeit oder enger Abstimmung mit diesem Netzwerk und insbesondere des Berliner Menschenrechtskollektivs *Cadena de Derechos Humanos Honduras* (CADEHO) statt. Das Ökumenische Büro vertritt die HondurasDelegation zudem als eine von 38 Gruppen und NGOs im Brüsseler AdvocacyBündnis Red EULAT und im Internationalen Forum für Menschenrechte in Honduras (*Foro Internacional de DDHH Honduras*) zu dem sich zahlreiche Organisationen aus Honduras und anderen Ländern 2020 zusammengeschlossen haben.

## **Menschenrechtskoordination Kolumbien**

Die *Deutsche Menschenrechtskoordination Kolumbien* (MRKK) ist ein Netzwerk von 17 Menschenrechtsorganisationen, Solidaritätsgruppen und Hilfswerken, die bereits seit 1995 ihre Arbeit zu den Menschenrechten in Kolumbien abstimmen. Dabei stehen für sie gleichermaßen die bürgerlichen und politischen sowie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte im Zentrum ihrer Arbeit. Ebenso spielt die Umsetzung des Friedensprozesses eine wichtige Rolle für die Arbeit der MRKK.

## **Menschenrechtskoordination Mexiko**

Die *Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko* ist ein Netzwerk von 18 Hilfswerken und Initiativen, die in Deutschland zur Menschenrechtssituation in Mexiko arbeiten. Das gemeinsame Anliegen ist die Unterstützung mexikanischer Menschenrechtsorganisationen in ihrem Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen und Straflosigkeit, für mehr Demokratie und Gerechtigkeit.

## **Koalition gegen Verschwindenlassen**

Die *Koalition gegen Verschwindenlassen* ist ein Bündnis von Nichtregierungsorganisationen, Forschungsinstitutionen und Individuen aus dem deutschsprachigen Raum, das sich seit 2015 gegen das Verschwindenlassen von Personen einsetzt. Seit 2022 ist das Ökubüro in der Arbeit der Koalition wieder aktiv und beteiligt sich an der Organisation von Veranstaltungen zum Thema des Verschwindenlassens

in Lateinamerika.

## **Portal amerika21.de**

Das LateinamerikaNachrichtenportal mit Sitz in Berlin hat sich als aktuellstes und umfangreichstes deutschsprachiges Medium mit Nachrichten zu Lateinamerika etabliert. Für amerika21 verfassen wir regelmäßig Beiträge, gelegentlich arbeiten wir anderen Autor\*innen mit aktuellen Informationen aus erster Hand zu.

## **Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre**

Seit mehreren Jahren arbeiten wir mit dem *Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V.* zusammen. Da die Tätigkeiten deutscher Konzerne in unseren Schwerpunktländern und deren Auswirkungen auf die Menschenrechte zunehmend in den Fokus unserer Arbeit rücken, beschlossen wir 2015, dem Verband beizutreten. Mit insgesamt 25 weiteren Mitgliedsorganisationen beobachtet der Dachverband die Aktivitäten von börsennotierten Unternehmen wie Adidas, Bayer, Daimler, Deutsche Bank, RWE, Siemens, ThyssenKrupp und anderen. Die kritischen Aktionär\*innen beteiligen sich an Hauptversammlungen und melden sich mit eigenen Kampagnen zu Umweltschutz, Arbeits- und Menschenrechten, Transparenz und einem Stopp der Rüstungsproduktion zu Wort.

**„Brecht das Schweigen und wühlt die Erde auf...“**



Performance gegen das Vergessen. Eine introspektive Ansicht über die Problematik des gewaltsamen Verschwindenlassens in Lateinamerika.

30. August 2022

Odeonsplatz, München

Eine interaktive Performance des kolumbianischen Künstlers Jorge Hidalgo

# Ökumenisches Büro



**Lateinamerika • El Salvador  
Honduras • Kolumbien • Mexiko • Nicaragua  
Internationalismus • emanzipativ • kritisch  
Menschenrechte • Kultur • solidarisch • Bildung**

# [www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de)

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die uns unterstützt haben, für ihren Beitrag zu einem gelungenen Jahr 2022 und freuen uns über Rückmeldungen zu diesem Bericht.

Wir sind offen für tatkräftige Unterstützung.  
Das Team des Ökumenischen Büros

## **Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.**

Pariser Straße 13  
81667 München  
Tel. ++49-89-448 59 45  
Fax ++49-89-48 76 73  
e-Mail: [info@oeku-buero.de](mailto:info@oeku-buero.de)

Spendenkonto:  
Konto-Nr. 5617 62 58  
Stadtsparkasse München  
BLZ: 701 500 00  
IBAN: DE65 7015 0000 0056 1762 58  
SWIFT: SSKMDEMM